

# Stadtparlament Winterthur

**Protokoll der 22./23. Sitzung**  
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2021/2022  
vom 28. Februar 2022

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 19.45 bis 22.00 Uhr

AXA-Arena, Winterthur Grüze

Vorsitz: M. Sorgo (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 22. Sitzung: U. Glättli (GLP)  
22./23. Sitzung: L. Jacot (SP), N. Wenger (Grüne)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 20./21. Sitzung	
2.*	21.72 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2021	<b>Verschiedene</b>
3.*	22.2 (DTB)	Erhöhung der städtischen Beteiligung an der Aventron Holding AG um maximal Fr. 5 Mio. zwecks Ausübung der Bezugsrechte im Falle einer Kapitalerhöhung der Aventron AG (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	<b>M. Nater</b>
4.*	22.10 (DSS)	Nachtrags- und Verpflichtungskredit von Fr. 1'500'000 für Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese für die Super League (Projekt-Nr. 13279)	<b>G. Gisler</b>
5.*	21.93 (DSS)	Bewilligung des Modells zur Ausrüstung der Volksschulen mit ICT-Infrastruktur und entsprechendem Support sowie Kredit von Fr. 4'500'000 zur Erreichung der Ziel-Mengengerüste gemäss Modell / Projekt «eduwin Ersatz ICT-Infrastruktur» (Projekt-Nr. 19886)	<b>A. Zuraikat</b>
6.*	22.1 (DSS)	Antrag und Bericht zum Beschlussantrag F. Helg (FDP), Ch. Maier (FDP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (Mitte-/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Regelung des Stadtparlaments zum Übergang zur neuen Schulorganisation	<b>A. Zuraikat</b>

7.*	21.84 (DSS)	Planungs- und Projektierungskredit von Fr. 2.22 Mio. für den Neubau der Schulanlage Aussenwachten, Winterthur Iberg (Projekt-Nr. 12083)	<b>M. Bänninger</b>
8.*	20.119 (DB)	Projektierungskredit von Fr. 250'000 für die Projektierung und Weiterbearbeitung des Projekts Wülflingerstrasse / Salomon-Hirzel-Strasse, Buswendeschleife und Regionale Verkehrssteuerung (RVS) (Projekt-Nr. 11'439)	<b>Ch. Hartmann</b>
9.*	21.103 (DB)	Kredit von Fr. 1'515'000 für die Realisierung der Velostation Stellwerk (Projekt-Nr. 13330)	<b>Ch. Hartmann</b>
10.*	21.10 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen	<b>B. Zäch</b>
11.*	21.104 (DKD)	Änderung des Personalstatuts vom 12. April 1999 (PST): Anpassung an die neue Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. September 2021	<b>D. Siegmann</b>
12.*	20.24 (DKD)	Antrag und Bericht zur Motion T. Brütsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (die Mitte) betr. Transparenz für Einmalzulagen	
13.*	22.3 (DKD)	Legislaturbericht 2018 – 2022	<b>F. Helg</b>
14.	22.8 (DTB)	Begründung der Motion F. Künzler (SP) betr. Abschaffung des Mengenrabatts beim Gaspreis	
15.*	22.7 (DTB)	Begründung des Postulats M. Bänninger (EVP), A. Büeler (Grünen/AL), S. Kocher (GLP) und G. Stritt (SP) betr. Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für Private Grundstücke	
16.	19.140 (DKD)	Beantwortung der Interpellation U. Bänziger (FDP), A. Zuraikat (CVP), M. Reinhard (SVP) und B. Huizinga (EVP) betr. Massnahmen zur Unterstützung Angebot Wasserstoff-Tankstellen	
17.	20.7 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), R. Keller (SP), M. Bänninger (EVP), R. Hugentobler (Grüne/AL), U. Glättli (GLP) und M. Della Vedova (GLP) betr. kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zürich	
18.	20.53 (DKD)	Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL) betr. Tiny Houses im Vormarsch – auch in Winterthur?	
19.	19.139 (DSS)	Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick	
20.	20.79 (DSS)	Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU), D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen	
21.	20.115 (DSS)	Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule	

*\* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Liebe Mitglieder des Stadtparlaments, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, liebe Anwesende. Ich möchte Sie und Euch ganz herzlich zur 22. und 23. Sitzung des Stadtparlaments im Amtsjahr 2021/2022 begrüßen.

Ich möchte jetzt gleich am Anfang auch die Zeit nutzen für einen etwas anderen Einstieg als sonst. Grundsätzlich wäre es nach den Wahlen eigentlich auch Zeit, dass wir unsere politischen Institutionen würdigen könnten. Und zusammen schätzen könnten, welche Privilegien wir hier auch haben.

Ich glaube aber, die Ereignisse der letzten Woche und der letzten Tage lassen uns alle betroffen innehalten, sie verunsichern, sie wecken Ängste. Ich möchte jetzt deshalb gleich am Anfang die Zeit nutzen, den Betroffenen dieser Ereignisse zu gedenken.

Ich glaube, wir sind im Moment auf allen Ebenen von schwierigen Ereignissen betroffen. Auf lokaler Ebene haben sich in der letzten Woche – gerade im Zusammenhang mit der Stadtpolizei – menschliche Tragödien ereignet, die für uns alle schwierig zu fassen waren. Auf nationaler Ebene sind wir immer noch in einer Pandemie. Einer Pandemie, die uns in den letzten Jahren alle auf verschiedenen Ebenen herausgefordert hat. Gewisse von uns ganz besonders, wie z.B. das Gesundheitspersonal, das Personal im Verkauf und in ganz vielen anderen wichtigen Bereichen. Es gibt Leute, die durch die Pandemie ihre Existenz verloren haben oder gesundheitlich davon betroffen sind. In den letzten Tagen haben uns aber ganz besonders, auch auf globaler Ebene, die kriegerischen Auseinandersetzungen beziehungsweise der Krieg, in den die Ukraine gezwungen wurde, sehr betroffen zurückgelassen. Man hat auch in den letzten Tagen gemerkt, wie betroffen wir alle sind – durch die verschiedenen Kundgebungen und Bekundigungen auf den Strassen, auf den sozialen Medien oder auch im Freundeskreis.

Ich möchte deshalb im Namen der gesamten IFK Euch und Sie bitten, dass wir uns zusammen erheben für eine Gedenkminute an alle die Betroffenen, die im Moment auf verschiedene Arten auf der Flucht sind, gesundheitlich betroffen sind oder sich um ihre Angehörigen sorgen. Denn ich glaube, gerade in diesen Zeiten ist es auch wichtig, dass man kurz innehält zwischendurch und gemeinsam ein solches Zeichen des Gedenkens nutzt.

Ich bitte Euch nun alle, Euch zu erheben für eine Gedenkminute.

*Gedenkminute*

Vielen Dank.

Jetzt möchte ich einsteigen. Wie gesagt, wir hatten Wahlen. Wir treffen uns das erste Mal seit den Wahlen wieder. Ich möchte all denen gratulieren, die wiedergewählt wurden oder neu gewählt worden sind (die sind im Moment noch nicht hier). Ich möchte aber auch denen, welche die Wiederwahl nicht geschafft haben, heute ein erstes Mal – Ihr werdet dann natürlich auch noch gebührend verabschiedet – einfach danken für Eure Arbeit, die Ihr bis jetzt geleistet habt. Und ich hoffe, Ihr konntet auch die letzten Wochen nutzen, um ein bisschen Abstand zu gewinnen. Ich glaube, jeder der sich zur Wahl stellt, der bereits hier im Parlament gearbeitet hat, macht das auch aufgrund einer persönlichen Überzeugung, dass er oder sie mitarbeiten möchte im Parlament, in der Winterthurer Politik. Und natürlich wünsche ich auch denen, die nicht mehr zur Wahl angetreten sind, dass Ihr die letzten Monate im Winterthurer Stadtparlament auch noch geniessen könnt und Eure politische Arbeit gut abschliessen könnt.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Ich beginne jetzt mit den Mitteilungen, mit den Entschuldigungen. Entschuldigt für beide Sitzungen sind Lea Jacot (SP) und Nina Wenger (Grüne). Für die Nachmittagssitzung entschuldigt ist Urs Glättli.

Auf der Tribüne speziell begrüßen möchte ich die 3. Lehrjahr-Lernenden des KVs, die uns heute in der ersten Sitzung besuchen und so den Parlamentsbetrieb kennenlernen. Ich hoffe, es wird ein interessanter Nachmittag für Euch.

Speziell für Film oder Fotografie wurde mir nichts angemeldet.

Ich komme – wie eigentlich immer in den letzten fast zwei Jahren – zum Thema Corona-Massnahmen, zum Schutzkonzept. Ihr habt es alle gemerkt, wir sitzen heute ohne Masken hier. Die meisten Massnahmen wurden ja inzwischen durch den Bundesrat aufgehoben und das bedeutet auch, dass wir das Schutzkonzept, wie wir es die letzten zwei Jahre brauchten, von Seiten Parlamentsleitung aufgehoben haben. Die Abstände, wie wir sie jetzt haben, bleiben der Einfachheit halber an den externen Sitzungsorten noch bestehen.

Es ist selbstverständlich aber allen, die sich wohler fühlen, wenn sie die Maske beim Sitzen oder Herumgehen tragen, freigelassen, dass man weiterhin mit Maske teilnehmen kann. Und auch sonst bitte ich Euch, einfach gegenseitig weiterhin auf den Abstand zu schauen. Das Virus kursiert doch weiterhin unter uns und es gibt auch immer wieder Ansteckungen.

Der Vorstosstisch bleibt ebenfalls hier an den externen Sitzungsorten noch bestehen, einfach der Einfachheit halber, dass man die Vorstösse dort unterschreibt. Mit dem Zirkulieren wäre es mit diesen Abständen etwas komplizierter.

Ich wurde in der letzten Woche mehrfach gefragt, wann wir zurückkehren in unseren angestammten Parlamentssaal. Grundsätzlich wäre das jetzt ja möglich. Es ist aber so, dass ich Euch leider enttäuschen muss: Bis im Sommer werden wir noch extern tagen müssen. Der Hauptgrund ist, dass wir ab Ende April den Parlamentssaal nicht mehr benutzen können, weil er dann im Umbau ist. Für die heutige Sitzung und die Sitzung im März haben wir der Planbarkeit halber die Sitzungsorte genügend früh reservieren müssen. Wir waren in den letzten Jahren sehr froh, konnten wir so unkompliziert mit den Eulachhallen und mit der AXA-Win4 zusammenarbeiten. Sie sind uns sehr entgegengekommen und gaben uns auch schnell die Möglichkeit, da Sitzungen zu machen. Wir sind aber auch beide auf Planbarkeit angewiesen und haben deshalb, wie gesagt, auch die Reservationen frühzeitig machen müssen. Und ich denke, es ist einfach so, das haben wir wohl alle auch schon gemerkt: Manchmal ist es einfacher, schnell spezielle Massnahmen einzuführen, als diese dann auch geordnet wieder aufzuheben.

Das heisst, wir werden für die März-Sitzung nochmals hier sein, in Win4. Wo die Mai-Sitzungen stattfinden werden, darüber werden wir Euch noch informieren.

Die Essenspause werden wir der Einfachheit halber weiterhin hier direkt vor Ort durchführen. Es ist nun aber so, dass das Gesamtparlament und die Stadträtinnen und Stadträte und alle, die sonst noch mitessen, ins L’Arena können. Es gibt dort grössere und kleinere Tische, so dass diejenigen, die doch noch froh wären um ein bisschen Abstand, sich an die kleineren Tische setzen können. Wir werden dann alle dort gemeinsam essen.

Auch heute ist es ja wieder so, dass die Sitzungspause verkürzt ist und wir bereits um halb acht Uhr weitermachen werden.

Bezüglich Parktickets: Ich glaube, diejenigen, die mit dem Auto kommen, sind inzwischen informiert, wie es funktioniert. Und es war auch im Info-Mail erwähnt.

Noch eine erste Vorabinformation: Ich hoffe, auch da sich die pandemische Situation langsam wieder beruhigt, dass wir den Schlussanlass wieder durchführen können. Nicht so wie in den letzten beiden Jahren, wo wir ihn ausfallen lassen mussten. Ich möchte Euch jetzt schon darüber informieren, dass ich diesen Schlussanlass ein bisschen weiter weg, in unserer Partnerstadt La-Chaux-de-Fonds, plane, zusammen mit sehr viel Unterstützung von verschiedenen Leuten aus diesem Rat. Die Planungen laufen noch, die Informationen werden kommen.

Einfach hier die Information: Dadurch, dass es weiter weg ist, werden wir den Anlass so planen, dass ich Euch vorschlagen würde, dass Ihr dort übernachtet. Das würde aber bedeuten, dass Ihr Samstag, 14. und Sonntag, 15. Mai reservieren müsstet. Für diejenigen, für die das nicht möglich ist, oder die am Samstagabend schon wieder nach Hause möchten: Es wird auch eine Möglichkeit geben, dass man bereits dann schon wieder heimreisen kann. Das als erste Information. Weitere Informationen werdet Ihr in den nächsten Wochen erhalten.

Das war es von meiner Seite hinsichtlich der Informationen.

## Fraktionserklärungen

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Mir liegen keine Anträge für Fraktionserklärungen oder persönliche Erklärungen vor.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Ich fahre gleich weiter mit der Traktandenliste. Wie Ihr bereits informiert wurdet im Mail, werden Traktandum 11 und 12 zusammen behandelt. Wie dort der genaue Ablauf ist (es gab schon einige Fragen), werde ich dann sagen, wenn wir dort hinkommen.

Beim Traktandum 14 liegt ein Antrag auf Absetzung vor. Das Wort hat der Erstmotionär Fredy Künzler, um es zu begründen.

**F. Künzler (SP):** Das ganze Thema ist ja im Rekurs beim Bezirksrat hängig. Und weil der Rekurs respektive die Antwort des Bezirksamts ausstehend ist und die Antwort vermutlich einen Einfluss hat auf die Entscheidungsfindung, bitte ich um die Absetzung von der Traktandenliste.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gibt es da Gegenstimmen zu diesem Antrag? Wenn das nicht der Fall ist, dann ist dieser Absetzungsantrag so genehmigt und das Traktandum 14 wird für heute wieder von der Traktandenliste abgesetzt.

## 1. Traktandum

### Protokoll der 20./21. Sitzung

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Wir kommen zum Protokoll der 20. und 21. Sitzung. Gibt es da von Eurer Seite noch Anmerkungen? – Das ist auch nicht der Fall. In diesem Fall ist das Protokoll der 20. und 21. Sitzung genehmigt.

## 2. Traktandum

### Parl.-Nr. 2021.72: Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2021

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2021. Das Geschäft ist ohne Diskussion geplant. Ich gebe das Wort jetzt Felix Helg und nachher noch allfälligen weiteren Fraktionssprecher/-innen.

**F. Helg (AK):** Dieses Geschäft mit den Verpflichtungskreditabrechnungen hat eine departementsübergreifende Thematik und ist deshalb der AK als federführender Kommission zugewiesen worden.

Inhaltlich betreffen die Kredite bauliche Investitionskredite aus dem Departement Bau, Sicherheit und Umwelt und technische Betriebe.

Darum haben sich inhaltlich die BBK am 25. Oktober 2021 und am 10. Januar 2022 sowie die SSK am 24. Januar 2022 mit diesen Abrechnungen befasst und sie einstimmig abgenommen. In der Folge hat die AK am 31. Januar von diesem Jahr ebenfalls einstimmig diesem Geschäft zugestimmt.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gibt es da noch von den Kommissionsprecher/-innen aus den entsprechenden Kommissionen den Wunsch, etwas dazu zu sagen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Stadtrat, nehme ich an, möchte auch nichts mehr dazu sagen. Zu sagen hätte er wohl noch einiges.

In diesem Fall bitte ich Euch, die Hand zu erheben, wenn Ihr für die Abnahme gemäss der Aufstellung zustimmt.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Das ist nicht der Fall, die sind einstimmig angenommen.

### 3. Traktandum

#### **Parl.-Nr. 2022.2: Erhöhung der städtischen Beteiligung an der Aventron Holding AG um maximal Fr. 5 Mio. zwecks Ausübung der Bezugsrechte im Falle einer Kapitalerhöhung der Aventron AG**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Erhöhung der städtischen Beteiligung an der Aventron Holding AG um maximal Fr. 5 Mio. zwecks Ausübung der Bezugsrechte im Falle einer Kapitalerhöhung der Aventron AG. Das Wort hat als erster der Kommissionsreferent, Markus Nater.

**M. Nater (BBK):** Bei dem Geschäft, das wir hier besprechen, geht es um die Beteiligung von der Stadt Winterthur von bis zu 5 Millionen an der Kapitalerhöhung bei der Aventron AG. Unten sieht man das Bild von einer Anlage (Kleinwasseranlage), die durch dieses Geld auch finanziert wird.

Die Ausgangslage: 2012 hat die Winterthurer Stimmbevölkerung einem Rahmenkredit von 90 Millionen für den Kauf oder die Beteiligung von Anlagen zur Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zugestimmt. Die Zustimmung war mit über 75 Prozent vorhanden.

Wie ist das Geld ausgegeben worden? Eben, es sind 90 Millionen gewesen. 35 Millionen Franken sind für die Beteiligung an der Swiss Power Renewables AG eingesetzt worden. Da hat das Parlament 2012 25 Millionen 2015 10 Millionen freigegeben. 20 Millionen Franken sind für die Fotovoltaik in Winterthur vorgesehen. Von denen sind bis jetzt 10 Millionen ausgegeben worden. 30 Millionen Franken sind bisher für die Beteiligung an der Aventron Holding AG ausgegeben worden. Im Jahr 2013 waren es 12 Millionen, die durch den Stadtrat bewilligt worden sind. 2014 waren es 8 Millionen, die durch den Stadtrat bewilligt worden sind. 2016 hat dann das Parlament noch 10 Millionen freigegeben. Die Holdingstruktur ist nachher im 2019 auch durch Gemeinderat freigegeben worden. Verbleibend von diesem Rahmenkredit sind also noch 5 Millionen Franken.

Der Antrag vom Stadtrat umfasst die städtische Beteiligung an der Aventron Holding AG um maximal 5 Millionen Franken im Fall von einer Kapitalerhöhung von der Aventron AG.

Wie ist die Aventron Holding zusammengesetzt? Das sieht man da. Es sind vor allem die drei Aktionäre Primeo Energie (das ist das Werk für Baselland und Solothurn), ewp (das ist Energiewerk Bern und Umgebung) und die Stadt Winterthur, wo Winterthur und Umgebung ist. Sie haben einen Anteil von 62,2 Prozent und der Anteil soll sicher über 50 Prozent bleiben, damit sie die Mehrheiten behalten gegenüber der Finanzinvestoren. Es ist ihnen möglich, anteilige Strombezugsrechte zu Marktpreisen zu realisieren.

Zu der Aventron AG: Wie gesagt, im Rahmenkredit wurde ganz klar gesagt, es geht um erneuerbare Energie - und zwar um Strom. Dieser wird aus Windkraft, Wasserkraft und Fotovoltaik in Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland, Norwegen und der Schweiz produziert. Momentan sind es 200 Anlagen mit einer Leistung von 600 Megawatt. 1 Terrawattstunde Energie wird produziert. Zum Vergleich: Winterthur braucht etwa 0,5 Terrawattstunden.

Aventron zählt auch zu den grössten Solarstromproduzentinnen in der Schweiz.

Die Dividendenausschüttung 2021, über die ganze Gesellschaft, war 11,6 Millionen. Von diesen 11,6 Millionen ist der Anteil von Winterthur etwa bei 6 Prozent. Was nachher auch den Betrag gibt von etwa 850'000 Franken Dividenden, die an Winterthur ausgeschüttet wurden. Um noch mehr Anlagen zu bauen, braucht es neues Kapital und darum ist eine Kapitalerhöhung 2022 angedacht, von 60 Millionen Franken. Primeo hat auch schon 24 Millionen gesprochen und ewb 9 Millionen. Die Kapitalerhöhung, die sehr wahrscheinlich auf Winterthur zukommen wird, würde bei ca. 4 Millionen liegen.

Vor und Nachteile von einer Kapitalerhöhung bei der Aventron AG: Vorteil ist sicher die hohe Klima- und Umweltwirkung von den finanziellen Mitteln, wenn man die Möglichkeiten hat, Solar in den südlichen Ländern zu produzieren und Wind im Norden. Wasser ist etwas in Winterthur oder besser gesagt in der Schweiz. Nur ist das natürlich schon teilweise schwierig, weil die Bewilligungen sehr schwierig sind in der heutigen Zeit. Also Nachteil: Es ist kein reiner Fokus auf die Schweiz.

Risikodiversifikation bei der Aventron ist vorhanden. Da helfen teilweise auch allgemeine Verwerfungen, ob die politisch sind oder auch zum Beispiel Wechselkursschwankungen.

Wie ganz klar ist: Erneuerbare Energie ist ein Naturprodukt. Es kommt darauf an, wie viel die Sonne scheint, wie viel Wind bläst, wie viel Regen fällt. Und mit dem Ändern natürlich auch die Erträge. Aber dadurch, dass man 200 Anlagen hat an verschiedenen Standorten, war der Ertrag in den letzten Jahren ziemlich gleichmässig.

Was auch noch wichtig ist: Es sind stabile Beteiligungsverhältnisse in dieser Holding. Die Energiebezugsrechte bleiben vom Anteil her unverändert und auch der Minderheitenschutz ist nach wie vorgegeben.

Wieso investiert Winterthur nicht selbst oder kauft selbst Anlagen? Das ist dem geschuldet, dass Stadtwerk Winterthur das Wissen und auch die Personalressourcen fehlen, um direkte Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen. Denn es braucht wirklich das personelle, aber auch das sachliche Wissen. Und 5 Millionen Franken sind teilweise zu wenig auf dem Markt, um die entsprechenden Anlagen auch zu kaufen. Die Gelder, die in die Aventron AG flossen, und die bisher getätigten Bauten führten zu einer stabilen Dividendenrendite über die letzten Jahre.

In der BBK wurde das Geschäft eingehend besprochen und die Mehrheit der BBK (5:4) hat dem Geschäft zugestimmt.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Mir ist ein Ablehnungsantrag von Seite SVP bekannt. Michael Gross, Du hast das Wort.

**M. Gross (SVP):** Danke vielmals, geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium von Stadtwerk, das hier auch anwesend ist. Vielen Dank an Markus für die gute Präsentation vom Geschäft.

Die SVP wird trotzdem den Ablehnungsantrag stellen und kann diesem Geschäft nicht zustimmen. Wir danken aber allen Beteiligten von Stadtwerk für die Aufarbeitung der Unterlagen.

Das Nein von der SVP ist kein Misstrauensvotum gegenüber Stadtwerk oder auch gegenüber Aventron. Die Firma ist unseres Erachtens gut geführt und auch die Aufsichtspflicht von

Stadtwerk im Verwaltungsrat wird durch Michael Stalder nach unseren Informationen pflichtbewusst wahrgenommen.

Trotzdem zeigt sich gerade jetzt in der Krise in der Ukraine, dass sich die Stadt auf schwierige Zeiten vorbereiten muss. Wir haben kein Spielgeld, um in Europa Risikoinvestments ohne direkten Nutzen für Winterthur zu finanzieren. Wir sind stark verschuldet und müssen in Winterthur bereits heute jeden Franken zweimal umdrehen, bevor wir ihn ausgeben.

Eine Anschubfinanzierung für erneuerbare Energien war vielleicht vor 10 Jahren sinnvoll. Heute stehen die Firmen und Fonds (gemäss Stadtwerk) jedoch Schlange, um solche Investments zu unterstützen. Wir müssen darum nicht mit neuen Schulden in Europa Anlagen bauen und finanzielle und auch politische Risiken eingehen.

Stadtwerk soll und muss sich auf das grösste eigene Risiko konzentrieren - und das ist die Versorgungssicherheit in der Schweiz und in Winterthur. Sogar die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat endlich den Ernst der Lage erkannt und im Interview im Landboten gesagt, dass wir dringend mehr Investitionen im Inland brauchen. Jetzt braucht es auch in der Politik eine Kehrtwende. Wir brauchen jeden Franken für diese Versorgungssicherheit. Aventron wird auch ohne die Stadt Winterthur weiter wachsen und gedeihen.

Unser wichtigster Auftrag ist die Versorgung der Bevölkerung mit Energie. Und genau das kann Aventron im Krisenfall nicht leisten. Deshalb müssen wir jetzt sinnvollerweise Stopp sagen und uns bei Aventron zurückziehen und in Projekte investieren, die in der Schweiz gemacht werden.

Die Stromlücke ist das grösste Risiko in der Schweiz. Der Bundesrat schätzt das sogar grösser als eine Pandemie ein. Jetzt ist noch Zeit, um einen Scherbenhaufen zu verhindern. Deshalb lehnt die SVP den Kredit ab und fordert Stadtwerk auf, das Engagement bei Aventron zu beenden. Der Notfall ist da. Wir brauchen das Geld für den Ausbau zugunsten von einer nachhaltigen Stromsicherheit in der Schweiz. Danke vielmals für die Ablehnung.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Aventron war eines der ersten Geschäfte, als ich 2016 in den Gemeinderat kam, und es lässt mich nicht los. Für die Mitte/EDU-Fraktion ist eine ökologische und sichere Stromversorgung für die Winterthurer Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Für uns ist zudem Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch. Ein wirksames Controlling von den städtischen Beteiligungen war uns immer ein wichtiges Anliegen. Erfüllt aber der Antrag des Stadtrats die Vorgaben betreffend Ökologie, Ökonomie und Governance?

Die Beteiligung an Aventron fördert unzweifelhaft den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, aber primär im Ausland und nicht in der Schweiz oder in Winterthur. Ob Winterthur bei einer Stromknappheit von diesen ausländischen Produktionskapazitäten profitieren kann - wohl kaum. Michael hat es auch angetönt. Es gibt weder vertragliche noch andere Sicherheiten.

Ist das Investment Aventron rentabel? Leider hat es der Stadtrat in seiner Weisung verpasst, hier ausreichend und umfassend Transparenz zu schaffen. Und die auf unsere Anfrage erhaltenen zusätzlichen Informationen unterliegen dem Kommissionsgeheimnis. Wir können hier nur festhalten: Mit der Zeichnung von Aktienkapital stellen wir Aventron Eigenkapital zur Verfügung. Dieses Risiko muss angemessen entschädigt werden. Dies ist bis jetzt aus unserer Sicht nicht der Fall und die Risiken steigen, wenn die Zinsen in Zukunft steigen, da Winterthur ja eine überdurchschnittlich hohe Verschuldung hat.

Was uns aber beim Antrag Aventron zusätzlich stört, ist die fehlende Eigentümerstrategie. Die Begründung für eine weitere Erhöhung des Engagements bei Aventron ist weder konsistent noch überzeugend. Einmal wird mit Renditeüberlegungen argumentiert, dann wieder mit ökologischen Überlegungen und zum Schluss damit, dass Winterthur an Einfluss bei Aventron verliert, wenn wir da bei der Kapitalerhöhung nicht mitmachen. Lieber Stadtrat, wir sollten nicht Monopoly spielen, sondern wir haben eine grosse Verantwortung für den sorgsam Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Eigentlich alles Gründe, Nein zum Antrag des Stadtrates zu sagen. Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt dem Antrag widerwillig zu. Das Problem ist nicht primär das Unternehmen Aventron, sondern die wenig überzeugende Energie- und Investitionspolitik des Stadtrates. Wir sind zudem der Ansicht, dass die fünf Millionen zweckmässiger in Aventron investiert werden, als

dass neue Investments gesucht werden, die dann vielleicht noch weniger unseren Kriterien genügen.

Unser Ja kommt aber mit zwei Bedingungen:

1. Die Mitte/EDU-Fraktion wird keiner weiteren Erhöhung der Aventron Beteiligung zustimmen.
2. Wir wollen vom Stadtrat eine schriftlich ausformulierte Eigentümerstrategie hinsichtlich der Beteiligung bei Aventron und dass diese Strategie im Rahmen des jährlichen Beteiligungscontrollings – zumindest in der Kommission – ausführlich offengelegt wird.

**M. Bänniger (EVP):** Wir von der EVP-Fraktion sagen Ja zu einer möglichen Erhöhung der Beteiligung bei der Aventron Holding AG.

Es ist klar, dass wenn wir uns in der aktuellen Höhe beteiligen, eine Mitsprache zwingend notwendig ist.

Von dem her bleibt aber mit dem Blick in Zukunft auch die Frage offen, was die Strategie von Stadtwerk in einem nächsten möglichen Schritt sein wird? Wie wird in Zukunft eine allfällige nächste Erhöhung finanziert werden, wenn der Rahmenkredit bereits ausgeschöpft ist?

Inhaltlich macht die Beteiligung in Aventron Sinn. Alternative Energieliefersysteme werden in Zukunft eine noch höhere Bedeutung erhalten.

Wir wünschen uns von Stadtwerk aber auch, dass sie in die lokale Förderung von Photovoltaikanlagen und Wärmeverbänden investieren und so die lokale Abhängigkeit von externen Lieferanten von Strom reduziert wird. Beide Aktionsebenen sind wichtig. Gerade lokal in Winterthur gibt es da für Stadtwerk noch einiges zu tun.

**F. Landolt (SP):** Wir stimmen dem Antrag zu.

Vor 10 Jahren hat die Bevölkerung von Winterthur diesem Rahmenkredit, wir haben es gehört - und danke für die Ausführung, Markus - für den Verkauf und die Beteiligung von der Stadt an Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie bewilligt. Diese sind so verteilt worden, wie wir es gehört haben: 20 Millionen für PV-Anlagen lokal, 30 Millionen für Aventron und 35 Millionen für Swiss Power Renewables.

Die Erhöhung von 5 Millionen und quasi die Ausschöpfung von diesem Rahmenkredit sind eigentlich eine folgerichtige Fortsetzung einer angefangenen Beteiligung und sichert Stadtwerk eben auch die Einflussnahme und die Mitgestaltungsmöglichkeit bei Aventron.

Wir unterstützen die Vorlage, wie gesagt,

Zum Ablehnungsantrag der SVP nur so viel: Das ist ein sehr ein schwieriges Thema. Da bin ich mit Michi Gross sehr einig. Und Stromnetz und Stromversorgung ist eine ganz zentrale Sache. Insbesondere, weil wir natürlich ganz gewaltige Treiber haben mit der E-Mobilität und mit der Digitalisierung. Das sind gewaltige Treiber für die Stromversorgung. Und der Strombedarf wird steigen. Und das irgendwie mit dem schönen Wort «nachhaltig» zu garantieren, das wird eine echte Herausforderung sein. Und wir glauben auch, dass da auch nachfrage-seitig interveniert werden muss und das kann nicht nur angebotseitig gemacht werden.

Aber so, wie das Stromnetz jetzt konstruiert ist in Europa und wie es funktioniert, ist es ein europäisches Stromnetz. Und die 5 Millionen Beteiligungen, womit wir wie gesagt eine bestehende die Beteiligung komplettieren, wären viel viel zu wenig Geld, um irgendetwas zu machen. Da bleiben wir besser dort bei der Investition in die Aventron Holding AG, wo wir bereits den Fuss drinhaben und das bereits mitgestalten können, anstatt irgendwo noch 5 Millionen zu verstecken.

Und da bin ich in einem zweiten Punkt auch einverstanden mit der SVP: Ob dann nach dieser Komplettierung vom Rahmenkredit eigentlich noch die Beteiligung von der öffentlichen Hand noch einmal nötig sein wird. Da stellen wir doch sehr grosse Fragezeichen. Die Investoren stehen bereit und wahrscheinlich - und das werden wir von Stadtwerk dann zu gegebener Zeit wahrscheinlich hören respektive mit Stadtwerk diskutieren können - wird es kaum mehr nötig sein, dass die öffentliche Hand sich so stark beteiligt.

Aber wie gesagt: 90 Millionen vor 10 Jahren, das war ein weitsichtiges und richtiges Signal. Und ich bitte darum, dass man doch den Schritt jetzt komplettiert und bei der Aventron bleibt. Danke.

**R. Heuberger (FDP):** Als Geschäftsführerin eines schweizweit tätigen Berufsbildungsverbandes erlaube ich mir bei meinem ersten Votum, auch die KV-Lernenden besonders zu begrüßen. Schön, seid Ihr hier. Ich wünsche Euch einen spannenden Nachmittag. Und wer weiss, vielleicht seid Ihr bald im Jugendparlament.

Markus Nater: Ganz herzlichen Dank für die Präsentation des Antrages.

Aventron macht ihren Auftrag gut – daran wollen wir gar nicht rütteln. Auch wir danken den Mitarbeitenden von Stadtwerk für ihr umsichtiges Engagement.

Aventron sorgt tatsächlich für zusätzliche erneuerbare Energie in Europa, und dies mit einer diversifizierten Strategie und unter den aktuellen Rahmenbedingungen mit Fördergeldern aus der EU sogar finanziell gewinnversprechend. Ob sich die finanzielle Investition auch noch lohnt, wenn die Kreditzinsen steigen und die Einspeisevergütungen der EU für erneuerbare Energie wegfallen, ist fraglich. Aber das heute zu diskutieren, das ginge zu weit.

Die Frage, welche wir als Stadtparlament beantworten müssen ist, ob es sinnvoll ist, dass Winterthur in der desolaten Finanzlage, in der wir jetzt sind, weiteres Geld des Verwaltungsvermögens in diese Firma steckt.

Was bringt uns die Investition in Aventron? Fünf Punkte:

1. Versorgungssicherheit in Mangellagen? Nein. Denn rund 95% der Anlagen von Aventron stehen ohnehin im Ausland und in einer Mangelsituation würde der Bund über die Stromverteilung entscheiden, unabhängig von der Eigentümerschaft und dem Standort des Energiewerks.

2. Bringt es uns günstigeren Bezug von Strom bei grossen Marktschwankungen? Nein. Die Stadt Winterthur bezieht auch bei Aventron den Strom zu Marktpreisen, also unterliegt ebenfalls den Marktschwankungen beim Bezug von Strom.

3. Bringt es uns günstigeren Bezug von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten? Auch das nicht, denn auch diese kann die Stadt Winterthur nur zu Marktpreisen von Aventron beziehen

4. Bringt es eine zusätzliche Förderung von erneuerbaren Energien? Nein. Denn wie mittlerweile bekannt ist, gibt es zahlreiche private Investoren, die sich gerne an solchen Unternehmen beteiligen. Pensionskassengelder und auch diverse Schweizer Anlagestiftungen würden sich sehr gerne am Markt der erneuerbaren Energien beteiligen.

5. Mitentscheidungsrecht: Jetzt, mit den 5 Millionen, wird das Mitentscheidungsrecht gerade noch gewahrt. Doch danach ist der Rahmenkredit von diesen 90 Millionen aufgebraucht und Aventron wird weiter investieren müssen. Darüber, was danach mit der Beteiligung der Stadt passiert, gibt es gar keine klaren Aussagen, die irgendwo verbindlich festgehalten wären.

Aus unserer Sicht überwiegt ganz klar das Thema, das Michi Gross angezogen hat. Nämlich: Wir müssen die inländische Versorgungssicherheit erhöhen bei unserer Stromversorgung. Die Investitionen der Aventron sind aber wie gesagt fast nur im Ausland, und sorgen deshalb nur bedingt für mehr Versorgungssicherheit in der Schweiz.

Nachdem der 90 Millionen Rahmenkredit nun über 10 Jahre nicht ausgeschöpft wurde, eilt es jetzt aus unserer Sicht auch nicht mehr. Wir möchten die verbleibenden 5 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit jetzt eher zurückhalten und in den kommenden Jahren in ein Projekt investieren, das hilft, die Strom-Versorgungssicherheit in der Schweiz tatsächlich zu erhöhen – allenfalls auch mit weiteren Geldern, die wir aus Aventron zurückziehen, falls das überhaupt noch möglich wäre.

Deshalb unterstützt die FDP den Ablehnungsantrag der SVP.

**R. Diener (Grüne):** Die Grünen/AL unterstützen die Beteiligungserhöhung, und zwar ohne Wenn und Aber. Jede europäisch erzeugte Kilowattstunde erneuerbarer Strom zählt für die Zukunft - für das Klima, aber auch für die Versorgungssicherheit. Und da muss ich Dir, Romana, und Dir, Michi, vehement widersprechen.

Die Versorgungssicherheit ergibt sich heute in einer ganz anderen Grössenordnung und in einer ganz anderen Lage, nochmals neu aufgeworfen mit der internationalen Krise, die wir jetzt sehen, auf ein ganz anderes Niveau. Wie stellt Ihr Euch vor, dass wir als Schweiz unsere Stromversorgung lokal sicherstellen könnten, wenn wir ein europäisches Netz haben, wo der Strom die ganze Zeit durch alle Leitungen fliesst. Das ist doch einfach eine Illusion. Wer

das glaubt, der glaubt tatsächlich an den Märchenonkel, den wir schon beim Reduit hatten, im zweiten Weltkrieg.

Es ist extrem wichtig, dass sich die Schweiz natürlich in diesem Netz engagiert und mitbeteiligt. Selbstverständlich. Es ist auch extrem wichtig, dass die Schweiz in diesem Netz transparent Strom exportieren und Strom importieren kann.

Und wir haben in der Kommission sehr glaubwürdig - und das nicht nur in der Kommission, sondern das kann man überall nachlesen – aufgezeigt bekommen, dass es eben genau so ist: Die Versorgungssicherheit ergibt sich dadurch, dass man prophylaktisch handelt und genügend Stromkapazität zur Verfügung stellt. Natürlich, was Felix Landolt gesagt hat, ist auch richtig: Auf der anderen Seite müssen wir uns auch Gedanken machen, wie viel Strom wir eigentlich verbrauchen. Da könnte man schon auch noch Einfluss nehmen.

Aber einmal angesichts dem Bedarf gehen wir davon aus, dass dieser steigen wird und dass wir - eben gesamteuropäisch – den erneuerbaren Strom bereitstellen müssen. Und da kann jetzt wirklich Aventron einen grossen Brocken dazu leisten, einen wichtigen Brocken. Mit diesen 5 Millionen können wir das unterstützen und können wesentlich mehr Kilowattstunden erneuerbaren Strom generieren, als wir es könnten, wenn wir hier eine Fotovoltaikanlage aufs Dach machen. Ich komme zu dem dann nochmals.

Also das ist wirklich der entscheidenden Punkt: Versorgungssicherheit ergibt sich durch die Tatsache, dass wir prophylaktisch genügend Strom bereitstellen, dass wir nicht in eine Krisenlage geraten. Das muss die Strategie sein. Wenn wir in der Krisenlage sind, wie wir das jetzt international sehen, dann geht es nur solidarisch - und das ist das, was man jetzt auch beobachtet. Alles andere ist tatsächlich von vorgestern.

Der Betrag, den wir hier investieren, schafft - ich habe es bereits gesagt - wesentlich mehr Kilowattstunden erneuerbare Energie, als wir hier lokal damit bereitstellen könnten. Aber - und jetzt kommt ein grosses Aber zum Schluss - da bin ich natürlich völlig einverstanden mit dem, was Du, Michi Gross, gesagt hast: Wir müssen hier lokal unseren Beitrag auch leisten. Alle Länder in Europa müssen ihren Beitrag leisten. Die einen können eher etwas machen mit Off shore-Anlagen (Windkraft), die anderen mit Solarenergie in Südeuropa. Wir können auch unseren Beitrag leisten mit Wasserkraft und mit Fotovoltaik auf unseren Dächern. Dort müssen wir natürlich genauso vorwärtsmachen und das wisst Ihr alle, da sind wir ja auch intensiv dran. Das ist auch unser grosses Anliegen, dass wir hier in Winterthur unseren Beitrag auch leisten.

Aber jetzt reden wir über die Investition in Aventron, über den letzten Brocken, wie es so schön gesagt wurde, und das sollten wir jetzt auch noch genauso investieren, wie wir es eigentlich vorgesehen haben. Was nachher ist, darüber werden wir uns sicher unterhalten müssen und intensiv darüber diskutieren, wie die künftige Strategie aussehen wird. Aber jetzt geht es um diese 5 Millionen oder vielleicht ein bisschen weniger, die da sinnvoll investiert werden können. Ich bitte Euch um die Zustimmung zu diesem Betrag, danke.

**M. Nater (GLP):** Im Jahr 2012 hat das Stimmvolk mit über 75 Prozent oder über 75 Prozent Ja gesagt zu diesem Rahmenkredit von 90 Millionen für Strom aus erneuerbarer Energie, welcher klar auch Beteiligungen vorsieht. Diese Beteiligungen wurden durch das Parlament mehrmals bestätigt.

Dass nun der Wille der Winterthurer Stimmbevölkerung von den Bürgerlichen hinterfragt wird, ist mit den entsprechenden Argumenten zulässig. Die Bürgerlichen müssen sich aber auch fragen, ob ein grosser Teil der Stimmenden von 2012 nun gerade auch mit der Klimadiskussion ihre Meinung geändert hat, was ich beim besten Willen nicht erkennen kann.

Das Argument, die Gelder noch stärker in der Schweiz zu investieren, hat aus Sicht Regionalität eine gewisse Berechtigung. Bezüglich Effizienz und damit auch bezüglich Klimawirkung, muss das Geld jedoch dort investiert werden, wo es am meisten bringt. Dies ist halt momentan nicht in der Schweiz der Fall, sondern bezüglich Solarenergie eher in südlichen Ländern und bezüglich Wind eher in nördlicheren Ländern. Dies ist insofern gut, da wir auch ein europäisches Stromnetz haben und dieses nur funktioniert, wenn alle Länder dieses Netz unterstützen beziehungsweise dezentral Strom einspeisen.

Bezüglich Regionalität haben wir 20 Millionen für Photovoltaik in Winterthur, wo leider in den letzten 10 Jahren erst die Hälfte ausgegeben wurde. Dies entspricht aus meiner Sicht nicht den Erwartungen der Stimmbevölkerung aus dem Jahr 2012, dass diese Umsetzung so lange dauert. Wir erwarten und sehen aber auch, dass es nun nicht mehr 10 Jahre geht, bis die nächsten 10 Millionen ausgegeben sind.

Bei jeder Investition ist natürlich ein Risiko vorhanden, aber hier handelt es sich um ein Unternehmen, welches stark in Beton beziehungsweise Bauten investiert, welche immer einen Wert haben werden. Und gerade wenn es um das Risiko geht, ist es wichtig, dass wir von Winterthur weiterhin einen Verwaltungsratssitz haben und somit unser Minderheitsrecht einbringen zu können.

Wir von der GLP nehmen den Antrag für eine mögliche Kapitalerhöhung bei Aventron an.

**M. Gross (SVP):** Ich möchte noch schnell vor allem auf das Votum von Reto gerne ein Feedback dazugeben. Es geht doch, und das müssen wir uns vor Augen halten, trotzdem um viel Geld. 5 Millionen, das ist mehr, als alle hier drin, wenn ich den durchschnittlichen Steuersatz annehme, in ihrem ganzen Leben an Steuern zahlen. Einfach, dass man das einmal so festgehalten hat. Ich habe die Stadträte ausgenommen, weil diese sind way out. Aber wenn wir bei unserem Durchschnitt ansetzen, kommen wir nicht auf so viel Geld. Also es geht um viel Geld.

Dann war da von der Märchenstunde die Rede, von Reto. Er hat die Krise angesprochen und es gehe nur mit Solidarität. Jetzt haben wir gerade eine Krise gehabt. Wir haben eine Pandemie gehabt. Und was haben alle gemacht? Alle Länder haben die Grenze geschlossen. Was war da mit der Solidarität? Güter sind nicht mehr in die Schweiz gekommen, Deutschland hat sie aufgehalten. Es ist das Gegenteil passiert. Vielleicht sollte man sich der Realität dann schon mal öffnen und eben nicht an die Märchen glauben, aber vielleicht bist Du deshalb auf Märchen gekommen, weil Du selbst Deinen Text gelesen hast.

Und einfach am Schluss noch zur Nachhaltigkeit. Die gilt auch für die Finanzen. Oder kennt Ihr ein Land auf der Welt, das sich um Umweltschutz sorgt, das pleite ist? Ich kenne keines, das müsste man mir sonst sagen. Also von dem her gilt hier trotzdem der lateinische Spruch: Irren ist menschlich, aber an Irrtümern festhalten ist teuflisch.

**Stadtrat St. Fritschi:** Wir hören ja aus den einzelnen Voten, dass Aventron immer wieder Gesprächsstoff vermitteln kann. Und dass man mit Aventron auch hitzige Diskussionen hinhinbringt. Aventron, das haben wir durch alle Stimmen durchgehört, ist eine gut geführte Firma, ein sehr gut geführtes Unternehmen, bei dem wir stolz sind, dass wir da beteiligt sind. Es ist aber ein Risiko, es bleibt ein Risiko - bei jeder Beteiligung bleibt ein Risiko. Das haben auch viele richtig erkannt. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass das Risiko sich lohnt. Und zwar nicht unbedingt als Finanzinvestment, denn wenn es ein Finanzinvestment wäre, dann wäre es nicht ein Geschäft von mir, sondern ein Geschäft von Kaspar Bopp. Sondern weil wir von Stadtwerk es als essenziell finden, dass wir da beteiligt sind.

Und es ist schon ein paar Mal gesagt worden: Wichtig für Stadtwerk sind die Bezugsrechte, die wir haben, und den Einfluss auf das Unternehmen.

Die Bezugsrechte, das haben ein paar richtig gesagt: Wenn wir in einer Strommangellage sind, wenn wirklich der Strom abgestellt werden muss – das, was sich Felix Landolt vielleicht in anderen Situationen wünscht - dass man den Strom einfach abstellt. Das dürfen wir zurzeit nicht. Das wird dann gemacht, abgestellt, vom Bundesrat, wenn wir wirklich in einer Strommangellage sind. Und dann haben die Bezugsrechte keine Bedeutung mehr. Aber wir hoffen ja, dass wir nicht digital von der jetzigen Situation in eine Strommangellage gehen, sondern wir gehen davon aus, dass es zwischendrin auch Situationen gibt, wo wir in einer Situation sind, in der wir froh sind, weil wir vielleicht ein bisschen weniger Strom haben, dass wir die Bezugsrechte noch haben, aber noch nicht in einer Strommangellage sind. Und dann sind wir sehr froh, wenn wir auf die Bezugsrechte zugreifen und die Stadt Winterthur mit ökologischem Strom versorgen können. Klar, zu Marktpreisen, aber manchmal ist es sogar wichtig, dass man überhaupt Strom hat und diesen der Kundschaft weitergeben kann. Und deshalb sind die Bezugsrechte für uns wichtig.

Und wir haben relativ wenig Beteiligung an dieser Aventron AG und trotzdem haben wir einen Verwaltungsratssitz, sowohl in der Holding als auch in der AG. Und das ist nicht selbstverständlich und damit wir das auch weiter behalten können, finden wir das richtig, dass wir die Bezugsrechte, die allfällige Bezugsrechte, auch ausüben könnten.

Ich glaube, man kann lange darüber streiten, ob es jetzt sinnvoll ist, da beteiligt zu sein oder nicht. Der Stadtrat ist der Meinung, es ist sinnvoll. Aber was sicher nicht sinnvoll ist: Dass man jetzt die Aktien, die man schon hat, dass man die verkauft. Also das möchte ich also niemandem anraten, abgesehen davon, dass das dann auch noch ziemlich rechtliche Auseinandersetzungen geben würde, weil das gäbe dann wieder eine Volksabstimmung und so weiter. Und das kann nicht einfach der Stadtrat entscheiden und das möchte ich also sicher nicht beantragen, nur weil es jetzt von zwei Fraktionen gefordert worden ist, dass wir die Aktien, die wir schon haben, verkaufen sollen. Also das steht nicht zur Debatte für den Stadtrat und ist auch nicht ein Geschäft, das in diesem Antrag steht. Das müssten Sie als Stadtparlamentsmitglied selbst fordern. Ich weiss nicht einmal, mit Motion und so weiter, und das gäbe dann eine Volksabstimmung. Aber das empfehle ich Ihnen nicht.

Es ist auch gesagt worden, die lokale Produktion ist ganz wichtig. Ja, die ist ganz wichtig und auch ich bin nicht zufrieden, wie viel wir lokal produzieren. Ich muss aber Michael Bänninger sagen (er hat so in einem Satz gesagt, lokal gibt es dann für Stadtwerk noch einiges zu tun): Es gibt für uns alle noch einiges zu tun. Weil Stadtwerk hat zwar den Kredit von diesen 10 Millionen, der noch übrig ist bei der lokalen Fotovoltaik-Produktion, aber am Schluss braucht es Hausbesitzer/Hausbesitzerinnen, es braucht andere Departemente, die auf ihren Dächern wirklich die Fotovoltaikanlage wollen. Und da kann Stadtwerk nicht einfach befehlen, sondern es kann mit Projekten und mit verschiedenen Aktionen (wir sind jetzt bei Solaraction dabei und so weiter) versuchen, mit möglichst vielen Aktionen, das attraktiv zu halten. Aber wenn am Schluss die Leute nicht bereit sind, auf ihren Dächern, auf ihren Fassaden, auf Grundstücken PV-Anlagen zu machen, dann sind auch uns bei Stadtwerk die Hände gebunden. Und es ist darum, in den Worten von Michael Bänninger, es ist nicht nur für Stadtwerk noch einiges zu tun, sondern für uns alle in der Stadt Winterthur ist noch einiges zu tun. Auch für Euch hier drin, die vielleicht ein Häuschen haben oder die Einfluss haben, dass irgendwo noch eine zusätzliche PV-Anlage installiert werden kann. Es ist eine Aufgabe für uns alle - und nicht nur von Stadtwerk. Also mir ist es ein wichtiges Anliegen und ich gebe allen Recht, die nicht zufrieden sind mit dem Ausbaustandard von PV-Anlagen in der Stadt Winterthur. Da unterstütze ich Euch alle, ich bin auch nicht zufrieden. Wir sind noch nicht dort, wo wir sein sollten. Und da bin ich aber angewiesen auf ganz viele, die hier mithelfen, dass wir einen besseren Ausbau haben von eigener Stromproduktion auf unseren Häusern in der Stadt Winterthur.

Ja, jetzt hoffe ich, dass Ihr trotz dieser kritischen Worte so handelt wie Iris Kuster, die dann am Schluss trotzdem Ja stimmt. Und die, die vorher nicht kritisch gewesen sind und sowieso dafür sind, denen danke ich jetzt schon.

Ich möchte noch einmal betonen: In diesem Antrag haben wir nicht geschrieben, was nachher kommt. Es gab ein paar Leute, die wissen wollten, was dann nachher kommt, wenn es wieder eine Kapitalerhöhung gibt. Ich glaube, das ist jetzt zu früh. Sicher braucht es dann wieder die politische Legitimation. Das reicht dann nicht, einfach ins Parlament zu gehen. Das wäre zu früh. Und dann können wir nochmals von Grund auf diskutieren.

Danke für die mehrheitliche - also ich habe es jetzt vermutet aufgrund von den Voten - Zustimmung zu diesem Geschäft. Und ich freue mich darauf, die Herausforderungen für uns alle, in der Zukunft, in unserer Gesellschaft und auch in Winterthur, was die Stromproduktion, die ökologische Stromproduktion betrifft, mit Euch zusammen anzupacken.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank, dann kommen wir doch gleich zur Abstimmung. Ich bitte die Stimmzähler, dass wir dann auszählen, einfach zur Sicherheit, falls wir das Stimmverhältnis noch wissen müssten.

Wer dem Stadtrat zustimmen und den Antrag so annehmen möchte, der soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer die Weisung vom Stadtrat ablehnen möchte und damit dem Anlehnsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Gut, Ihr habt der Weisung des Stadtrats mit 36 zu 20 Stimmen zugestimmt.

#### 4. Traktandum

##### **Parl.-Nr. 2022.10: Nachtrags- und Verpflichtungskredit von Fr. 1'500'000 für Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese für die Super League (Projekt-Nr. 13279)**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Nachtrags- und Verpflichtungskredit von Fr. 1'500'000 für Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese für die Super League (Projekt-Nr. 13279). Da bitte ich die Kommissionsreferentin Gaby Gisler für die Geschäftsvorstellung.

**G. Gisler (BSKK):** Mir fällt heute die Aufgabe zu, Ihnen das vorliegende Geschäft Nr. 2022.10 über einen Nachtrags- und Verpflichtungskredit von 1,5 Millionen Franken für Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese für die Super League zu präsentieren. Ich darf dabei auf die Präsentation zurückgreifen, wie sie uns in der Kommission für Bildung, Sport und Kultur (kurz BSCK) am 31. Januar 2022 von Dave Mischler vom Sportamt und von Roman Wälti vom Amt für Städtebau gezeigt wurde. Besten Dank dafür. Zur Ausgangslage: Das Stadion Schützenwiese ist im Eigentum der Stadt Winterthur und wird auch von der Stadt betrieben. Der Hauptnutzer ist der Fussballclub Winterthur (kurz FCW): Die Nutzung ist mit einem Mietvertrag zwischen dem FCW und dem Sportamt geregelt.

Aufgrund des ausgezeichneten Tabellenplatzes, zurzeit Platz 2 nach 23 Spielen, vor dem heutigen Match gegen den FC Yverdon Sport., will der FCW auf die Saison 22/23 hin eine Super League Lizenz beantragen. Nach Verhandlungen zwischen der Stadt, dem FCW und der Swiss Football League ist seit Ende 21 bekannt, dass das Stadion Schützenwiese nur mit einer Ausnahmegewilligung für die Super League genutzt werden könnte und nur, wenn bis Saisonstart Ende Juli 22 die Auflagen bezüglich Beleuchtung, Sicherheit und elektronische Medien erfüllt sind. Eine Ausnahmegewilligung nach der nächsten Saison 22/23 wird von der Swiss Football League zudem nur zugestanden, wenn auch ein Projekt für ein Super League taugliches Stadion vorliegt. Dank dem Architekturwettbewerb aus dem Jahr 2010 liegt ein solches Projekt vor. Es wurde von den Sollberger Bögli Architekten AG aus Biel gewonnen. Auf Folie 2 sieht man die im Jahre 1956/58 erbaute Haupttribüne im aktuellen Stadion Schützenwiese. Auf der nächsten Folie ist ersichtlich, wie das zukünftige Stadion aussehen soll. Aus dem etappierten Ausbau wurde 2013/14 bereits die neue Gegentribüne realisiert. Um überhaupt eine provisorische Lizenz für den FCW für die nächsten paar Jahre erhalten zu können, mussten der Swiss Football League die Meilensteine des Ersatzneubaus aufgezeigt werden.

Auf Folie 4 sieht man auf dem gegenwärtigen Zeitplan, dass total 5-6 Jahre von der Projektauslösung bis zum Bezug des neuen Stadions geplant sind. Im Detail heisst das: Im November 2021 wurde bereits eine Variantenstudie ausgelöst, um zu eruieren, ob die alte Tribüne saniert werden soll oder ein Ersatzneubau sinnvoller ist. Mit diesen Erkenntnissen gelangt das Sportamt an den Stadtrat und danach ans Parlament, um einen Projektierungskredit zu beantragen, das soll dann im Herbst 2022 der Fall sein. Nach dem Vorprojekt und dem Bauprojekt soll dann Ende 2023 der Kostenvoranschlag vorliegen. Im Jahr 2024 gibt es eine Volksabstimmung, damit dann der Endausbau durchgeführt werden kann. Bei einem positiven Volksentscheid wird nach der Bewilligung, Submission und Ausschreibung mit dem Baubeginn ab Ende 2025 gerechnet, so dass letztlich das Stadion für rund 8'500 Zuschauer auf Saisonbeginn 2027/28 fertig gestellt wäre. Wird dieser Zeitplan eingehalten, so würde die provisorische Ausnahmegewilligung von der Swiss Football League laufend verlängert.

Die Sofortmassnahmen sind auf der nächsten Folie sichtbar:

- Im Stadionraum braucht es Ballfangnetze und einen Ausziehtunnel für den Spielerzugang.

- Bei den Zuschaueranlagen braucht es Sektortrennungen, Drehkreuze und Drehsperren.
- Für die Medien sind Kommentatoren-Plätze, Kameratürme, Studios, Interview-Ecken und abgesperrter TV-Bereich gefordert.
- Für die Sicherheit sind Videoüberwachung und Kontrollraum nötig, hier möchte dann die Stadtpolizei bei der Planung miteinbezogen werden.
- Bei der Technik ist ein Ausbau für die Beleuchtung und den Video-Schiedsrichter, dem Video Assistent Referee (sogenannter VAR) gefordert.

Diese Sofortmassnahmen werden je nach Einsatzdauer entweder für die nächsten 5-6 Jahre provisorisch in der günstigen Variante gebaut oder, wenn sie auch im neuen Stadion einsetzbar sind, qualitativ solide gebaut.

Auf dieser Folie hier ist auf der Karte ersichtlich, wo überall die erforderlichen Massnahmen sofort umgesetzt werden müssen.

Auf der nächsten Folie sind die Kosten für die Sofortmassnahmen zusammengestellt: Gemäss Schätzung wird mit Kosten von 1,55 Millionen Franken gerechnet, abzüglich des bereits bewilligten Projektierungskredites von 50'000 Franken. Das ergibt dann einen Kredit von 1,5 Millionen, der heute Abend hier zur Debatte steht.

Es wird davon ausgegangen, dass aus dem Sportfonds des Kanton Zürich noch ca. 15 Prozent, also rund 200'000 Franken, ausgeschüttet werden. Ebenso ist mit dem FCW schriftlich vereinbart, dass sie sich mit 10 Prozent, jedoch maximal 200'000 Franken, an den Kosten beteiligen werden.

Der vorliegende Antrag zum Kredit für die Sofortmassnahmen ist deshalb so kurzfristig und muss dringend heute traktandiert sein, weil der FCW bis am 2. März 2022, also übermorgen, das Lizenz-Gesuch für die Super-League einreichen muss. Und diesem Gesuch muss eine Bestätigung der Stadt bezüglich der Bewilligung der Kosten für die Sofortmassnahmen beiliegen.

Auf der nächsten Folie ist es betreffend Zeitplan so, dass für die meisten Gewerke (also die bautechnischen Arbeiten) bis Ende März Baugesuche gestellt werden müssen, das ist der sogenannte Point of no Return, damit dann gleich nach Saisonschluss mit dem Bau begonnen werden kann, so dass auf den Saisonstart Ende Juli alles bereit ist. Falls der FCW die Barrage spielen muss, so wird erst am 29. Mai 2022 definitiv klar, ob sie aufsteigen.

Sollte der FCW den Aufstieg nicht schaffen, so werden die baulichen Massnahmen trotzdem ausgeführt, gewisse Installationen - wie z.B. Netze montieren - werden aber noch zurückbehalten. Es kann ja dann sein, dass der FCW das nächste Jahr den Aufstieg schafft.

Ich komme zum Abschluss dieser Präsentation: Der Antrag besteht in einem Kreditbegehren über 1,5 Millionen Franken für den Bau von Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese. Wegen der Dringlichkeit hat nur eine Lesung stattfinden können. Die BSK-Kommission hat dem Begehren - damit eine Diskussion im Parlament stattfinden kann - mit 8:1 Stimmen zugestimmt.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank für die Vorstellung. Das Wort hat jetzt Daniela Roth-Nater (EVP).

**D. Roth-Nater (EVP):** Eigentlich ist es ja ein schönes Problem, das wir da haben. Doch eben auch ein kostspieliges. Kommt dazu, dass es zügig behandelt werden muss. An dieser Stelle möchte ich Dave Mischler und seinem Team für alle die bereits zeitig getätigten Vorausarbeiten danken.

Das erweist sich jetzt als sehr hilfreich. Bis Ende März muss entschieden sein, im Mai ist der Baustart geplant und im Wissen, dass die Stadt den FCW braucht, genauso wie der FCW umgekehrt die Stadt. Machen wir da doch gemeinsame Sache. Denn im Projekt wird minutiös darauf geachtet, dass wirklich einfach das Notwendigste gemacht wird und auch in der Zukunft immer wieder zusammen an diesem Tisch gesessen wird, um gemeinsam am Erfolg der Stadt zu schaffen. In dem Sinne: Hopp FCW.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** An erster Stelle möchte ich mich bei Gaby Gisler bedanken für das Vorstellen des Geschäfts. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen den Nachtrags- und Verpflichtungskredit für die Sofortmassnahmen am Stadion Schützenwiese.

Fussball gehört in der Schweiz zu den beliebtesten Sportarten. Rund 280'000 Fussballerinnen und Fussballer sind in über 11'000 Vereinen in der Schweiz aktiv. Fussball ist auch in Winterthur sehr beliebt. Der FCW macht das auch geltend mit seinem grossen Engagement, nicht nur mit seinen jetzigen Leistungen in der Challenge League, sondern auch in ihrer Nachwuchsförderung. Die Schützenwiese ist auch ein beliebter Ort für gross und klein. Von der Bierkurve bei den Grossen bis zur Sirupkurve bei den Kleinen. Auch die kulinarische Vielfalt vor Ort ist einen Besuch wert: Mit Momos, Pizza, Schützi-Spiess und vielem anderen gibt es einfach alles, was das Herz begehrt. Zusammengefasst: Die Schützenwiese ist ein Ort, wo alle zusammenkommen können und ein tolles Erlebnis haben mit einem hochkarätigen Fussballspiel.

Genau das, was der Sport vermittelt: Verbundenheit in allen Bevölkerungsschichten und Zusammengehörigkeitsgefühl. Der Sport verbindet halt die Menschen.

Jetzt geht es aber um die Zukunft der Schützenwiese und die Rahmenbedingungen, in der Super League spielen zu dürfen. Die Chance, dass der FCW in die Super League aufsteigt, sind sehr gut. Zurzeit belegt der FCW den zweiten Platz. Damit sie aber auch die entsprechende Lizenz für die Super League bekommen können, sind Sofortmassnahmen nötig, so wie das eigentlich Gaby Gisler bereits erläutert hat. Sie sind vor allem im Bereich Beleuchtung, Sicherheit und elektronische Medien unerlässlich. 1,5 Millionen ist aber viel Geld und was auch aus der Fraktion kritisch betrachtet wird, ist, dass der FCW sich bezüglich Sponsoren ein bisschen mehr engagieren sollte. Ausserdem wollen wir nicht, dass der Breitensport gegenüber dem Spitzensport benachteiligt wird. Das Wort «Breitensport» sagt schon alles, er hat einfach mehr Berührungspunkte mit der Bevölkerung.

Nichtsdestotrotz ist die Haltung von unserer Fraktion klar, dass die guten sportlichen Leistungen und das grosse Engagement des FCW honoriert werden sollen. Der Kredit soll auch ein Zeichen gegenüber dem FCW sein, dass wir an ihn glauben. Das Geld soll auch als Motivation dienen, um auf Kurs zu bleiben und weiter für den Aufstieg zu kämpfen. Ausserdem wird die Investition auch für das definitive Super League-Stadion so oder so nötig sein.

Aus diesen Gründen unterstützen wir den Nachtrags- und Verpflichtungskredit. Wir wünschen dem FCW viel Erfolg.

**M. Steiner (SP):** Danke, Gaby, auch von meiner Seite, für das Vorstellen von diesem Geschäft.

Am Samstag, am 15. Juni 1985, also vor ziemlich genau 37 Jahren, hat auf der Schützi das letzte Spiel in der höchsten Liga stattgefunden. Gerade einmal 750 Zuschauer haben damals gegen La Chaux-de-Fonds die 1:5 Niederlage miterleben dürfen. Fussballgrössen wie Stephan Lehmann, Uwe Rapolder oder Dario Zuffi standen bei diesem Spiel auf dem Platz. Tempi Passati.

Jetzt möchte der FCW wieder dorthin, in die höchste Schweizer Liga, dort, wo der FCZ, Basel oder YB spielen, dort, wo der FCZ zum Beispiel gestern vor 21'000 Zuschauer gegen den FCB seine Leaderposition gefestigt hat, ferne Zukunftsmusik für die Anhänger vom FCW, weil erstklassig zweitklassig ist sein Motto, wo auf der Schützenwiese seit Jahren gelebt wird. Man hat sich den Ruf als Challenge League-Dinosaurier zu eigen gemacht und verspürt lange Zeit gar nicht den Wunsch aufzusteigen. Sportlich erlebt man wohl auch darum über die letzten 20 Jahre eher bittere Zeiten, bis auf die eine oder andere gute Phase in der Meisterschaft und Highlights im Schweizercup lässt man sportliche Konstanz vermissen. Jetzt hat man es aber erstmals seit dem Jahr 2001 wieder geschafft, mehr als ein Spieltag lang Leader von der Challenge League zu sein.

Als sechstgrösste Stadt mit einem Zuschauerschnitt von knapp 5'000 Menschen bringt der FCW eine grosse Leidenschaft und eine umsichtige Führung für den Sport mit. Das hat er in den letzten zwei Jahrzehnten Jahr für Jahr beweisen können.

Fussball ist mehr als nur ein Spiel, das wurde vorher schon gesagt. Er hat die Kraft, die unterschiedlichsten Menschen zusammenzubringen. Der FC Winterthur ist sich dieser Kraft bewusst und auch seiner eigenen Verantwortung. Er ist darum auch zu dem geworden, was er heute ist: Ein Aushängeschild für einen sozialen, integrierenden und begeisterungsfähigen Fussballverein, weit über die Stadtgrenze hinaus.

Mit der Zustimmung zu diesem Kredit erfüllen wir die Minimalauflagen bezüglich Beleuchtung, Sicherheit und Pressearbeit und machen das Schützi fit für einen allfälligen sportlichen Aufstieg. Die SP-Fraktion unterstützt den Kreditantrag.

**Ch. Maier (FDP):** Danke vielmals, auch an Markus Steiner für die sporthistorische Einführung für mich. Danke vielmals. Man hat das vorher gehört: Das Sportamt hat seine Hausaufgaben gemacht, sich frühzeitig mit Eventualitäten befasst und auch die zuständige Kommission sehr transparent informiert. Als FDP unterstützen wir die Investition in die Schützi aus zwei Gründen: Der FCW ist der Leuchtturm vom Winterthurer Fussball. Der Sportart notabene, welche die meisten aktiven Sportler in unserer Stadt bewegt, vor allem auch Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass sich Leistung lohnt, logischerweise auch im Sport. Wir freuen uns darum auf das Problem oder über das Problem, drücken dem FCW die Daumen und hoffen, dass er in der Zukunft weit über Winterthur hinaus strahlen kann.

Wir sind aber auch froh - und das möchte ich betonen -, dass die vielen Sicherheitsinvestitionen, die wir jetzt machen müssen, bis jetzt gar nicht nötig gewesen sind. Der FCW macht also offenbar einen guten Job und die Fans, das merkt man, das sind eben richtige Winterthurer.

Die Investition von 1,5 Millionen ist für eine Zwischenlösung hoch. Wir sind aber überzeugt davon, dass das Sportamt da eine pragmatische Lösung umsetzt, und unterstützen diese.

**A. Büeler (Grüne):** Danke, Gaby Gisler, für die Vorstellung des Geschäfts. Die Bedeutung vom FCW für unsere Stadt ist ja schon eindeutig ausgewiesen worden. Diesen Argumenten schliessen wir uns natürlich an. Uns ist auch glaubwürdig dargelegt worden, dass nicht einfach all die vielen Wünsche aus dem Forderungskatalog von der Swiss Football League erfüllt werden. Wir sind froh, dass man jetzt darum nur so viel investieren muss, wie für die Super League-Ausnahmebewilligung nötig oder mittelfristig sowieso sinnvoll ist.

Die Fraktion Grüne/AL stimmt deshalb dem Kreditantrag zu. Und beim Projekt für den Endausbau vom Stadion werden wir dann sicher kritisch hinschauen, dass man nicht überbordet. Dort hat ja dann auch die Stimmbevölkerung das letzte Wort. Wir wünschen dem FC Winterthur viel Erfolg und Zuschauer, unabhängig davon, ob sie aufsteigen oder weiterhin erstklassig zweitklassig attraktiven Fussball zeigen.

**M. Della Vedova Mumenthaler (GLP):** Danke Dir, Gaby, für die Präsentation von diesem Geschäft. Wir haben es vorhin gehört: Eine Ausnahmebewilligung für die Nutzung vom Stadion Schützenwiese für die Super League-Spiele von der nächsten Saison wird nur in Aussicht gestellt, wenn die in der Präsentation aufgeführten baulichen Massnahmen vor Mitte Juli umgesetzt sind.

So viel wie nötig, so wenig wie möglich, hat der Stadtrat gesagt, also nur so viel, dass auch die Ausnahmebewilligung erteilt wird. Das heisst aber auch, dass der FCW in der nächsten Saison nicht in die Super League aufsteigen kann, praktisch alle baulichen Massnahmen zwar ausgeführt, aber eventuell die dazugehörigen Installationen zurückbehalten werden. Das ist gut so. Wir Grünliberalen unterstützen den Antrag des Stadtrats.

**G. Gisler (SVP):** Alle Massnahmen - so wurde uns in der Kommission versichert - wurden mit der Swiss Football League (respektive mit den fünf Vertretern von ihnen) hart ausgehandelt und müssen im Minimum erfüllt sein, damit der FCW bei einem allfälligen Aufstieg in der Saison 22/23 überhaupt in der Super League spielen darf. Da erst, wir haben es schon mehrmals gehört, am 29. Mai spätestens bekannt wird, ob Winterthur aufsteigt und Ende Juli aber bereits die neue Saison beginnt, die Anmeldung für die Lizenz inklusive Zusicherung des

Ausbau der verhandelten Minimalvorgaben Schützenwiese jedoch bereits am 2. März erfolgen muss, pressiert diese Weisung ausserordentlich und wir müssen heute darüber abstimmen.

Bei dieser Sache stört uns vor allem, dass die Swiss Football League wie selbstverständlich Forderungen an die Stadionbauten aufstellen kann, ohne sich dabei finanziell zu beteiligen. Alles wird den betroffenen Vereinen, Clubs und Städten und damit letztlich dem Steuerzahler aufgehalst.

Auch was die Massnahmen für die Sicherheit anbelangt, sehen wir es kritisch, dass der Steuerzahler diesen Mehraufwand tragen muss. Eine höhere finanzielle Beteiligung der Verursacher wäre in diesem Punkt angebracht gewesen.

Ebenso sehen wir die Forderungen der Medien zumindest als fragwürdig, wir bewerten diese Standards als übertrieben.

Problematisch ist es für uns, dass bei der Berechnung der Kredithöhe viele Kosten auf Schätzungen der Bauplaner beruhen. Wegen der Kurzfristigkeit konnten wohl vorgängig keine Offerten eingeholt werden, was die Kredithöhe konkretisiert hätte.

In der Saison 22/23 ist bei einem Aufstieg mit dem FCW vorerst einmal eine Mieterhöhung um 10'000 Franken festgelegt worden. Das begrüssen wir. Wir begrüssen auch, dass der Mietvertrag zwischen der Stadt Winterthur und dem FCW bei einem Verbleib in der Super League neu verhandelt wird. Mit dem Verbleib in der Super League generiert der FCW mehr Einnahmen, da darf und muss der Mietvertrag ruhig angepasst werden.

Alles in allem: Sport, insbesondere Fussball, ist beliebt. Der FCW als Spitzenclub hat eine Sogwirkung, er hat Vorbildfunktion. Selbstverständlich wollen wir dem FCW bei einem Aufstieg nicht im Weg stehen. Wir wünschen dem FCW für die verbleibenden 13 Spiele, inklusive demjenigen von heute Abend um 19.30 Uhr gegen den FC Yverdon Sport auf der Schützenwiese, viel Können, Einsatz und das nötige Glück.

Die SVP-Fraktion wird dem Kreditbegehren zustimmen.

**Stadtrat J. Altwegg:** Zuerst ein paar Worte des Dankes: Als erstes natürlich Dank der Referentin für das Vorstellen von diesem Geschäft, damit wir wissen, um was es genau geht. Dann allen Beteiligten im Hintergrund für den super Einsatz (unter anderem auch über die Weihnachtsferien), damit es überhaupt möglich gewesen ist, das so schnell vorwärtszutreiben. Da war sicher das Sportamt dabei, das Baudepartement und die planenden Architekten, die da Vollgas gegeben haben. Ihnen allen danke ich für die wohlwollende Aufnahme und Bereitschaft, das Geschäft so schnell vorwärtszutreiben, dass wir jetzt wirklich bereit sein können, falls der FCW aufsteigen sollte. Es war eine lange Geschichte. Wir sind schon einige Male an dem Punkt gestanden und jetzt haben wir einfach gefunden, jetzt müssen wir wirklich Gas geben, damit wir das auch umsetzen können.

Ich habe einige Male das Wort «Zwischenlösung» oder «fast Provisorium» gehört. Das ist noch wichtig. Das sind Vorinvestitionen, die nicht verloren sind. Es sind Investitionen, die wir dann auch beim Endausbau brauchen würden. Und es ist mir selbstredend klar, es ist viel Geld für solche Sofortmassnahmen. Und ich möchte etwas Erwartungsmanagement betreiben: Die meisten Massnahmen werden wir so oder so umgesetzt haben. Auch wenn wir dann am Schluss sehen oder sehen müssten, dass der FCW nicht aufsteigen könnte. Die Minderkosten also, falls der FCW nicht aufsteigen sollte, werden sich in sehr engen Grenzen halten. Das ist einige Male erwähnt worden: Wir werden dann im Herbst einen Projektierungskredit bringen. Und da bin ich auch schon ein paar Mal darauf angesprochen worden, was das dann kosten wird. Ich kann einfach so viel sagen: Egal, welche Zahl ich jetzt sagen würde, es ist ganz sicher falsch. Darum halte ich mich da auch sehr zurück und ich kann mich eigentlich nur noch Daniela Roth-Nater anschliessen, die gefunden hat: Hopp FCW.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Dann würde ich zur Abstimmung überleiten. Wer dem Antrag des Stadtrats zu diesem Kredit zustimmen möchte, der soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

In diesem Fall habt Ihr das Geschäft einstimmig angenommen. Ich glaube, mit so viel Support kann der FCW eigentlich nur noch aufsteigen, aber ich hoffe, es reicht zumindest für das heutige Spiel.

## 5. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.93: Bewilligung des Modells zur Ausrüstung der Volksschulen mit ICT-Infrastruktur und entsprechendem Support sowie Kredit von Fr. 4'500'000 zur Erreichung der Ziel-Mengengerüste gemäss Modell / Projekt «eduwin Ersatz ICT-Infrastruktur» (Projekt-Nr. 19886)**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Bewilligung des Modells zur Ausrüstung der Volksschulen mit ICT-Infrastruktur und entsprechendem Support sowie Kredit von Fr. 4'500'000 zur Erreichung der Ziel-Mengengerüste gemäss Modell / Projekt «eduwin Ersatz ICT-Infrastruktur» (Projekt-Nr. 19886). Auch hier wird die Weisung zuerst durch den Kommissionsreferenten, André Zuraikat, vorgestellt.

**A. Zuraikat (BSKK):** Wie es bereits angetönt worden ist, darf ich heute Euch das Projekt «eduwin» vorstellen, mit dem entsprechenden Antrag und auch einem Ergänzungsantrag, der entstanden ist aus der BSKK. An dieser Stelle noch herzlichen Dank an den Abteilungsleiter Reto Zürcher von der SCHU::COM, der uns an der Kommissionssitzung dieses Projekt vorgestellt hat und sich den Fragen stellte.

Ja, schon wieder ICT. Ich bin jetzt seit 3 Jahren im Stadtparlament und ich darf zum dritten Mal über das, ja das ganze Thema ICT, referieren, aber es ist ein sehr, sehr spannendes Thema. Zuerst, im 2016, haben wir über ICT Primar gesprochen, wo es darum gegangen ist, eben dort einen Versuch zu starten mit ICT Primar. Und dann auf Sekstufe, wo wir die Tablets eingeführt und auch eine Bestellung aufgenommen haben. Und dann im Juni 2020 letztes Mal, wo wir zusätzliche iPads auf Primarstufe bestellt hatten.

Und jetzt sind wir da und eigentlich stellen wir das Ganze an sich in der ganzen Volksschule vor, mit dem Projekt «eduwin».

So ein bisschen zur Vision, um was es da geht. Ich finde das Bild noch sehr sinnbildlich und wirklich schön. Nochmals zum Wiederholen die Ausgangslage: Im Oktober 2016 haben wir ja mit ICT Primar angefangen. Dort sind Notebooks mit Linux-Lernsticks-System eingeführt worden. Dann im Sommer 2022 ist es eben so, dass ein grosser Teil von der ICT-Ausrüstung an das Ende vom Lebenszyklus gelangt. Diese Geräte müssen jetzt ersetzt werden. Damals, bei der Einführung von diesen Linux-Lernsticks, ist es dazugekommen, dass die 7'000 Lernsticks doch nicht praktikabel gewesen sind. Und was eben da jetzt sinnbildlich dargestellt werden soll, ist, dass eigentlich mit dem Projekt «eduwin» erreicht werden soll, dass die ICT-Infrastruktur auf Primarstufe und Sekstufe zusammengeführt werden soll. Seit dem Sommer 2021 besteht das 1:1-Angebot mit iPads auf Sekundarstufe. Und jetzt möchten wir eigentlich das Angebot auf Primar- und Kindergartenstufe ausweiten und eben vereinheitlichen.

Da gibt es dann verschiedene Modelle. Man hat da die verschiedenen Zyklen. Also wir sehen auf Kindergartenstufe (oben links) sind einfach 6 Tablets vorgesehen. Also eine 1:4-Ausstattung. Dann im nächsten Zyklus 1. - 4. Klasse sind 12 Tablets vorgesehen. Das ist 1:2-Ausstattung und dann ab der 5. Klasse die 1:1-Ausstattung, also jede Schülerin und jeder Schüler bekommt dann ein Tablet.

Für die Lehrpersonen hat man pro Schulzimmer ein Notebook, also gebunden an das Schulzimmer, um das nochmals zu betonen, also nicht für die Lehrpersonen selbst. Also das ist auf jeden Fall so vorgesehen. Und die Lehrpersonen bekommen dann einfach ein Tablet dazu. Dann haben sie entsprechend noch die Pool-Notebooks, also eben, wie gesagt, die da gebunden sind, um eben den Unterricht in digitaler Form durchführen zu können.

Dann haben wir einerseits den pädagogischen Support, also die sogenannten PICTS, die eigentlich dazu dienen, die Lehrpersonen unterstützen, wenn sie dann im Unterricht Unterstützung brauchen auf pädagogischem Niveau. Dann haben wir die TICTS, das ist der technische Support, der vorgesehen ist, bei technischen Angelegenheiten die Lehrpersonen zu unterstützen - und natürlich auch die Schülerinnen und Schüler, wenn dann der Bedarf besteht. Und wie eben in jedem IT-Unternehmen oder IT-orientierten Unternehmen gibt es auch einen Second oder Third Level Support, das ist auch abgedeckt durch einen externen Dienstleister. Das waren die häufigsten Fragestellungen im Projekt. Ich würde jede einzelne Frage da durchgehen:

Bring your own device: Da geht es eigentlich darum, dass die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen ihr eigenes Gerät mitnehmen. Und was spricht eigentlich dagegen? Es spricht dagegen, dass mit dem Konzept «Bring your own device» die Chancengerechtigkeit nicht gewährleistet wird. Mit dem Prinzip auch, die Volksschule muss kostenlos sein. Mit dem «Bring your own device» hatte man Probleme mit dem technischen Support, denn wenn jede oder jeder ein anderes Gerät hat, dann ist natürlich der Aufwand sehr, sehr gross und deshalb hat man damit auch negative Erfahrungen gemacht, vor allem auch für die Lehrpersonen. Und um eben noch einmal darauf zurückkommen: Wenn jeder und jede das gleiche Gerät hat, hat man dann das Ziel eigentlich erreicht, dass der Zusatzaufwand möglichst gering gehalten werden kann.

Und dann vielleicht ein Zitat, von Lehrperson, das ihr da durchlesen könnt. Da geht es um die Sekundarlehrersicht: «Das Funktionieren der mitgebrachten Geräte und das Tun der Schüler/-innen im Griff zu haben, ist selbst für mich, als digital Versierten, oft eine Herausforderung.» Sie verlieren wirklich viel Zeit mit Kompatibilitätsproblemen und sonst noch anderen Aufwänden, die sie haben, bis sie tatsächlich mit dem Unterricht anfangen können. Das so ein Beispiel aus dem Alltag.

Warum Tablets und nicht Notebooks? Tablets sind einfach mobiler und sind vielseitiger in der Anwendung. Und man hat viel mehr Funktionalitäten, die man brauchen kann und es ist intuitiver in der Bedienung des Geräts.

Wieso iPads? Aus dem einfachen Grund: Man hat jetzt bereits auf Sekundarstufe sehr gute Erfahrung gemacht mit iPads, hat das beste PreisLeistungsverhältnis. Und das System hat sich bewährt auf Sekundarstufe, auch die Lernsoftware ist sehr gut anwendbar. Die Bedienbarkeit ist sehr gut mit Stift und Tastatur. Und eben, man will über alle Zyklen von Kindergarten bis Sekundarstufe einen einheitlichen Gerätepark haben, also wirklich ein Gerät für alle Stufen.

Ja, und die Frage, die uns etwas mehr beschäftigt hatte: Warum Tablets schon auf Kindergartenstufe? Es ist eigentlich einfach zu beantworten: Es ist einfach im Lehrplan 21 vorgeschrieben, dass man sich dort schon digital auch etwas auseinandersetzt. Aber hier geht es mehr darum, aufzeigen, dass es im Unterricht vielfältige Szenarien gibt und dass man diese mit der Audio-Funktionalität im Unterricht viel besser ausnützen kann. Und auch als Gegenpol genutzt werden kann zum mehrheitlich passiven Medienkonsum zuhause. Wir kennen viele Beispiele, wo einem Kleinkind ein iPad in die Hand gedrückt wird, damit es ruhiggestellt ist.

Ich habe das schon angesprochen, den Lehrplan 21. Dort ist es zum Teil schon definiert. Die Kinder sollen spielerisch Experimentieren können mit Bild und Ton. Und die Mediennutzung steht da sicher nicht in Konkurrenz zur realen Erfahrung mit der eigenen Umwelt, sondern ergänzt sie. Und da seht ihr auf der nächsten Folie die entsprechenden Artikel. Eben, die Kinder sollen spielerisch und kreativ mit Medien experimentieren können und sollen anfangen, einfache Bild-, Text- und Tondokumente zu gestalten.

Die nächste Frage, die gestellt worden ist: Wieso 1:1 bereits ab der 5. Klasse? Der Kanton gibt eigentlich eine 1:2-Ausstattung vor. Man sieht es auch immer mehr, dass im Unterricht vermehrt Tablets genutzt werden als Werkzeug. Man hat positive Erfahrungen gemacht in den Gemeinden mit 1:1, wie Ihr das da aufgelistet seht von Zürich bis Flaach. Das soll auch sicherstellen, dass der Bruch zu Sekundarstufe verkleinert wird.

Warum Tablets und Notebooks für Lehrpersonen? Da braucht es einerseits persönliche Tablets für die Lehrpersonen, damit sie auch in der Umgebung der Schülerinnen und Schüler mitmachen können. Und die Notebooks braucht es, um die Simulationen durchführen und dann die Übung durchspielen zu lassen in der Klasse. Und eben auch, um sie zu unterstützen in den administrativen Tätigkeiten, mittels Lehrer-Office und Elternkommunikation, als Basis für die Kommunikation im Schulalltag.

Noch ein bisschen Support im Überblick: Das Bild zeigt ziemlich eindrücklich: Wenn wir sehen, wie sich das Lehrbuch entwickelt hat über 17 Jahre, und wie sich die elektronischen Geräte entwickelt haben. Es hat sich einiges verändert. Und das einleitend, warum es einen pädagogischen Support braucht: Man sieht einfach, heutzutage sind die Geräte viel sensitiver und dann braucht es entsprechende Unterstützung, damit die Lehrpersonen auch die Schülerinnen und Schüler richtig instruieren und führen können für den Unterricht.

Auch das nächste Bild soll darstellen, dass es das Ziel sein soll, dass man vermehrt von der analogen zur digitalen Lernkultur und Unterrichtsform schreiten soll, was auch das mittelfristige Ziel ist. Und es ist auch kantonal anzustreben, dass viele Lehrmittel von analog auf digital umgeschaltet werden.

Wie funktioniert denn der Support? Das habe ich schon angedeutet am Anfang. Wie gesagt, wir haben einerseits PICTS, das ist der pädagogische Support, bei dem es darum geht, dass sie für die Lehrpersonen vor Ort sind, um zu unterstützen, wenn es darum geht, eben die Lerninhalte zu vermitteln. Und dann haben wir einen Sitz TICTS und das ist abgedeckt durch einen externen Dienstleister, der sie dann für technische Belange unterstützen kann. Und noch einmal ein bisschen im Überblick, wie der Support aussieht, einerseits eben das PICTS, das den Unterricht unterstützen soll, auch in der Unterrichtsvorbereitung. Und dann auch im Bereich Schulentwicklung, dass sie auch für Gespräche mit der Schulleitung entsprechend vorbereitet sind und dann auch entsprechend ihre Gespräche führen können. Und dann auch im Bereich SCHU:COM, wo sie wie gesagt pädagogischen und technischen Support gewährleisten. Das als Übersicht, um ein bisschen darzulegen, wie das aussehen soll.

Schnell zu den Zahlen: Wie setzt sich der Kredit zusammen? Mehrheitlich gehen die 4,5 Millionen natürlich zu den Tablets und den Notebooks (fast 3 Millionen). Der Rest leitet sich ab in Zubehör und Projektkosten.

Wie haben wir in der BSKK entschieden? Wir haben über einen Ergänzungsantrag diskutiert. Für uns ist die Nachhaltigkeit und Ökobilanz wirklich sehr wichtig. Wie Ihr aus der Weisung entnehmen konntet, ging es darum, dass als Mindestlaufzeit für Tablets 4 Jahre gelten sollen, für Notebooks 5 Jahre. Wir aus der BSKK finden aber, wie Ihr auf dem Ergänzungsantrag seht, dass für die Tablets und Notebooks eine Mindestlaufzeit von 5 beziehungsweise 6 Jahren angestrebt werden soll. Dieser Antrag wurde mit 7:2 angenommen. Das mit der folgenden Begründung: Wir wollen einen Beitrag leisten an die Ökobilanz. Die Investitionen für die Beschaffung von Ersatzgeräten würden sich dann auch reduzieren. Die Abschreibungen liegen dann tiefer und die jährlichen Folgekosten reduzieren sich dann auch entsprechend. Das ist wie gesagt mit 7:2 durchgekommen. Und dann in der Schlussabstimmung wurde der Gesamtkredit von 4,5 Millionen mit 8:1 angenommen. Vielen Dank. Dann eröffne ich gerne die Diskussion.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank, André Zuraikat, für die Vorstellung von diesem Geschäft. Den ersten Ergänzungsantrag von der Kommission hast Du ja auch gerade schon vorgestellt.

Es gibt noch einen zweiten Ergänzungsantrag, der betrifft ebenfalls Ziffer 1 von Seiten von der GLP. Da hat Monica Della Vedova das Wort, um diesen vorzustellen und zu begründen.

**M. Della Vedova Mumenthaler (GLP):** Kann ich danach auch gleich noch das Votum halten für den Rest, ist das gut? Danke.

Danke Dir, André, für die Präsentation von diesem Geschäft. Die GLP stellt zu Ziffer 1 vom Antrag in der Weisung folgenden Ergänzungsantrag: «Die Arbeitsgeräte für Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule werden nach Ende der Schulzeit in den Schulen bis zum Ende

ihrer effektiven Lebensdauer behalten und weiterverwendet, zum Beispiel im Kindergarten oder in der Unterstufe.»

Die Begründung: Gemäss dem Modellprojekt «eduwin» bekommen die 5.-Klässler eine 1:1-Ausstattung und geben das Tablet nach absolviertem Schuljahr zurück, während die 6.-Klässler das zur Verfügung gestellte iPad bis am Ende der Sekundarschule nutzen und dann behalten können. So ist die Idee. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Geräte nicht in der Schule weitergenutzt werden können. Wie bei jedem Konsumgut ist es für die Umwelt schonender, wenn das Produkt weiterverwendet wird anstatt ein neues zu kaufen. Denn die grösste Umweltbelastung bei neuen Smartphones oder halt auch bei Tablets liegt im Abbau der benötigten Rohstoffe.

Gemäss einer Studie aus 2018 zu Smartphones, welche man auch auf Tablets anwenden kann, verlangsamt sich die technische Entwicklung, die Steigerungsrate auf Ebene von Prozessor-Geschwindigkeiten, RAM-Grösse, Display-Auflösung etc. sind lange nicht mehr so gross wie vor einigen Jahren. Aktuell steigt Rechenkapazität von Computer langsam. Das bedeutet, dass sich die Geräte aus technischer Sicht deutlich länger nutzen lassen. Der beste Beitrag zur Nachhaltigkeit ist, Tablets so lange wie möglich zu nutzen, um die Umweltbelastung zu reduzieren. Wenn die Geräte gegen Ende ihrer Laufzeit langsamer werden oder bei gewissen Apps keine Updates mehr möglich sind, genügt das Gerät noch ohne weiteres den Ansprüchen für die Nutzung im Kindergarten oder gar auf der Unterstufe. Durch die längere Nutzung der Geräte und dieser Wiederverwendung in der Schule fallen zudem weniger Kosten für die Ersatzanschaffungen an.

Dann zum Geschäft: Wir haben von André gehört, wie das Projekt «eduwin» aussieht, wie die Ausstattung geplant ist und was die Kosten sind. Fraktionsintern hat die Ausstattung der Kindergartengärten mit Tablets Anlass für grössere Diskussionen gegeben. So bezweifeln einige die Notwendigkeit von Tablets auf dieser Altersstufe und befürchten eine Technologisierung des Kindergartens. Kinder sollten sich kreativ entfalten, malen, basteln, spielen und sich im Freien aufhalten. Spiel im Freien bringt ihnen die Natur näher und sorgt dabei für genügend Bewegung.

Das steht jedoch nicht im Widerspruch mit dem Einsatz von Tablets zur Erfüllung vom Lehrplan 21. Der Grundsatz in der Vision von «eduwin» ist auch: Technik folgt Pädagogik. Im Kindergarten steht das Spielen stark im Vordergrund und das wird auch so bleiben. Medienkonsum soll nicht eingeführt oder zum alltäglichen Konsumelement werden. Es geht vielmehr darum, dass die Kinder die digitalen Medien als vielseitig verwendbare Hilfsmittel kennen und nutzen lernen, die sie beim Informieren, Kommunizieren, beim spielerischen Lernen und vor allem beim kreativen Gestalten unterstützen können. Und doch könnte man sich die Frage stellen, ob 6 Tablets pro Kindergarten wirklich nötig sind oder ob nicht auch 4 reichen würden.

Nicht ganz nachvollziehbar ist, weshalb die Stadt Winterthur weiter geht als die Empfehlung von der Bildungsdirektion und bereits die 5.-Klässler mit einer 1:1-Ausrüstung bedient. Neben der Einführung vom Fach Medien und Informatik sind weitere Argumente die positiven Erfahrungen anderer Gemeinden. Welche? Ausserdem werde der Bruch zur Sekundarstufe verkleinert. Wieso? Es reicht doch, dass die 6.-Klässler 1:1 ausgerüstet werden. Was hat denn dagegen gesprochen, dass Tablets nicht in der 5. und 6. Klasse genutzt und wieder abgegeben werden, und in der Sekundarschule neu ausgerüstet werden? Wegen der Laufzeit?

Es tauchten nach der ersten Lesung in der BSKK viele neue Fragen in der Fraktion auf, die wegen einer fehlenden zweiten Lesung nicht geklärt werden konnten.

Die Frage, weshalb iPads, ist bereits sowohl bei der Ausrüstung der Sekundarstufe als auch bei den zusätzlichen Tablets auf der Mittelstufe aufgetaucht. Die Begründungen gehen von Bedienbarkeit bis zum Mobile device management und sind absolut nachvollziehbar. Trotzdem wurmt es einen, vor allem in Anbetracht der hohen Kosten für die Beschaffung, dass sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrpersonen einen Bruchteil der Anwendungsmöglichkeiten und Potenziale eines iPads jemals nutzen werden. Ein günstigeres Produkt hätte für die gestellten Anforderungen in der Schule sicher gereicht.

Es geht um viel Geld. Der Kreditantrag beträgt heute 4,5 Millionen Franken. Die Folgebeschaffungskosten betragen jährlich durchschnittlich 1,7 Millionen Franken und die jährlichen

Kosten für den Support 1,1 Millionen Franken. Da muss man schon leer schlucken. Neben dem Umweltaspekt können diese Kosten mit der Verlängerung der Mindestlaufzeit der Geräte (Kommissionsantrag BSKK) und der Weiternutzung der Geräte der Sekundarstufe (GLP-Antrag) reduziert werden.

Die Bedeutung von der ICT im Schulunterricht wird durch den Fachbereich Medien und Informatik vom Lehrplan 21 gestärkt. Schülerinnen und Schüler sollen einerseits Medien verstehen und verantwortungsvoll nutzen und andererseits grundlegendes Wissen zu ICT erwerben. Eine adäquate Ausstattung der ICT-Infrastruktur an den Schulen wird somit unumgänglich. Wir Grünliberalen möchten eine moderne Schule und unterstützen deshalb den Antrag des Stadtrats.

**A. Büeler (Grüne/AL):** Danke, André Zuraikat, für die Vorstellung des Geschäfts. Wir sind ja mittlerweile leider ziemlich abhängig von diversen elektronischen Geräten und wir Erwachsenen haben unseren Konsum auch nicht immer im Griff. Umso wichtiger ist, dass die Kinder möglichst früh einen aktiven, kreativen und verantwortungsvollen Umgang mit diesen Geräten lernen können.

Wie gehört, ist der Bedarf für Tablets schon ab dem Kindergarten pädagogisch ausgewiesen, weil sonst die verbindlichen Kompetenzen gemäss Lehrplan 21 gar nicht erfüllt werden können. Selbstverständlich ist uns auch wichtig, dass der Grundsatz «Pädagogik vor Technik» eingehalten und in diesem Sinn die Tablets massvoll eingesetzt werden und das Spielen nicht verdrängen.

Wir von den Grünen/AL stimmen dem Kreditantrag zu. Weil uns neben den Investitions- und Betriebskosten auch ein ressourcenschonender Einsatz wichtig ist, unterstützen wir auch die Bestrebungen, die Geräte möglichst lange, das heisst wenn möglichst länger als 4 Jahre, einsetzen zu können. Deshalb unterstützen wir auch den Ergänzungsantrag aus der BSKK.

Zum Ergänzungsantrag von der GLP werden wir geteilt abstimmen. Mit dem Ziel sind wir natürlich einverstanden. Im Gegensatz zum Antrag aus der BSKK ist da der Weg vielleicht zu einengend vorgegeben und lässt weniger zu, Erfahrungen aufzunehmen. Bei uns ist umstritten, ob der Vorschlag zur angestrebten längeren Nutzungsdauer der Geräte führt. Möglicherweise ist die Abgabe als persönliches Gerät zielführender, weil man mehr Sorge hält, wenn einem das Gerät selbst gehört. Leider.

**M. Steiner (SP):** Danke, André, auch von meiner Seite für das Vorstellen des Geschäfts. Die Medienkompetenz ist in unserer digitalen Informationsgesellschaft eine Kulturtechnik wie lesen, schreiben oder rechnen. Somit gehört die Medienbildung heute zur unverzichtbaren Aufgabe von jeder Schule. Für Lehrpersonen und Schulleitungen bedeutet das, dass sie sich aktiv mit dem Thema auseinandersetzen.

Wie werden die digitalen Medien nutzbringend im Unterricht eingesetzt und welche Möglichkeiten ergeben sich daraus? Was bedeutet das in Bezug auf die Rolle der Lehrpersonen, welche Risiken sind zu bedenken und wie gilt es im Krisenfall zu reagieren? Antworten auf diese Fragen erlauben einen sinnvollen Unterricht mit und über digitale Medien. Für Lehrpersonen, Schulleitende und andere Fachleute aus dem schulischen Umfeld gehören digitale Medien heute zum Berufsalltag. Einerseits sind sie Arbeitsmittel im Unterricht für die Kommunikation, für administrative und schulorganisatorische Abläufe. Andererseits sind die sich entwickelnden Medien Teil der sozialen Welt der Schüler/-innen. Durch die Präsenz der digitalen Medien im Schulalltag ergeben sich vielfältige Fragestellungen, Möglichkeiten und Herausforderungen, sei es im Unterricht, auf dem Pausenplatz oder im Kontakt mit den Eltern. Nur eine Schule, die die Chancen und Risiken von digitalen Medien im Schulalltag mitberücksichtigt, kann einen sinnvollen Unterricht mit und über die Medien anbieten. Und sie kann dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche mit Medien gewinnbringend, verantwortungsbewusst, kritisch, kreativ, aber auch genussvoll und sicher umgehen und auf die Gesellschaft von morgen gut vorbereitet sind.

Mit dem vorliegenden Projekt «eduwin» arbeiten wir die Grundlagen dafür, sowohl bei der Hard- wie auch bei der Software. Aber ganz wichtig auch: Beim pädagogischen ICT-Support.

Die SP-Fraktion unterstützt entsprechend den Antrag. Bei den beiden Ergänzungsanträgen werden wir geteilt abstimmen.

**Ch. Maier (FDP):** Als FDP unterstützen wir die Digitalisierung im Schulumfeld, wo diese das Lernen fördert, den Lehrpersonen die automatisierbare Arbeit abnimmt und ihnen so mehr Zeit für die Förderung der Schülerinnen und Schülern verschafft. Das DSS arbeitet auf eine homogene ICT-Infrastruktur vom Kindergarten bis zur 3. Oberstufe hin, mindestens ab der Mittelstufe mit 1:1-Ausrüstung. Der vorliegende Beschaffungskredit ist Teil dieser Gesamtstrategie, die wir mittragen.

Beim letzten Kredit über 331'000 Franken für zusätzliche Tablets haben wir uns gefragt, ob die geplante Lebensdauer von 6 Jahren nicht ein bisschen hoch angesetzt ist. Jetzt wird mit 4 Jahren gerechnet, was uns wiederum ein bisschen konservativ erscheint. Wir gehen aber davon aus, dass das DSS die Geräte so lange nutzen wird, wie das sinnvoll möglich ist.

Gerne wiederholen wir an dieser Stelle unsere allgemeinen Forderungen: Die Tablets sind nur ganz am Rand für den Informatikunterricht gedacht. Ihr Potenzial ist viel grösser. Ja, es ist eine riesige Chance, die sie bieten, nämlich dann, wenn das DSS die Lehrpersonen unterstützt, motiviert, aber auch von ihnen fordert, das Maximum aus den Geräten herauszuholen. Sie sind überall dort einzusetzen, wo sie das Lernen fördern und den Lehrpersonen Arbeit abnehmen und so mehr Zeit für die Förderung von den Schülerinnen und Schülern schaffen. Die Lehrpersonen brauchen dafür Unterstützung. Die im Budget 22 in der SCHU::COM geschaffene Supportstelle für den pädagogischen Support stellt genau das sicher.

Auf die Beschaffung von gewissen gedruckten Lehrmitteln wird das DSS mittelfristig verzichten können, weil diese durch die digitale Version ersetzt werden können. Wir zählen darauf, dass das auch wirklich passiert.

Das Geschäft ist in der BSJK in nur einer Lesung behandelt worden. Ein paar berechnete Fragen sind deshalb erst im Nachhinein aufgetaucht und wären sinnvollerweise vorher geklärt worden.

Weil sich die sinnvoll mögliche Nutzungsdauer erst im Betrieb zeigen wird, unterstützen wir die Anträge, die fordern, dass die Geräte länger gebraucht und nach 4 Jahren nicht an die Schülerinnen und Schüler abgegeben werden, sondern weitergenutzt werden, zum Beispiel auf der Kindergartenstufe. Obwohl im Lehrplan 21 auch ICT-Kompetenzen im Kindergarten festgeschrieben sind, die dort vermittelt werden sollen, sehen wir das nicht als Priorität. Mittlerweile ist es so, dass auch Kinder aus einfachen Verhältnissen ziemlich guten Zugang haben zu Tablets und Informatik, aber auf der anderen Seite viel zu selten dreckige Hände haben. Dort soll der Kindergarten seinen Fokus setzen. Für uns ist es deshalb ganz klar die Mittelstufe, wo am meisten positive Wirkung erzielt werden kann. Die Kindergarten-ausrüstung kann also auch problemlos erst zu einem späteren Zeitpunkt mit gebrauchten Geräten erfolgen, die auf den höheren Stufen nicht mehr tauglich sind. Wir zählen auf ein cleveres Vorgehen durch das DSS.

**D. Roth-Nater (EVP):** Ja, wir sind bereits eine Weile unterwegs mit dem Projekt «eduwin» und es wird nicht weniger komplex, je genauer daran gearbeitet und versucht wird, eine optimale Lösung zu finden, die auch kosteneffizient sein muss. Deshalb herzlichen Dank allen Beteiligten für ihre professionelle und umsichtige Arbeit und auch an André Zuraikat für die Vorstellung.

Der Projektvorstellung war zu entnehmen, dass versucht wird, den Erfahrungen der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen, eine entsprechende Ausrüstung von Schüler/-innen mit den notwendigen Geräten und damit verbundenen Infrastruktur sowie auch für die Lehrpersonen und Schulzimmer bedürfnisgerecht abzudecken. Das ist komplex. Ich bin froh, dass wir in dieser Vorlage auch Geräte für die Ausrüstung, für die Lehrpersonen drin haben, mit persönlichen Notebooks, die von ihnen in erster Linie als Zuspiegelgeräte, zum Beispiel für die Präsentationen und genauso für die Vor- und Nachbearbeitung, benutzt werden können. Das ist bestimmt ein positiver Nebeneffekt. Damit wird auch der Digitalisierung Rechnung getragen. Was eben auch fundamental wichtig ist, sind nicht nur die Geräte, sondern vielmehr auch die Unterstützung, sei es technisch oder eben auch pädagogischer Support. Wenn das nicht

funktioniert, dann profitieren nur jene Schulkinder, welche Lehrpersonen mit einem Flair haben, und das darf nicht sein. Die sogenannten PICTS wie auch TICTS werden vor Ort sein. Das ist eine gute Grundlage. Das sind selber Lehrpersonen, die Freude an der technischen Materie und auch an der Pädagogik haben und sich auch täglich im Lehrerzimmer oder im Lehrerteam bewegen. Es sind vernetzte Personen.

Doch auch das soll evaluiert werden, damit alle Lehrpersonen die Herausforderung mit möglichst viel Enthusiasmus und Neugier effektiv anpacken. Denn wie wir aus den Erfahrungen von den vergangenen 2 Jahren gelernt haben, ist, dass unsere Lehrpersonen ermutigt und zum Teil auch begleitet werden müssen. Damit werden die uns zur Verfügung gestellten Möglichkeiten genutzt und allen Schüler/-innen ein gutes Fundament mitgeben. Denn die Schüler/-innen werden bestimmt noch viel virtueller unterwegs sein als es jetzt ist. Auch wenn ich persönlich meine liebe Mühe mit der grossen Menge von unmöglich vielen Apps und Programmen habe, so kann und soll ein guter Umgang damit unterrichtet werden. Ich würde sogar sagen und wünschen: Gelebt, nicht nur unterrichtet werden. Denn nach wie vor ist der persönliche Umgang von Lehrpersonen mit jeglichen Medien immer ein Vorbild und prägend im Schulzimmer, ob wir uns das jetzt eingestehen oder nicht.

Eigentlich würde ich viel lieber noch weitergehen, doch es bleibt bei einer kleinen Randbemerkung: Versuchen wir uns doch in Freeware und lernen, wie Opensourceprodukte benutzt werden könnten. Die Kinder und die Jugendlichen, aber auch Lehrpersonen, würden damit zu mehr Freiheit und weniger Überwachung und Manipulation motiviert werden.

Das einfach eine persönliche Notiz, sozusagen ein Werbespot für GNU oder Linux, den ich mir nicht verkneifen konnte. Denn wir sprechen heute ja von Hardware und nicht davon, was wir effektiv damit machen.

Die EVP unterstützt den Antrag von diesen 4,5 Millionen, ebenso auch den Ergänzungsantrag aus der BSKK und den Ergänzungsantrag der GLP. Denn Nachhaltigkeit ist unerlässlich.

**G. Gisler (SVP):** Vielen Dank an André Zuraikat für die Präsentation dieser Vorlage.

Im vorliegenden Geschäft geht es um die Fortsetzung der angefangenen Strategie von 2016. Per Schuljahr 22/23 sollen Kindergarten (im Verhältnis 1:4), 1. - 4. Klasse (Verhältnis 1:2) und 5. – 9. Klasse (Verhältnis 1:1) eine Ausstattung mit Tablets haben, inklusive dem entsprechenden Support.

Der Lehrplan 21 hat das Fach «Medien und Informatik» als 4. Kompetenz (neben Lesen, Schreiben und Rechnen) zum Erlernen. Daher wird eine entsprechende Ausrüstung für die Schüler und Schülerinnen vom Schuldepartement als erforderlich erachtet.

Leider wurde in der BSKK nicht über den Bedarf einer 2. Lesung abgestimmt, so dass allfällige weitere Fragen und dazumal noch unbekannt Anträge nicht mehr in der Kommission diskutiert und damit bereinigt werden konnten.

So hätte ich gerne vom Schuldepartement noch gewusst, ob bei den Schüler-Tablets gewisse heikle, strafrechtlich relevante, Jugendschutz oder DarkNet betreffende Internet-Seiten gesperrt werden.

Selbstverständlich anerkennen wir, dass die Ausbildung im Fach Medien und Informatik auch in der Schule zeitgemäss erfolgen sollte, damit die Schüler und Schülerinnen das nötige Rüstzeug für das Berufsleben erwerben können. Dazu braucht es eine gewisse neue Infrastruktur und Support, respektive die Ausbildung der aktuellen Lehrpersonen. Das liegt auf der Hand.

Das vorliegende Projekt des Schuldepartements geht den Weg der angefangenen ICT-Strategie an den Schulen weiter. Wir haben zwar gewisse Zweifel, ob die ICT-Infrastruktur in der Realität wirklich so intensiv genutzt werden wird. Insbesondere ist auch die Lebensdauer der Geräte in der Weisung sehr kurz gehalten. Da jedes Jahr jeweils die 6. Klassen (das sind rund 1'000 Schüler und Schülerinnen) mit neuen Tablets ausgerüstet werden, generiert die vorliegende Strategie jährliche Folgekosten von rund 1,7 Millionen Franken nur für die Beschaffung. Auch sollen nach Auskunft in der Kommission die Schüler und Schülerinnen vorläufig nach der 3. Sek die Geräte jeweils behalten können, da die Geräte dann ja abgeschrieben sind.

Die Lebensdauer erscheint uns als sehr grosszügig berechnet, daher werden wir den Kommissionsantrag unterstützen, wonach die Lebensdauer von 4 auf 6 Jahre heraufgesetzt wird. Den nachgereichten GLP-Antrag von Monica Della Vedova, wonach die Tablets bis zum Ende ihrer Lebensdauer in der Schule weiterverwendet werden sollen, unterstützen wir ebenfalls. Die Schule soll mit ihrem Inventar sorgsam und haushälterisch umgehen. Unseres Erachtens ist der Kreditantrag sehr grosszügig berechnet. Die jährlichen Beschaffungsfolgekosten mit 1,7 Millionen sind erheblich. Mit «geschickten» Rochaden der bereits im Einsatz stehenden Tablets soll die Lebensdauer ausgereizt werden.

Ausgaben für die Schule werden generell selten in Frage gestellt, ja sie sind geradezu eine «heilige Kuh». Bildung ist wichtig, das ist unbestritten. Das rechtfertigt unseres Erachtens trotzdem nicht, beliebig viel Geld für die Bildung auszugeben. Das investierte Geld muss sich rechtfertigen.

Die SVP-Fraktion verzichtet auf einen Antrag, die Kredithöhe zu senken. Wir erwarten aber explizit vom Schuldepartement, dass sie mit diesen ICT-Geräten haushälterisch umgehen und den Kredit nicht auf Biegen und Brechen ausschöpfen werden. Dem Antrag des DSS stimmen wir zu.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Für die Mitte/EDU-Fraktion ist die Bildung für Kinder und Jugendliche ein zentrales Anliegen. Bildung soll die jungen Menschen darauf vorbereiten, künftige wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen zu bewältigen. Hohe Leistungsbereitschaft, Innovation und Kreativität sind die beste Garantie dafür, einen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft zu sichern. Das Projekt «eduwin» leistet einen sehr wichtigen Beitrag dazu. Ausserdem ist es nur richtig, dass die Heterogenität bezüglich ICT-Infrastruktur angegangen und beseitigt wird. Obwohl der kantonale Lehrplan ab der 5. Klasse nur eine 1:2 Ausstattung vorschreibt, erachten wir eine 1:1-Ausstattung als sinnvoll. Die Argumente, dass die Lerninhalte vermehrt online angeboten und mit den Tablets immer mehr Unterrichtsszenarien durchgeführt werden, haben uns überzeugt. Ausserdem zeigen die Erfahrungswerte von anderen Gemeinden, dass eine 1:1 -Ausstattung sinnvoll ist.

Die 1:4-Ausstattung auf Kindergartenstufe haben wir hinterfragt. Allerdings gibt der kantonale Lehrplan vor, dass die Schülerinnen und Schüler mit Medien kreativ und gestalterisch experimentieren sollen. Tablets auf Kindergartenstufe tragen auch zu einer vielfältigen Unterrichtsgestaltung bei. Deshalb sind wir zum Schluss gekommen, dass wir das Modell unterstützen werden.

Wenn aber die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen schon ein qualitativ sehr hochstehendes Gerät von Apple bekommen, dann muss die Mindestlaufzeit erhöht werden. Wir sind froh, hat die Mehrheit von der BSKK das anerkannt und mit dem Ergänzungsantrag dazu beigetragen, einerseits unseren Finanzhaushalt zu entlasten und andererseits vor allem, und das ist der ausschlaggebende Punkt, für unsere Ökobilanz etwas zu machen. Und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist eine lösungsorientierte Politik und keine Symbolpolitik. Da können wir wirklich etwas für unsere Umwelt bewirken. Konsequenterweise erachten wir es als sinnvoll, auch den Ergänzungsantrag von der GLP zu unterstützen und bezüglich Nachhaltigkeit einen noch besseren Beitrag leisten zu können und dem Ziel von Netto Null 2040 näher zu kommen.

Aber eben, beim Projekt «eduwin» geht es ja nicht nur um die Ausstattung, sondern auch um die Vereinheitlichung der ICT-Infrastruktur. Wenn wir eine einheitliche ICT-Umgebung haben, eliminieren wir einerseits den Zusatzaufwand für den Support und andererseits Kompatibilitätsprobleme der verschiedenen Geräte.

Wir sind froh, dass wir mit diesem Konzept den Lehrpersonen viel Zeit und Aufwand ersparen können und so einen wichtigen Beitrag für eine effiziente und auch eine vielfältige Durchführung des Schulunterrichts stellen können.

Wie gesagt, die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt das Projekt «eduwin» und wird dem Geschäft zustimmen. Vielen Dank.

**M. Wäckerlin (PP):** Ja, ich stelle immerhin mit einer gewissen Befriedigung fest, dass 12 Jahre Pirat im Parlament dazu geführt haben, dass jetzt Opensource definitiv zum Thema geworden ist, und ich bedanke mich bei Daniela dafür.

**Stadtrat J. Altwegg:** Als Erstes herzlichen Dank Dir, André Zuraikat, für das Vorstellen von diesem nicht ganz einfachen Geschäft, und Ihnen allen für die grundsätzlich positive Aufnahme.

Und ich glaube, wie wichtig solche Hilfsmittel wie die Tablets sind, haben wir auch in der Corona-Krise gesehen, beim ersten Lockdown. Der Fernunterricht war hier in Winterthur ziemlich schwierig, weil eben die 1:1-Ausrüstung nicht vorhanden war. Umliegende Gemeinden haben das schon gehabt. Wieso braucht Winterthur dann wieder einmal etwas länger wie die anderen? Und da geht es einfach um die schiere Menge. Wir haben fast 12'000 Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen, die 1:1-Ausrüstung ungefähr bei der Hälfte. Aber trotzdem ist es einfach ein Mengengerüst, bei dem es sofort um riesige Beträge geht. Sie selbst haben es auch gesagt, es sind grosse Beträge, um die es geht. Man kann schon fast von schwindelerregender Höhe reden. In anderen Gemeinden kann dann halt eben der zuständige Exekutivpolitiker oder -politikerin sagen: Machen wir - beschafft die Tablets und gut ist.

Sie haben auch richtig bemerkt: Support für unsere Lehrpersonen ist ausgesprochen wichtig, denn da stellen wir sicher, dass die Lehrpersonen die Geräte auch gewinnbringend für die Schülerinnen und Schüler einsetzen können und das auch gut genutzt wird.

Und ich habe verschiedentlich gehört, mindestens zwischen den Zeilen: Der Rechenpower, die nutzen das doch gar nicht aus, braucht es denn das? Da möchte ich Sie einfach darauf hinweisen: Grafik und Video sind die absolut ressourcenfressendsten digitalen «Spielsachen», und das braucht eben richtig Rechenpower.

Zum Kindergarten: Das Tablet soll den Unterricht nur unterstützen und nicht etwa dominieren. Also es ist nicht die Hauptsache, wir haben ein Tablet, sondern wir machen das, was wir bisher gemacht haben, allenfalls mit einem Tablet. Das muss aber nicht sein, also die dreckigen Hände, Christian Maier, werden wir immer noch haben im Kindergarten - hoffe ich zumindest. Und wenn es nur Farbe ist von der Handfarbe. Das bleibt natürlich nach wie vor sehr wichtig. Vielleicht einfach als Vergleich, ich weiss nicht, wie es Ihnen gegangen ist in Ihrer Schulkarriere. Ich habe damals noch einen persönlichen Füller bekommen und auch Farbstifte und Heft haben wir von der Schule zur Verfügung gestellt bekommen. Ich glaube, das ist ein bisschen das analoge, halt in der heutigen digitalen Zeit.

Dann habe ich mich natürlich auch sehr gefreut über die ganze Opensource-Geschichte. Sie können sicher sein (die, die mich schon länger kennen, wissen, das ist ein Steckenpferd von mir) auch das habe ich in meinen Leuten gesagt: Was gibt es für Möglichkeiten? Leider müssen wir wirklich sagen, dort ist die Luft sehr dünn, vor allem bzgl. dem sogenannten Mobile device management. Das ist die Software, die dafür sorgt, dass wir die Geräte «fernsteuern» können - in Anführungszeichen. Keine Angst: Es geht nicht um die totale Überwachung, aber wir müssen Software installieren oder allenfalls deinstallieren können und dort gibt es keine so guten Möglichkeiten wie bei diesen Apple-Geräten.

Und dann wären wir auch schon beim Jugendschutz. Ich habe dafür plädiert, dass man die Geräte - am Anfang zumindest - so offen wie nur möglich behält. Aber ja, man kann (mittels Mobile device management) im Nachhinein Sperren nachrüsten, zum Beispiel zeitlicher Natur (also dass zum Beispiel in der Nacht nicht damit gearbeitet werden kann). Aber das müsste man dann nachrüsten. Ich plädiere dafür, das so offen zu lassen wie möglich, damit eben unsere Schülerinnen und Schüler den Umgang mit den Medien lernen. Und man lernt bekanntlicherweise nicht, wenn man rundherum ein Plüschtier gefangen hat, sondern dann, wenn man wirklich in der Natur draussen ist.

Zu den zwei Ergänzungsanträgen: Mit dem ersten, der in der Kommission schon beraten wurde, da haben wir dort schon gesagt, da können wir grundsätzlich damit leben, denn er lässt doch noch einiges an Spielraum offen. Wir haben in Winterthur noch keine Erfahrungen, wie das ganz genau läuft, und darum sind wir froh, wenn wir uns nicht total einengen.

Bei der zweiten Ergänzung wird es dann doch ein bisschen schwieriger. Da geht es auch wieder um das Mengengerüst. Wir sprechen von rund 1'100 solcher Tablets. Ich weiss nicht, ob Sie das in dieser Halle aufeinander stapeln können, ohne dass es oben zur Decke herauskäme. Das ist einfach eine Riesenmenge. Das ist einerseits einmal zum Bearbeiten, jedes Jahr muss jedes einzelne Gerät in die Hand genommen werden, es muss ein Reset gemacht werden und geschaut, ob der Akku noch gut ist. Das ist übrigens auch das Hauptproblem: Der Akku, nicht der Rechenpower. Sondern der Akku ist typischerweise nach dieser Zeit eben meistens nicht mehr so gut.

Und für mich ein absolutes Killerargument ist, wie die Kinder Sorge halten. Wenn das ihr persönliches Tablet ist, das sie nachher behalten dürfen - da gebe ich Ihnen jetzt schon Brief und Siegel darauf, werden sie diesen Geräten viel mehr Sorge halten, als wenn wir sagen, sie müssten das dann wieder zurückgeben. Ich behaupte jetzt einmal, frei aus dem Bauch heraus: Wir werden viel mehr Geräte ersetzen, als wenn wir sie am Schluss abgeben. Also so viel zum Thema Ökologie, denn kaputte Geräte landen dann tatsächlich auf der Halde. Und wenn sie eben nachher weiterverwendet werden können, werden die einen Kinder oder Jugendlichen dann ihre Geräte weiterhin im Einsatz haben zuhause. Aber es landet sicher nicht auf der Halde. Und vielleicht auch da: Es gibt in Winterthur ganz viele Familien, die sich nicht für jedes Kind so ein Gerät leisten können. Also da möchte ich widersprechen, dass in allen Familien, auch in denen, die nicht so gut betucht sind, alle Kinder schon solche Tablets haben. Auch das ist eine Möglichkeit, damit diese dann nach der Schule ein solches Gerät weiterhin nutzen können. Also da wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie den zweiten Ergänzungsantrag, der erst jetzt in den Rat kommt, nicht unterstützen würden. Weil ich sicher bin, dass wir sowohl ökologisch wie auch ökonomisch besser fahren, wenn die Kinder, die Jugendlichen am Schluss das Gerät behalten dürfen.

Sie dürfen sich auch darauf verlassen, dass das DSS sehr wohl clever handeln wird und so haushälterisch wie irgend möglich damit umgeht. Wir haben in letzter Zeit immer wieder bewiesen, dass wir Minderkosten ausweisen dürfen, weil es dann tatsächlich weniger kostet als wir prognostiziert haben. Und das ist ja dann doch auch ein Vorteil. Und wir werden das Geld nicht einfach ausgegeben, weil wir es haben, sondern wir werden das beschaffen, das eben nötig ist für unsere Schülerinnen und Schüler.

Herzlichen Dank für die Überweisung von diesem Geschäft.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank, dann würde ich jetzt zur Abstimmung gehen, beziehungsweise zuerst noch zur Bereinigung. Wir haben die zwei Anträge. Es sind beides Ergänzungsanträge für Ziffer 1. Wir werden nacheinander über diese abstimmen. Zuerst geht es um den Ergänzungsantrag der Kommission.

Wer dem Ergänzungsantrag der Kommission zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen? Wer den ablehnt?

Der Kommissionsantrag ist deutlich angenommen worden.

Wir gehen weiter zum Ergänzungsantrag der GLP.

Wer dem zustimmen möchte, soll das auch bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist auch klar, auch der Ergänzungsantrag der GLP wurde angenommen.

Wir gehen jetzt zur Schlussabstimmung über die einzelnen Ziffern.

Wer der Ziffer 1 mit diesen zwei Ergänzungen zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnt?

Gibt es Enthaltungen? Keine.

Ziffer 2, wer dieser zustimmt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Auch Ziffer 2 ist einstimmig angenommen worden.

Dann noch Ziffer 3, wer dieser zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Auch da wurde Ziffer 3 einstimmig zugestimmt.

In diesem Fall gehen wir jetzt in die Nachtessenspause. Wie gesagt, es ist für alle im l'Arena, drüben im anderen Gebäude. Wir sehen uns in einer Stunde um halb acht Uhr wieder.

En Guete!

*Nachtessenspause.*

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** So, jetzt müssen wir doch langsam weiterfahren. Mit einer gewissen Verspätung, aber ich hoffe, jetzt haben alle gegessen und den Kaffee gehabt und wir können dafür umso speditiver den zweiten Teil der Sitzung oder die zweite Sitzung in Angriff nehmen.

## 6. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.1: Antrag und Bericht zum Beschlussantrag F. Helg (FDP), Ch. Maier (FDP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (Mitte-/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Regelung des Stadtparlaments zum Übergang zur neuen Schulorganisation**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Antrag und Bericht zum Beschlussantrag betreffend Regelung des Stadtparlaments zum Übergang zur neuen Schulorganisation.

Da ist es noch wichtig, dass wir alle vom Gleichen sprechen. Wir sprechen nicht mehr vom ursprünglichen Beschlussantrag, der an der letzten Sitzung überwiesen wurde, sondern jetzt vom Antrag und Bericht der Kommission, vom Dokument vom 31. Januar 2022. Das hat sich teilweise ein bisschen verändert. Also alle Anträge und die gesamte Diskussion wird sich auf dieses Dokument beziehen.

Und dort gibt es dann insgesamt drei Änderungen gegenüber dem Beschlussantrag. Ich möchte jetzt aber nicht mehr dazu sagen und dem Referenten André Zuraikat das Wort übergeben.

**A. Zuraikat (BSKK):** Zur Ausgangslage: Das ist eigentlich damals so gewesen, gemäss Aussage des Stadtrats sollte mit der Zwischenlösung die Schulorganisation aufrechterhalten werden. Verschiedene Fraktionen vertraten die Meinung, dass Zwischenlösungen nicht nötig sind, sondern mit Lösungen gearbeitet werden soll, die bereits in der GO definiert wurden. Die Übergangsregelung sollte mit dem Beschlussantrag ab dem Zeitpunkt der rechtskräftigen Wahl der Mitglieder der Schulpflege bis zum Amtsantritt der Schulpflege erstellt werden. Und dann ist eben der Beschlussantrag entstanden, der an der Parlamentssitzung vom 17. Januar an die BSKK für eine Überarbeitung überwiesen wurde. Wir von der BSKK haben dann am 31. Januar über den Beschlussantrag befunden und jetzt steht, wie von der Präsidentin bereits angekündigt, der Bericht dem Stadtparlament zur Diskussion und Abstimmung zur Verfügung.

Der grosse Diskussionspunkt, den wir in der Kommissionssitzung hatten, war die Begrifflichkeit «provisorische Konstituierung». Zu dieser Begrifflichkeit gab es unterschiedliche Haltungen. Fakt war, dass nicht zwei Behörden nebeneinander rechtsverbindliche Beschlüsse fällen dürfen. Es wurde aber auch der Standpunkt vertreten, dass die neue Behörde aktiv werden darf und in den Rekrutierungsprozess der Leitung Bildung involviert werden soll. Aber ein Änderungsantrag wurde dann zu diesem Begriff nicht gestellt.

Jetzt noch einmal zur Übersicht zum Beschlussantrag, was wir konkret geändert haben: Zu Artikel 5 Absatz 2 beantragen wir einstimmig, diesen ersatzlos zu streichen. Mit der Begründung, dass der Parlamentsdienst keine Kapazität hat, das Sekretariat zu führen. Aber

der Parlamentsdienst bietet gerne Unterstützung, wenn es darum geht, Fragen zu beantworten, Abläufe oder Verfahren zu erklären.

Dann der zweite und dritte Artikel, die wir streichen möchten, gehören ein bisschen zusammen. Im Zusammenhang mit der Arbeitszeitkontrolle haben wir gesagt, die beiden Artikel braucht es auch nicht, weil das mit Artikel 7 Absatz 2 ziemlich alles abgedeckt ist, was die Arbeitszeiterfassung anbelangt. Ausserdem führten wir im Stadtparlament mit der Weisung 2021.58 eine Arbeitszeiterfassung ein. Und deshalb braucht es diese zwei Artikel nicht. Und gleichzeitig sagten wir auch, dass es das bezüglich Lohn (die Variante mit Artikel 7 Abs. 1) nicht braucht, weil das obsolet wurde mit der Bereinigung der vorgehenden Artikel. Und dann stimmten wir in der BSKK noch einmal darüber ab. Der Beschlussantrag wurde mit den entsprechenden Änderungen mit 6:3 angenommen.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Danke vielmals. Es gibt noch einen Zusatzantrag der Parlamentsleitung. Dieser Zusatzantrag würde dann neu zu Ziffer 2 werden und die aktuelle Ziffer 2 in der Weisung wäre dann Ziffer 3.

Dieser Zusatzantrag ist schnell erklärt. Er lautet: «Die Verordnung gemäss Ziffer 1 tritt mit dem Ablauf der Rechtsmittelfrist in Kraft und gilt bis am 31. Dezember 2023.» Der Grund ist, dass der Antrag der BSKK, der uns jetzt vorliegt, einer Verordnung entspricht und diese wird in die Erlasssammlung der städtischen Rechtssammlung aufgenommen. Weil es aber nur vorübergehend ist, muss sowohl das Inkraftsetzungsdatum wie auch das Ausserkraftsetzungsdatum festgelegt werden.

Auf Ende 2023 sind wir deshalb gekommen, weil die Schulpflege bis spätestens dann auch ihre Arbeitszeit oder Überzeit kompensiert haben muss. Und dann müsste das Parlament das auch nicht mehr extra abschliessen. Das ist eigentlich der einzige Grund.

Das noch zum Zusatzantrag. Jetzt geht es weiter in der Diskussion. Das Wort hat Christian Maier.

**Ch. Maier (FDP):** Danke vielmals. Die neue Schulpflege ist gewählt. Herzliche Gratulation den Gewählten und viel Freude schon jetzt an der herausfordernden Aufgabe. Jetzt sollen sich die neuen Schulpflegemitglieder unverzüglich ans Werk machen und sich um die Rekrutierung der Leiter Bildung und des Schreibers kümmern. Der Beschlussantrag ermöglicht genau das, mehr muss man eigentlich dazu nicht mehr sagen.

Eine Bemerkung möchte ich aber noch zum Zeitplan machen: Wenn wir den Antrag jetzt annehmen, dann haben wir einen guten Monat Vorsprung auf den ursprünglich geplanten Worstcase-Zeitplan. Das ist sehr erfreulich.

Danke allen auf den verschiedensten Ebenen, die da geholfen haben, dieses doch nicht ganz alltägliche parlamentarische Mittel so schnell aufzugleisen. Der Ball liegt jetzt beim Stadtrat. Dieser muss jetzt schnellstmöglich formal dasjenige Mitglied bestimmen, das die neue Schulpflege präsidieren wird. Wir zählen jetzt deshalb auf den Stadtrat, dass er das unverzüglich an die Hand nimmt. Und die erste Sitzung mit der neuen Schulpflege anberaumt. Danke.

**D. Roth-Nater (EVP):** Wir haben in der BSKK rege diskutiert, angepasst und weiterdiskutiert - und genau das ist es doch, was bei so einem Thema wie diesem wichtig ist: Am Tisch sitzen und miteinander reden. Dazu gehört aber genauso auch das Zuhören und das müssen wir alle immer wieder von Neuem üben.

Das wird auch die grosse Herausforderung in der neuen Struktur sein. In dem sind dann eben alle gefordert, besonders diejenigen, die schon lange mit dabei sind, seien das jetzt die Behörden, Verwaltung oder die Politik.

Ich bin froh, dass es nach Lösungen aussieht. Es sind drei Punkte, die essenziell sind in diesem Beschlussantrag, damit die neugewählte Schulpflege miteinbezogen wird in die Umstrukturierung und eben die sind im Beschlussantrag aufgelistet. Und ich wiederhole mich: Bereits an der letzten Sitzung habe ich festgehalten, wie grundlegend es ist, dass wir uns einig sind und keine verborgenen Erwartungen oder eigennützigen Ziele anstreben, denn diese wären einer offenen, konstruktiven Zusammenarbeit von allen Involvierten hinderlich.

Solche Umstrukturierungen schüren Unsicherheit und Misstrauen. Die Verordnung über die Volksschule ist jetzt in der Vernehmlassung und regt zu weiteren Diskussionen an. Es ist genau das Ringen um den guten Weg und das Miteinbeziehen von verschiedenen Stakeholdern, das gute Schule ausmacht in unserer Stadt. Die Protagonisten in dieser Transition müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Und es ist nichts Neues, dass grundlegende Entschiede immer politischer und nicht administrativer Natur sind. Sie sollen darum auch von den unmittelbar demokratisch legitimierten Instanzen und nicht von der Administration getroffen werden. Um dieser neuen Struktur in der Schulorganisation zu einer vom Konsens geprägten Gesprächskultur zu verhelfen, werden wir dem Beschlussantrag zustimmen.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Beschlussantrag zum Übergang zur neuen Schulorganisation. Wie bereits am 17. Januar erläutert, soll der Übergang zur neuen Schulorganisation möglichst reibungslos ablaufen und die Mitglieder der neuen Schulpflege sollen in den wichtigsten Prozess so früh wie möglich involviert werden. Wie wir es mitbekommen haben, ist es so, dass das auch in der GO so geregelt ist, dass die Kreisschulpflegen bis zur Einsetzung der Leitung Bildung im Amt bleiben können. Und ab Amtsantritt der neuen Schulpflege übernehmen sie die Stellung der Leitung Bildung. Somit braucht es eigentlich auch keine Interimslösung, wie es auch vom Stadtrat schon in verschiedenen Formen kommuniziert wurde. Wir haben jetzt mitbekommen, dass der Stadtrat nach der Überweisung vom Beschlussantrag vom 17. Januar mit den übrigen drei Kreisschulpräsidien Kontakt aufgenommen hat, um über den Übergang bis zum Einsatz der neuen Leitung Bildung zu sprechen, was wir sehr begrüßen. Genau das hätte eigentlich schon lange passieren sollen. Wie bereits auch aus den Medien entnommen werden konnte, ist die Bereitschaft seitens der Kreisschulpräsidien da, ihren Beitrag zu leisten. Die Rahmenbedingungen müssen einfach klar geregelt sein und auch einvernehmlich abgehandelt werden. Wie bereits erwähnt, stehen wir hinter dem Antrag, unterstützen die Änderungsanträge und nehmen den Bericht der BSKK an.

**M. Della Vedova Mumenthaler (GLP):** Ziel dieses Beschlussantrags war die Regelung des Übergangs zur neuen Schulorganisation. Dass sowohl die neue Schulpflege rechtzeitig im Rekrutierungsverfahren für die neuen Leiter Bildung und Schreiber involviert wird, als auch längere Interimslösungen vermieden werden können. Es freut uns, dass die neue Schulpflege bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde. Die im Beschlussantrag erwähnten und mit «spätestens» vermerkten Zeitpunkte haben auch einen zweiten Wahlgang berücksichtigt. Dass das jetzt nicht notwendig geworden ist, beschleunigt das Ganze um einen Monat. Sollte der Beschlussantrag vom Stadtparlament heute genehmigt werden, tritt die Rechtskraft Ende März ein. Das heisst die Schulpflege kann sich bereits Mitte April provisorisch konstituieren - oder wie wir das auch immer nennen wollen - und ihre vorbereitenden Tätigkeiten aufnehmen.

Das bedingt natürlich, dass sich der Stadtrat baldmöglichst selbst konstituiert, was möglich sein sollte, da er in der gleichen Zusammensetzung wiedergewählt wurde.

Je früher sich die neuen Schulpflegemitglieder mit dem Präsidium treffen und ihre Arbeit aufnehmen, desto grösser sind die Chancen, dass die Stellen per Anfang vom neuen Schuljahr besetzt sind. Da die amtierenden Schulpflegepräsidien ihr Interesse an einer weiteren befristeten Zusammenarbeit während dem Übergang signalisiert haben, sind wir optimistisch, dass auch das Problem einer Interimslösung zu einem guten Ergebnis führen wird. Wir stimmen dem Antrag und dem Bericht zu.

**R. Hugentobler (Grüne/AL):** Ja, die heikelsten Punkte sind zum Glück gestrichen worden, rechtliche wie auch organisatorische. Von dem her ist es nicht schlimm, wenn man jetzt das Ganze annehmen würde. Wir sind aber nach wie vor dagegen. Wir sind der Meinung, einen solchen Beschluss braucht es im Grunde genommen gar nicht. Und die neuen Stellen werden auch so nicht besetzt sein, auf das neue Schuljahr. Das Ganze geht einfach ein bisschen länger, bis wir solche Leute rekrutiert haben, bis diese ihre alten Stellen künden konnten. Von dem her hat man jetzt viel Wirbel gemacht um eigentlich sehr, sehr wenig.

**F. Helg (FDP):** Erlauben Sie mir, doch noch ein paar Worte, sozusagen als «Vater» des ursprünglichen Textes, der jetzt heute als Beschluss geboren wird.

Aus meiner Sicht ist es doch bedauerlich, dass der Stadtrat sich am Anfang dieser Diskussion so vehement gegen eine Lösung ausgesprochen hat, mit dieser die neue Schulpflege in verbindlicher Form vorbereitend hätte tätig werden können. Man hätte seitens des Schuldepartements von Anfang an auf eine Lösung einschwenken können, wie sie jetzt mit dem Inhalt des Beschlussantrags erreicht worden ist. Und, so wie es jetzt aussieht, dann auch eine Mehrheit finden wird. Zumal der Schulstadtrat immer wieder betont hat, dass es auch ihm darum gehe, einen schnellen und reibungslosen Übergang von der alten zur neuen Schulpflege sicherzustellen. Im ganzen Kontext verlieren diese Worte aber auch an Glaubhaftigkeit und der Wirbel, den der Kollege Hugentobler erwähnt hat, ist primär durch das Departement verursacht worden.

Der jetzt verfolgte Prozess zeigt aber auch: Es kann parlamentarisch sehr wohl auch schnell gehen. Mit dem richtigen parlamentarischen Mittel und mit einer parlamentarischen Mehrheit. Von der Einreichung bis zur Beschlussfassung über zwei Parlaments- und eine Kommissionsberatung waren das genau 55 Tage. Wenn man die Konzepte und die Vorbereitungsphase dazu nimmt, bis jetzt zur amtlichen Publikation Ende Woche, sind es fast auf den Tag genau 3 Monate. Und ein so schnelles Tempo, meine Damen und Herren, das erfreut natürlich jedes echte Parlamentarierherz.

**Stadtrat J. Altwegg:** Eigentlich ist es ja so, dass ein Beschlussantrag den selbstständigen Wirkungsbereich des Parlaments betrifft und ich damit gar nichts dazu zu sagen hätte.

Trotzdem hat es jetzt ein paar Sachen gegeben, zu denen ich doch gerne noch Stellung nehmen möchte.

Auch ich freue mich sehr, dass es im 1. Wahlgang bereits klar ist, wer die neue Schulbehörde ist. Das ist super und ich glaube, ich verrate nicht zu viel, wenn ich sage, wir treffen uns bereits in den nächsten Wochen. Es wird also nicht Mitte April, bis wir uns erste Mal sehen, das ist schon vorher.

Es bleibt aber der Makel, dass wir uns vorläufig nicht konstituieren können, auch nicht provisorisch. Das ist ja nicht abgeklärt worden mit dem Gemeindeamt, was jetzt das ist mit dieser provisorischen Konstituierung. Da weiss ich immer noch nicht so genau, was ich damit anfangen soll. Aber ich mache mein Bestes, Eurem Willen nach Möglichkeit zu entsprechen, auch ohne die provisorische Konstitution.

Zur Zeitrechnung: Wir haben gar nichts gewonnen. Das, was ich der BSJK vorgerechnet habe, dass wir frühestens im September neue Leitungen Bildung haben könnten, wenn alles wie am Schnürchen läuft, ist von einem Wahlgang ausgegangen. Also das heisst, wir haben keine Zeit gewonnen, sondern sind genau on track. Und hoffen, dass wir auch in Zukunft keine Zeit verlieren. Auch deshalb will ich mich so schnell wie möglich mit den neuen Leuten zusammensetzen und versuchen, Lösungen aufzugleisen, damit wir das dann auch gut machen können.

Es ist tatsächlich so, dass ich nun vier Kreisschulpflegepräsidien habe, die grundsätzlich gesprächsbereit sind, um die Interimslösung zu bekleiden. Und es ist aber auch schon bereits gesagt worden, die Details sind noch zu klären. Und wie so oft ist halt dann der Teufel im Detail. Wir werden dann sehen, wie das herauskommt.

Dazu kann ich aber auch nur als eine Stimme von sieben etwas sagen. Es sind bekanntlicherweise 7 Schulpflegerinnen und Schulpfleger, die über das beschliessen und damit auch sagen, wie sie das dann wollen. Welche Interimslösungen sie wollen und wen sie dann allenfalls anstellen. So viel von meiner Seite.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank, dann würden wir zur Abstimmung gehen. Mir sind bei der Weisungsziffer 1, die die ganze zukünftige Verordnung beinhaltet, keine Änderungsanträge von Seiten der BSJK oder sonst bekannt. Deshalb würde ich beliebt machen, dass wir gesamthaft über Ziffer 1 abstimmen und allen Artikeln, die das beinhaltet.

Wer dieser Ziffer 1 zustimmen möchte, so wie es von der BSKK beantragt wird, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer sie ablehnt, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Die Ziffer 1 der Weisung ist in diesem Fall klar und deutlich angenommen worden.

Gibt es noch Enthaltungen?

Das gibt es auch nicht.

Dann kommen wir zur neuen Ziffer 2 mit dem Zusatzantrag der Parlamentsleitung, wo es einfach darum geht, dass auch das Inkraftsetzungs- und das Abschlussdatum geklärt sind.

Wer diesem Antrag zustimmen und damit die Ziffer 2 neu so haben möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen?

Gibt es da Enthaltungen?

Damit ist dieser neuen Ziffer 2 mit wenigen Gegenstimmen zugestimmt worden.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 3, die vorher Ziffer 2 war. Da geht es nur noch darum, dass der Beschlussantrag als erledigt abgeschrieben wird.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das jetzt bezeugen.

Enthaltungen?

In dem Sinne ist auch die Ziffer 3 mit wenigen ablehnenden Stimmen klar angenommen worden. Gut, dann hätten wir das Geschäft bereits abgeschlossen.

## 7. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.84: Planungs- und Projektierungskredit von Fr. 2.22 Mio. für den Neubau der Schulanlage Aussenwachten, Winterthur Iberg (Projekt-Nr. 12083)**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Planungs- und Projektierungskredit von Fr. 2.22 Mio. für den Neubau der Schulanlage Aussenwachten, Winterthur Iberg (Projekt-Nr. 12083). Dieses Geschäft ist ohne Diskussion geplant. Das Wort hat der Kommissionsreferent Michael Bänninger.

**M. Bänninger (BBK):** Für den Neubau der Schulanlage Aussenwachten wird in der vorliegenden Weisung – wie bereits erwähnt - für die Durchführung eines Projektwettbewerbs ein Verpflichtungskredit von 420'000 Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung und ein Projektierungskredit von 1,8 Millionen Franken zu Lasten der Investitionsrechnung beantragt.

Die Versorgung mit Schulraum für die Dörfer Eidberg, Iberg, Gotzenwil und Weierhöhe wird aktuell mit den Schulhäusern Eidberg, Iberg, dem Kindergarten Weierhöhe und den Schulraumprovisorien Weierweid und Gotzenwil sichergestellt.

Es fehlen heute eine Turnhalle, eine Aula, Gruppenräume und Räume für die schulergänzende Betreuung.

In den Jahren 1994 bis 2017 wurden in den Gebieten Iberg und Gotzenwil massiv Häuser gebaut. Der Vergleich der Schwarzpläne zeigt diese Entwicklung deutlich.

Im Gebiet Seen-Aussenwachten, welches die Ortsteile Sennhof, Iberg, Eidberg, Weierhöhe und Gotzenwil umfasst, hat der Schulraumbedarf von 16 Klassen im Schuljahr 2011/12 auf 20 Klassen im Schuljahr 2021/22 zugenommen. Und es wird mit einem weiteren Anstieg auf 21 Klassen in den nächsten 10 Jahren gerechnet.

Durch ein zentrales, modernes Schulhaus kann eine optimale Lernumgebung für die Kinder der Aussenwachten geschaffen werden.

Für die geplanten 12 Primarklassen und 4 Kindergärten ist eine Einfachturnhalle vorgesehen. Diese Halle soll auch der Bevölkerung und den Vereinen am Abend zur Verfügung stehen.

Nach Bezug des Neubaus soll das bestehende Schulhaus Iberg als Kindergarten und für die schulergänzende Betreuung der Kindergartenkinder sowie der Kindergarten Weierhöhe weiterhin als Kindergarten genutzt werden.

Das Schulhaus Eidberg soll analog zum ehemaligen Schulhaus Neuburg verkauft werden, um so einen Beitrag an die Investitionskosten zu erzielen.

Der Mietvertrag für das Schulhausprovisorium Gotzenwil wird gekündigt.

Das Schulhausprovisorium Weierweid soll abgebrochen werden.

Die im Vorfeld der Studie gemachten Abklärungen durch das Amt für Städtebau haben gezeigt, dass es sich bei der Parzelle in Iberg um das einzige Grundstück handelt, das die Möglichkeit bietet, im Gebiet der Aussenwachen in der Bauzone ein Schulhaus zu realisieren.

Wir haben da noch einen Fokus auf den Betrachtungsperimeter.

In der Machbarkeitsstudie wurden drei Szenarien überprüft. In sämtlichen Szenarien könnte das geforderte Raumprogramm realisiert werden.

Jedoch quert eine Hochspannungsleitung den Planungsperimeter. Diese Hochspannungsleitung kann nicht unter den Boden verlegt werden.

Der notwendige Abstand zur Hochspannungsleitung, welcher eingehalten werden muss, um den Grenzwert für die elektromagnetische Flussdichte gemäss Minergie P Eco-Standard von  $0.4\mu\text{T}$  (Microtesla) einzuhalten, erweist sich als sehr einschneidend.

Mit dem Szenario 3.2 der Machbarkeitsstudie ist die Anordnung der Gebäude und Aussen-spielplätze aber möglich und auch das Rasenspielfeld könnte realisiert werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden eingehalten. Einzig die Sportanlagen liegen im Bereich der erhöhten elektromagnetischen Belastungen. Gleichzeitig kann in diesem Szenario auf der Parzelle noch eine Ausbaureserve ausgewiesen werden.

Die Parzellen liegen aktuell in der Wohnzone, das heisst, im Rahmen der Realisierung müssten die Parzellen in die Zone für öffentliche Bauten überführt werden.

Der Neubau soll als radikal nachhaltiges Gebäude geplant werden und so einen Beitrag an das Erreichen der Klimaziele der Stadt Winterthur leisten und gleichzeitig das Investitionsprogramm der Stadt möglichst wenig belasten.

Das Amt für Städtebau formuliert gemeinsam mit dem Bestellerdepartement, mit dem Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz und der Abteilung Energie und Technik Nachhaltigkeitsziele, die zu erreichen sind. Es soll mindestens der Gebäudestandard 2019 oder der SIA-Effizienzpfad Energie eingehalten werden.

Zu den Kosten: Der Landwert der zur Verfügung stehenden stadteigenen Parzellen (BKP Position 0) wurde mit einem Buchwert von 7,8 Millionen Franken eingesetzt. Diese 7,8 Millionen Franken müssten dann vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen übertragen werden. Von daher sind sie auf der Auflistung aufgeführt.

Die Grobkostenschätzung von +/- 25 Prozent zeigt, dass die Erstellungskosten inklusive der Reserven bei 29,15 Millionen Franken liegen werden. Dazu kommen die Kosten für das Grundstück, was zu einem Total der Anlagekosten von rund 36,95 Millionen Franken führt. Inklusiv der Stadtratsreserve sprechen wir also von einem Gesamtaufwand von rund 38,4 Millionen Franken.

Der Ertrag durch den Verkauf des Schulhauses Eidberg wird mit 1,35 Millionen Franken geschätzt.

Terminplanung: Mit der heutigen Bewilligung des Verpflichtungskredites für den Projektwettbewerb und einem Projektierungskredit könnten die Schulräume voraussichtlich Anfangs 2028 bezogen werden.

Die BBK als vorberatende Kommission stimmte dem Geschäft mit 9:0 zu. Besten Dank.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank. Wie gesagt, das Geschäft ist ohne Diskussion geplant. Deshalb gehen wir jetzt gleich zur Schlussabstimmung.

Wer dem Antrag des Stadtrats zu diesem Geschäft folgen möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

In diesem Fall habt Ihr diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

## 8. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2020.119: Projektierungskredit von Fr. 250'000 für die Projektierung und Weiterbearbeitung des Projekts Wülflingerstrasse / Salomon-Hirzel-Strasse, Buswendeschlaufe und Regionale Verkehrssteuerung (RVS) (Projekt-Nr. 11'439)**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Projektierungskredit von Fr. 250'000 für die Projektierung und Weiterbearbeitung des Projekts Wülflingerstrasse / Salomon-Hirzel-Strasse, Buswendeschlaufe und Regionale Verkehrssteuerung (RVS) (Projekt-Nr. 11'439). Da hat das Wort als erstes der Kommissionsreferent Christian Hartmann.

**Ch. Hartmann (BBK):** Wir sprechen hier über einen Projektierungskredit von 250'000 Franken für den Knoten Schloss. Das ist nicht das erste Mal, dass das Thema hier im Rat ist. Ich verzichte darauf, alle historischen Entwicklungen darstellen.

Die Weisung des Stadtrats ist aus dem Jahr 2020. In der Zwischenzeit ist einiges passiert. Die BBK hat darüber diskutiert und auch einen Zusatzantrag gemacht. Diesen haben Sie in der Einladung gesehen. Ich werde hier vorstellen, was die BBK beantragt und mit 9:0 verabschiedet hat. Wir gehen eigentlich ebenfalls davon aus, dass keine Diskussion stattfindet. Auf der ersten Folie haben wir zwei Fotos vom Knoten Schloss und einen Plan. Ich nehme an, die meisten hier drinnen kennen die Situation: Man muss den Knoten Schloss sanieren. Es gibt neu eine Buswendeschlaufe dort. Es gibt neu eine Lichtsignalanlage mit Dosierfunktion, das ist wohl im Gesamtkontext der politisch umstrittenste Teil. Alleenkonzept Knoten, Geometrie, Schallschutzfenster.

Warum gibt es einen zusätzlichen Kreditantrag, wenn es doch schon einen Projektierungskredit gegeben hat? Die Geschichte des Knotens Schloss ist lang. Und über die lange Projektierungszeit haben sich auch die Bedürfnisse verändert. Es hat zusätzlich jetzt einen Lichtsignalanlageplaner, Lärm- (vielleicht nicht -Planer, aber -Ingenieure), Verkehrsplaner und Landschaftsarchitekten gebraucht. Die Knotengeometrie ist nicht simpel, sehr aufwändig. Und es gibt verkehrstechnische Untersuchungen zu den Auswirkungen im Quartier und es hat dann dazu Einwendungen gegeben. Ich komme noch auf das. Insgesamt ist das Mitwirkungsverfahren aufwändig gewesen und mit allen Aspekten letztlich auch teuer.

Neben den «knotenumbau-technischen» Mehrkosten ist ein zentrales Thema das Verkehrsmonitoring. Die Stadt hat Massnahmen zur Verkehrsberuhigung im Zusammenhang mit der Dosieranlage Knoten Schloss 2020 öffentlich aufgelegt. Der Knoten Schloss ist auf dieser Karte, die ich hier kopiert habe, der orange Kreis. Es gab dann 11 Rekurse und das Statthalteramt hat letzten Endes zugunsten der Rekurse entschieden. Und hat in dieser Entscheid die Stadt verpflichtet, ein Verkehrsmonitoring durchzuführen, nämlich die Verkehrsflussmessung vor und nach der Inbetriebnahme der Dosieranlage. Die Gebiete, die man da monitoren müsste, diese Quartiere sind auf dem Plan blau markiert. Und die BBK ist hingegangen und hat den Perimeter erweitert. Warum? Es liegt in der Natur einer Verkehrsdosieranlage, dass sie Stau produziert. Sonst bräuchte man sie eigentlich nicht. Der Stau wird ins Quartier Wülflingen hineingehen, zum einen auf der Umfahrung Wülflingen, der Salomon Hirzelstrasse (das ist auch die Zufahrt zum Autobahnanschluss) und auf der anderen Seite der Wülflingerstrasse vom Lindenplatz her. Das heisst, es ist aus einer Wülflinger Sicht vermutlich essenziell, dass dann nicht einfach der Verkehr die Dosieranlage umfährt. Alle die gesperrten Strassen im Oberfeld umfährt und sich dann den Weg sonst irgendwo sucht. Mindestens möchte die BBK das gemonitort haben. Und das ist dann auch der wesentliche Antrag, den Sie gesehen haben. Dort drin muss man noch ergänzen: Im BBK-Text steht, man will zusätzlich das Quartier Härti (oben links) monitoren. Das umfasst sinnvollerweise natürlich auch das Quartier Lindenplatz. Das ist irgendwo in der Bearbeitung des Textes dann mal herausgefallen. Aber es ist der Wille der BBK, dass das da drin ist und es wäre ein Anliegen,

dass man das auch so protokollieren würde. Das heisst, es gibt ein Verkehrsmonitoring letztlich vom Hauptbahnhof bis in die Härti (das ist die Stadtgrenze).

Nach dem Monitoring (also das Monitoring vorher und das Monitoring nachher): Spätestens zwei Jahre nach Bauabschluss sollte man dann allfällig notwendige Massnahmen definieren. Es gibt ein Verkehrskonzept Neuwiesen, das im Wesentlichen einen Absenkpfad der Verkehrsbelastung definiert. Die Erkenntnisse aus diesem Konzept sollten dort mitberücksichtigt werden.

Was sind der Zeitplan, die Kosten und Finanzierung? Schwierig. Also Zeitplan: Es gibt einen Plan, aber keine Zeit dazu. Also, das Bauprojekt muss man fertigstellen, das braucht jetzt Zeit. Es wird vom Stadtrat festgesetzt, es gibt einen Ausführungskredit im Stadtparlament, wo wir sicher alle hochemotional darüber sprechen können. Und irgendwann fangen wir an zu bauen.

Jetzt zu den Kosten: Die Weisung des Stadtrats sieht 550'000 Franken Kosten für die Planung vor. Das Verkehrsmonitoring, das zum Teil eine Auflage ist vom Statthalteramt und zum Teil eine Ergänzung der BBK, kostet etwa 120'000 Franken, das gibt 670'000 Franken. 300'000 Franken haben wir schon mal bewilligt, gibt 370'000 Franken. Die Punkte unter Finanzierung erklären im Wesentlichen, wieso die Stadtkasse nicht belastet wird. Durch das Projekt sind ausschliesslich überkommunale Strassen betroffen, die aus dem Strassenfonds finanziert werden können, und zudem ist das Projekt Teil vom Agglomerationsprogramm erste Generation vom Bund, das auch noch einen Kostenanteil übernimmt. Einzig wenn es nicht ausgeführt würde, dann würden die Projektierungskosten zu Lasten der Stadt gehen. Wie gesagt, die BBK hat dem geänderten Antrag 9:0 zugestimmt und ich bitte Euch, das auch zu tun. Danke.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Das Geschäft war nicht explizit ohne Beratung angemeldet, aber es ist natürlich auch nicht schlimm, wenn es keine Voten gibt beziehungsweise wenn wir da schnell durchkommen, wenn das Geschäft unbestritten war in der BBK.

Trotzdem noch die Frage: Gibt es eine Wortmeldung. Marc Wäckerlin?

**M. Wäckerlin (PP):** Ich kann es ganz kurz machen: Ich bin nach wie vor gegen Töpfchensysteme und werde deshalb da auch ablehnen.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall, dann auch noch die Frage an die zuständige Stadträtin, ob sie noch etwas dazu sagen möchte.

**Stadträtin Ch. Meier:** Ich möchte nur sagen, dass sich der Stadtrat dem Änderungsantrag der BBK anschliesst.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. In diesem Fall werden wir zur Abstimmung gehen.

Wenn ihr dem Antrag des Stadtrats mit dem vorgeschlagenen Änderungsantrag der BBK zustimmen möchtet, dann bitte ich Euch, das jetzt zu bezeugen mit Handerheben.

Gibt es ablehnende Stimmen?

Enthaltungen?

Dann ist das Geschäft mit einer Ablehnung klar angenommen worden. Es ist natürlich auch so, dass der Titel von diesem Geschäft noch angepasst wird, weil ja die Kosten andere sind.

## 9. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.103: Kredit von Fr. 1'515'000 für die Realisierung der Velostation Stellwerk (Projekt-Nr. 13330)**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Kredit von Fr. 1'515'000 für die Realisierung der Velostation Stellwerk (Projekt-Nr. 13330). Das Geschäft ist wieder ohne Diskussion geplant. Und da bitte ich nochmal Christian Hartmann als Kommissionsreferenten, das Geschäft vorzustellen.

**Ch. Hartmann (BBK):** Wir sind ja sehr dran, Zeit aufzuholen. Das ist gut. Wir haben einen Projektkredit für die Velostation Stellwerk. Es gibt bereits eine Velostation Stellwerk, Nummer 1, und das wird jetzt ergänzt durch Nummer 2 und die beiden werden miteinander verbunden. Wo ist das Stellwerk? Das Stellwerk ist, wenn man von Wülflingen her aus der Wülflinger Unterführung rechts Richtung Bahnhof abbiegt, dort, wo die Taxis warten. Man sieht auf dem Bild ein Gebäude auf dem ehemaligen Milchküchenareal, das die SBB erstellt. Das Gebäude ist nicht Teil von der Diskussion, das mag einem gefallen oder nicht. Es geht eigentlich um die Velostation, die darunter ist. Auf dem oberen Foto mit einem roten Kreis eingezeichnet. Man kann hineinfahren von der Wülflingerstrasse her, man kann aber auch hinein durch die Zufahrt der bestehenden Velostation Stellwerk 1.

Wie gesagt, die SBB baut. Die städtischen Interessen sind durch den Gestaltungsplan Milchküche berücksichtigt. Wir verdichten die bestehende Velostation. Man erweitert die Velostation im Gebäudestellwerk 2. Total gibt es fast 500 zusätzliche Veloabstellplätze.

Die Bruttokosten pro Veloabstellplatz sind knapp 6'500 Franken.

Bei diesem Geschäft haben wir einen Zeitplan. Wir beschliessen voraussichtlich heute den Kredit. Baubeginn ist nächsten Frühling, es geht zwei Jahre und die Velostation geht in Betrieb.

Die Finanzierung ist, alles in allem, ein bisschen kompliziert, aber gemäss Weisung kostet es 1,6 Millionen Franken. 100'000 Franken haben wir schon bewilligt, macht 1,5 Millionen beantragter Kredit. Eine knappe halbe Million zahlt der Bund, bleiben noch zu Lasten von der Stadt 1,165 Millionen Franken.

Jetzt auf die Frage, wie man für 1,1 Millionen Franken an einem solchen Ort eine so grosse Velo-Anlage bauen kann, ist die Antwort einfach: Man kann es nicht. Insgesamt kostet es 3,2 Millionen. 60 Prozent gehen schon zu Lasten der SBB. Die Zahlen oben, das ist nur der städtische Anteil davon. Auch dieses Projekt wird noch durch den Bund (nicht nur durch die SBB) teilfinanziert. Die 1,1 oder 1,16 Millionen Franken zu Lasten der Stadt sind die Nettoinvestition. Diese werden die zukünftigen Erfolgsrechnungen der Stadt um jährlich 77'000 Franken belasten, das entspricht 0,03 Steuerprozenten.

Die Zustimmung in der BBK war einstimmig.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Weil das Geschäft ohne Diskussion angesetzt ist, gehen wir gleich zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Stadtrats zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

In diesem Fall habt Ihr das Geschäft einstimmig angenommen. Wir machen tatsächlich Zeit gut. Ich hoffe, das bleibt so.

## 10. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.10: Antrag und Bericht zur Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Antrag und Bericht zur Motion betreffend einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen. Da hat in Absprache der Kommissionsreferent darauf verzichtet, ein Einstiegsreferat zu machen. Das Wort hat deshalb gleich der Erstmotionär Reto Diener (Grüne/AL).

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich freue mich als Erstmotionär im Namen der Grünen/AL, Euch beliebt zu machen, die vorliegende Antwort auf die Motion mit diesen beiden Anträgen Erheblicherklärung und Fristerstreckung anzunehmen. Ich bedanke mich beim Stadtrat für die konzise Antwort, welche die relevanten Aspekte dieses Themas und die künftigen Herausforderungen gut beschreibt.

Wir haben mit dieser Motion ja aufgeworfen, dass man die Bestimmungen festlegt für die Grünbereiche in den privaten Bauzonen. Und damit möchten wir erreichen, dass wir mehr Grünflächen bekommen, mehr Grün-Anteile, auch mehr Bäume in der Fläche der Stadt Winterthur.

Es macht Sinn, so wie es der Stadtrat vorschlägt, die übergeordneten regulativen Anpassungen, die auf der kantonalen Ebene am Laufen sind, insoweit abzuwarten, bis klar ist, in welcher Form genau diese zu erwarten sind.

Ich bin sehr erfreut, dass der Stadtrat den Auftrag, den man ihm mit dieser Motion gab, auch im Sinn der Anpassungen und Massnahmen gegen den Klimawandel sehr umfassend wahrzunehmen gedenkt. So hat sich beispielsweise, wenn man einen Punkt der Bäume anschaut, in der Stadt Zürich statistisch klar gezeigt, dass der Bestand von grossen Bäumen in den privaten Arealen am Sinken ist. Rückläufig - und das ist genau eigentlich nicht das, was wir wollen. Wir haben uns hier in Winterthur auch auf die Fahne geschrieben, dass wir mehr Bäume in den Stadtraum hineinbringen wollen.

Es ist zu erwarten und eigentlich davon auszugehen, wenn man diese Messungen oder die Erhebung in der Stadt Winterthur durchführen würde, dass das sehr ähnlich aussehen würde. Ein Trend, der nicht nur bei uns, sondern an vielen Orten zu beobachten ist. Einer der wichtigsten Punkte dazu ist die Thematik der Pflanzabstände, die also dazu führen, in den heutigen Regulierungen, dass man kaum mehr einen Baum, der irgendwann einmal wachsen konnte, der über viele Jahrzehnte bestanden hat, ersetzen kann. Denn beim Ersatz muss man die Pflanzabstände gegenüber dem Nachbargrundstück wieder einhalten und dann bestehen die entsprechenden minimalen Bedingungen oft nicht mehr. So kann man unter anderem natürlich mit dem etwas herausholen, wenn man die Pflanzabstände entsprechend ein bisschen anpasst.

Und ein zweiter wichtiger Punkt, den man auch jetzt gesehen hat in den übergeordneten Regelungen, die entstehen sollen, ist die ganze Thematik vom Unterfangen der Grundstücke mit zum Beispiel Parkgaragen, Tiefgaragen. Denn wenn man eine Tiefgarage hat, ist es fast unmöglich, wenn sie nicht sehr tief unten angeordnet wird, dass man darüber noch einen grossen Baum mit dem notwendigen Wurzelwerk pflanzen kann. Genau das ist aber eines der ganz wichtigen Elemente gegen die Klimaerwärmung, dass wir wieder Bäume pflanzen oder Bäume ersetzen können, allenfalls sogar zusätzliche in die privaten Areale hineinbringen können.

Demzufolge braucht es hier, um die Überhitzung in den Städten langfristig bekämpfen zu können und dem langfristig entgegenwirken zu können, ein besonderes Augenmerk dazu. Das Alleekonzept, das die Stadt Winterthur bisher vorgesehen hat, für den öffentlichen Raum, auf den Strassen, mehr Bäume in den städtischen Raum hineinzubringen, ist sicher

gut, aber das genügt eben nicht. Mit den geplanten regulativen Voraussetzungen, die man jetzt auch auf kantonaler Ebene anpackt, wo man gesehen hat, da braucht es Verbesserungen der Rahmenbedingungen, weil wir sonst einfach im Schilf landen, soll man jetzt die entsprechenden Voraussetzungen abwarten, um dann diese wichtigen Bausteine in eine entsprechende Umsetzung hineinnehmen zu können.

Wir von den Grünen/AL sind auch offen gegenüber einer differenzierten Abwägung von unterschiedlichen Instrumenten und Regelungen, was die einzelnen Bauzonen anbetrifft.

Es muss ein entscheidendes Kriterium sein, dass wir eine gute Gesamtwirkung erzeugen, und dazu braucht es sicher eine detaillierte Abklärung.

Was uns von der grünen Seite her ganz besonders wichtig ist, ist das Thema der sogenannten urbanen Biodiversitätsleistungen, oft etwas, was man zu Recht auch als ökologische Infrastruktur bezeichnet. Dazu ist insbesondere die grosse Fläche der privaten Areale, die weniger dicht besiedelt ist, natürlich ganz wichtig. Und das ist auch der Grund, warum wir neben der Thematik der Bäume eben auch diese Areale in den Fokus genommen haben, mit den entsprechenden Anträgen, die wir in der Motion hineingebracht haben. Auf diesen Punkt ist aus unserer Sicht auch ganz besonders Wert legen, dass wir die Biodiversitätsnetzungen im Stadtgebiet unterstützen können - nicht nur über die öffentlichen Räume wie Gewässer oder entsprechende Parkanlagen, sondern eben auch über die Bereiche, wo viele private Gärten vorhanden sind.

Und in dem Sinne möchte ich eigentlich beliebt machen, dass man das eben auch unter dem Aspekt sehr gut anschaut. Zuletzt vielleicht noch ein kleiner, aber nicht unwichtiger Punkt, ein Anliegen, das auch in der Diskussion mit den Mitmotionären und Mitmotionärinnen aufgekommen ist, das ich gerne explizit noch einmal auf den Tisch bringen möchte und die Stadtverwaltung beziehungsweise den Stadtrat darum bitten möchte, das doch auch zu berücksichtigen. Ein Anliegen, das eigentlich die Lücke füllen soll. Denn der Antrag lautet jetzt, dass wir doch einige Jahre warten müssen, bis wir die übergeordneten Regelungen sehen, wie die aussehen und wie wir damit umgehen können. Dass wir in dieser Zwischenzeit nicht einfach nur Däumchen drehen. Und das ist eine Bitte an den Stadtrat, ein Reglement oder so etwas wie eine Empfehlung für Bauwillige zu erarbeiten, das einige dieser Aspekte, die wir heute jetzt in dieser Antwort des Stadtrats bekommen haben, die ich kurz gestreift habe, dass man einige dieser Aspekte in eine Empfehlung hineinnimmt, die man den Bauherren geeignet abgeben kann und entsprechend auch Information vermitteln kann. Bestimmt kann eine gute Information zur richtigen Zeit und am richtigen Ort den einen oder anderen Bauherren dazu bringen, so etwas auch freiwillig schon zu berücksichtigen und umzusetzen.

Damit habe ich geschlossen. Ich danke dem Stadtrat jetzt schon für die Prüfung dieser vielen Anliegen und freue mich über die Zustimmung aus dem Parlament zu dieser Motion. Danke.

**F. Landolt (SP):** Ich schliesse mich da eigentlich Reto Diener an. Wir können dem Bericht und Antrag des Stadtrats zu dieser Motion sehr gut folgen. Ebenfalls können wir uns mit der Fristerstreckung bis Juni 2024 einverstanden erklären. Es sind gesetzgeberische und terminliche Betrachtungen, die eine vertiefte Betrachtung erfordern.

Inhaltlich möchten wir den Stadtrat darin unterstützen, dass er in der Weiterentwicklung von Anforderungen an Grün- und Freiflächen in den verschiedenen Zonen auch die Unterbauungsbeschränkung ernsthaft prüft. Wir denken, das ist ein wichtiger Punkt. Der Kanton gibt da den Kommunen die Möglichkeiten dazu und wir sollten diese nutzen. Die Klimaerwärmung ist eine Tatsache und mit grossen Bäumen kann man dagegen etwas unternehmen. Grosse Bäume haben aber ein Wurzelwerk, das ungefähr der Grösse der Baumkrone entspricht. Das heisst, sie brauchen auch Platz im Boden. Und damit solche Bäume gedeihen und auch miteinander kommunizieren, wissen wir ja neuerdings, können sie nicht auf Tiefgaragen oder ähnlichem stehen. Im Grund sollte eine Unterbauung auf die Erdgeschossgrundrisse beschränkt bleiben und nur in Ausnahmefällen sollte dieser gesprengt werden dürfen.

In dem Sinne wünschen wir dem Stadtrat ein gutes Gelingen. Wir sind überzeugt, dass er die Wichtigkeit von diesen Festlegungen erkannt hat und umfassend umsetzen will.

Wir sind dann gespannt auf die Weisung im Jahr 2024 und können uns auch vorstellen - das meine ich jetzt als Vorschlag - und können uns auch vorstellen, dass die Weisung vorbera- tend auch mal zur Diskussion stehen könnte, denn das sind doch wichtige Festlegungen.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Jetzt ist mir gerade noch einen Ablehnungs- antrag von der SVP gemeldet worden. Ich würde zuerst Michi Gross das Wort geben, damit die anderen nachher gleich darauf Bezug nehmen können.

**M. Gross (SVP):** Reto Diener hat ziemlich viel ausgeführt. Ich habe gemeint, ich könne län- ger sprechen als er, aber ich schaffe es, glaube ich, auch dieses Mal nicht.

Zum Glück, Reto, müssen wir noch etwas warten. Wenn es jetzt nur eine Empfehlung wäre, dann könnten wir damit noch leben. Die Motion hat aus unserer Sicht ein positives, erstre- benswertes Ziel. Trotzdem: Bei diesen Eingriffen in das Eigentumsrecht, die uns präsentiert wurden, kann man nicht einfach wegschauen.

Was dazu teilweise an Vorschläge gekommen ist zur Zielerreichung, ist eigentlich Kommunis- mus in Reinkultur. Das Eigentumsrecht ist einer der zentralsten Grundwerte einer liberalen und prosperierenden Gesellschaft. Und viele dieser vorgeschlagenen Ergänzungen laufen unseres Erachtens diametral dagegen.

Aber schauen wir es doch kurz an: Es gibt Ideen zur Verbesserung der ökologischen Situa- tion sowie der Biodiversität, die wir gut mittragen können. So steht zum Beispiel der Aufhe- bung oder der Reduktion vom privatwirtschaftlichen Pflanzungsabstand nach dem Einfüh- rungsgesetz des ZGB nichts im Weg. Es ist tatsächlich störend, dass Eigentümer oder Eigen- tümerinnen aufgrund der minimal geforderten Abstände kaum mehr Bäume pflanzen können. Auch dass bei einem Baugesuch die Stellung der Baukörper geprüft wird, um Kaltluftkorridore nicht zu beeinträchtigen, das kann man noch argumentieren.

Dass aber Hausbesitzenden in Zukunft eine Baumschutz- und Baumpflanzpflicht aufgezwun- gen werden soll, das heisst der Staat bestimmt, wie unsere Gärten in Zukunft aussehen müs- sen, das können wir nicht, das geht zu weit. Man will eine Bewilligungspflicht für Änderungen der Umgebung und für das Baumfällen sowie generell strengere Gestaltungsvorschriften für die Umgebung. Die Bürokratie wird ausgebaut. Gärten sollen nach staatlichen Vorschriften gestaltet werden. Für Individualität ist kein Platz mehr. Das Anliegen von einem Gemüsegar- ten kann nicht mehr selbstständig entschieden werden. Alles braucht eine Baubewilligung. Die Behörden sagen uns, wie unsere Gärten in Zukunft auszusehen haben. Zwangsökorabat- ten statt individueller Gartengestaltung. Die SVP wehrt sich von Anfang an gegen solche Ein- griffe in das Grundeigentum.

Und auch wenn noch nichts entschieden ist, müssen wir ganz klar jetzt schon Stellung bezie- hen. Wir lehnen die Erheblicherklärung und auch die Fristerstreckung ab und nehmen die Antwort negativ zur Kenntnis.

**A. Steiner (GLP):** Auch die Grünliberalen bedanken sich beim Stadtrat für die Antwort und sind sehr zuversichtlich, dass der Stadtrat die wichtigen Themen, wie mehr Möglichkeiten von Bäumen, eben auch näher als 6 Meter vom Nachbargrundstück, mehr Möglichkeiten für bio- diverse Grünräume, weniger versiegelte Flächen und so weiter umsetzen wird.

Die GLP erklärt deshalb die Motion betreffend ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen erheblich und stimmt der Fristverlängerung bis am 30. Juni 2024 zu. Aus Sicht der Grünliberalen ist es nachvollziehbar, dass die Umsetzung dieser Motion noch etwas Zeit braucht. Gerade beim Kanton ist im Moment sehr viel am Tun zu diesem Thema und auch bei der Stadt sind verschiedene Projekte aufgegleist, die in diese Richtung gehen. Es ist absolut nachvollziehbar dargelegt worden, warum das ein bisschen mehr Zeit braucht, dass das dann eben in der BZO den Niederschlag findet.

Wir Grünliberalen sind auf die Mitmotionäre und Mitmotionärinnen zugegangen, in Bezug auf: Was machen wir eben in dieser Zeit, bis dann eben die BZO-Änderung kommt? Wir denken, es ist verlorene Zeit, wenn wir jetzt gar nichts machen. Auch auf das Votum, das vorhin von Seiten der SVP gehalten worden ist, dazu kann man auch sagen: Ja, muss denn alles legalis-

tisch aufgegleist werden oder gäbe es eben auch Möglichkeiten, mit Empfehlungen zu arbeiten? Eigentlich können wir ein gutes Testfeld schaffen. Wie viel können wir über Empfehlungen erreichen? Und machen die Bauherren auch mit? Und wie viel müssen wir dann tatsächlich legalistisch festlegen? Das ist immer eine Gratwanderung.

Darum haben wir Grünliberalen eingebracht, man soll doch solche Empfehlungen zusammenstellen, schon möglichst bald, und die dann auch in verschiedenen Kanälen den Bauherren oder zukünftigen Bauherren zukommen zu lassen. Und das ist eigentlich genau die Schwierigkeit. Wie soll die Stadt erkennen, wer dann in Zukunft die Bauherren sind? Ich denke, man sollte dazu intensiv mit Verbänden zusammenarbeiten (sei das Hauseigentümerverband, Casafair oder wer auch immer) - oder auch über die Medien diese Themen aufgreifen, damit die Bevölkerung sieht, was die wichtigen Anliegen sind und freiwillig auf die Punkte eingeht.

In dem Sinne unterstützen wir den Stadtrat in seinen Bestrebungen und hoffen, dass da auch bald Empfehlungen aufliegen.

**Z. Dähler (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion begrüßen die Ziele der Motion, das Klima der Stadt Winterthur und die Biodiversität in Winterthur durch eine gute Gestaltung der Freiräume (gerade auch im Privaten) zu verbessern. Damit soll möglichst wenig Boden versiegelt werden. Wiesen, Sträucher und Bäume heizen, wie bereits gehört, an sonnigen Tagen weniger auf und beeinflussen das Klima in der Umgebung positiv. Bei Regen kann der Boden das Wasser aufnehmen und entlastet dadurch die Entwässerung. Die Stossrichtung der Motion, die die Lebensqualität in Winterthur hochhalten will, entspricht entsprechend auch unserem Sinn.

Wir lehnen jedoch die Festschreibung von diesen Zielen in der kommunalen Bau- und Zonenordnung ab. Es ist in der Verantwortung jedes Grundstückbesitzers, die Ziele dieser Motion bestmöglich umzusetzen. Die Eigentümer sind genauso wie der Grossteil der Bevölkerung auf das Thema sensibilisiert. Und daher ist eine Überregulierung, die einen zusätzlichen, sinnlosen administrativen Aufwand mit sich bringt, sofort ad acta zu legen.

Wir bitten Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Parlament, darum, genauso wie wir von der Mitte/EDU-Fraktion die Motion nicht zu überweisen.

Der Vorschlag, den Reto Diener heute Abend gebracht hat, den er im Sinne einer Übergangsregelung sieht, ist für uns ein gangbarer Weg. Mit Empfehlungen, mit Vorschlägen, mit Ideen und so gut kommuniziert, wie von Annetta Steiner vorgeschlagen, als Lösung, als dauerhafte Lösung, damit wäre das Ziel auch zu erreichen.

Unabhängig davon, dass wir jetzt diese Motion nicht überweisen, begrüßen wir es, wenn entsprechende Wegleitungen gemacht werden, wie gesagt. Und Freiräume in den Liegenschaften möglichst im Sinne von der Gesamtbevölkerung gestaltet werden können. Danke.

**R. Heuberger (FDP):** Auch die FDP ist überzeugt davon, dass es sinnvoll ist, Grünflächen in Überbauungen hochwertig zu gestalten. Dazu braucht es aber keine starren Regelungen und Prozentsätze in der BZO, sondern einen konstruktiven Dialog mit den Bauherren und einen Prozess, der sämtliche Rahmenbedingungen bei Neu- und Umbauten mitberücksichtigt. Es gibt bereits heute zahlreiche Vorschriften zu diesem Thema in der BZO, unter anderem die Baumpflanzpflicht - ja Michi, die gibt es schon -, die Pflicht zur Erstellung von Kinderspielplätzen oder Ruheflächen oder die Vorschriften zur Versickerung von Abwasser.

Ein Bauherr muss schon heute seinen Gartenplan zur Genehmigung vorlegen. Diese Vorschriften bedürfen aus unserer Sicht auf keinen Fall der Vermehrung. Wir sind darum deziidiert gegen noch mehr Vorschriften für private Bauherren.

Jetzt kommt aber ein anderer Punkt: Gemäss den Ausführungen in diesem Geschäft fehlen derzeit auf kantonaler Ebene die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von diesen in der Motion verlangten Freiflächenziffern in der BZO von Gemeinden. Also ist die Motion derzeit nicht umsetzbar. Unseres Erachtens ist es deshalb nicht statthaft, jetzt mit einer Fristverlängerung zu beantragen, die Umsetzung von der Motion derart auf die lange Bank zu schieben, dass dannzumal, wenn wir sie umsetzen, vielleicht vermutlich umsetzen können, weil bis

dann vielleicht vermutlich die rechtlichen Grundlagen auf kantonaler Ebene geschaffen worden sind.

Der korrekte Antrag des Stadtrats wäre, die Motion als nicht umsetzbar abzuschreiben, weil die rechtlichen Grundlagen auf kantonaler Ebene eben schlicht fehlen. Im Rahmen von der BZO-Revision kann der Stadtrat auch ohne diese Motion Regelungen für Freiflächen beantragen, falls dannzumal die Grundlagen dafür überhaupt vorhanden sind. Eine Teilrevision der BZO vor 2025 in der Stadt Winterthur nur für diesen einzelnen Punkt macht aus unserer Sicht absolut keinen Sinn. Und nein, Reto Diener: Die Stadt soll nicht schon am Thema auf Stufe BZO arbeiten, allenfalls auf Halde, bevor nicht klar ist, welche Massnahmen auf kantonaler Ebene vorgesehen sind.

Auf Stufe Empfehlungen, wie sie von der GLP vorgeschlagen worden sind, sind wir gerne bereit, mitzudiskutieren. Wir sind überzeugt davon, dass das eigentlich grundsätzlich reichen müsste, solche Empfehlungen abzugeben und eben nicht eine fixe Formulierung in die BZO gehört. Allerdings wäre dann spannend zu klären, welche von diesen Empfehlungen ausformuliert werden sollen beziehungsweise welche dieser Sachen, die uns jetzt bereits präsentiert worden sind, dann in solche Empfehlungen hineinkämen. Denn wie Michi Gross schon ausgeführt hat, gehen viele von diesen Empfehlungen und Vorschlägen, die gemacht worden sind, bereits viel zu weit für uns. Aber wir sind gerne bereit, da mitzudiskutieren, wie wir einen Weg finden, wie wir das gemeinsam ausformulieren können.

Die FDP lehnt aber die Erheblichkeitserklärung dieser Motion jetzt, zum heutigen Zeitpunkt – und eine Fristerstreckung ab.

**Stadträtin Ch. Meier:** Michael Gross hat in seinem Votum die Befürchtung geäussert, dass man mit den neuen Bestimmungen einen zu grossen Eingriff in das Grundeigentum generieren würde. Ich muss Dich enttäuschen, Michael Gross, die BZO ist ein Eingriff in das Grundeigentum, aber jede Änderung von der BZO unterliegt einem demokratischen Prozess und damit ist sie eben legitimiert.

Der Stadtrat teilt die Ziele der Motionärinnen und Motionäre vollumfänglich und ist sehr bereit, die ergänzenden Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen einzuführen. Aber, wie wir es gehört haben, wir sind sehr daran interessiert, eben nicht auf Halde zu arbeiten, sondern die kantonalen Vorgaben abzuwarten und dann die BZO-Revision entsprechend diesen Vorgaben machen zu können, damit die dann eben auch vollumfänglich miteinander übereinstimmen.

Den Input zu einem Merkblatt oder einer entsprechenden Beratung von Bauherrinnen und Bauherren nehmen wir sehr gerne entgegen. In welcher Form wir das genau gestalten, müssen wir hingegen noch sehr genau anschauen. Merkblätter gibt es bereits bei der Stadt, aber Merkblätter haben bei uns die Funktion, Vorgaben und Normen und gesetzliche Vorgaben genauer zu erläutern und den Umgang damit zu erklären. Und wenn wir eben die Vorgaben noch nicht haben, dann können wir in dem Sinne nicht in dieser Form mit Merkblättern arbeiten. Was wir aber immer machen, zusammen auch mit Stadtgrün, ist eine Beratung von interessierten Bauherren und Bauherrinnen. Und das ist sicher etwas, das wir in Richtung der Idee der Motion noch genauer anschauen können, wie wir dort allenfalls jetzt schon unsere Beratungen entsprechend ausrichten können. Danke vielmals für diesen Input.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank, dann kommen wir da zur Abstimmung. Wir werden über die Ziffern einzeln abstimmen.

Wir kommen zuerst zur Ziffer 1: Wer dem Antrag des Stadtrats zustimmen und die Motion als erheblich erklären möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, soll das jetzt bezeugen.

Der Antrag auf Erheblichkeitserklärung ist in diesem Fall angenommen worden.

Wir gehen zur Ziffer 2: Wer der Fristerstreckung bis zum 30. Juni 2024 zustimmen möchte, soll das ebenfalls bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Auch da ist der Antrag zur Fristerstreckung klar angenommen worden.

## 11. Traktandum

**Parl.-Nr. 2021.104: Änderung des Personalstatuts vom 12. April 1999 (PST): Anpassung an die neue Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. September 2021**

und

## 12. Traktandum

**Parl.-Nr. 2020.24: Antrag und Bericht zur Motion T. Brütsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (die Mitte) betr. Transparenz für Einmalzulagen**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Traktandum 11, Änderung des Personalstatuts vom 12. April 1999 (PST): Anpassung an die neue Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. September 2021.

Traktandum 12: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Transparenz für Einmalzulagen. Die beiden Traktanden werden zusammen behandelt. Jetzt ist es so, dass beim Traktandum 11 die Aufsichtskommission beschlossen hat, dass es keine Diskussion geben wird. Beim Traktandum 12, bei dieser Motion, ist es natürlich aber allen freigestellt, trotzdem etwas zu sagen. Vom Ablauf her ist es jetzt so, dass das Traktandum 11 zuerst durch den Kommissionsreferenten vorgestellt wird und nachher würden wir dann gleich zur Diskussion zu der Motion übergehen. Ich bitte einfach alle, die dann das Wort verlangen, wirklich nur zur Motion zu sprechen und Euch an die selbstaufgelegten Regeln zu halten und dann nicht trotzdem auch noch über das Traktandum 11 zu diskutieren.

Jetzt hat aber zuerst das Wort Dominik Siegmann als Kommissionsreferent.

**D. Siegmann (AK):** Ich habe das Vergnügen, Ihnen die Anpassung an das Personalstatut zu präsentieren, als Kommissionsreferent, die wir in der AK in einigen Sitzungen behandelt haben.

Ich schaue, dass ich hier zügig durchkomme.

Ihr seht hier im Wesentlichen das Personalstatut. Die Anträge vom Stadtrat sind in meiner Präsentation in Blau verzeichnet, die von der Aufsichtskommission in Rot.

Vorausschicken kann ich noch, dass die Anpassung des Personalstatuts nötig geworden ist, nach der Volksabstimmung über die neue Gemeindeordnung, die letztes Jahr im Herbst angenommen wurde.

Bei dieser vorliegenden Anpassung des Personalstatuts geht es in der Folge ganz häufig schlicht um sprachliche Anpassungen, also z.B. den Begriff «Gemeinderat» durch «Stadtparlament» zu ersetzen. Auf diese Anpassungen werde ich nicht weiter eingehen, sondern auf relevantere Umstände. Die wichtigsten habe ich hier zusammenzufassen versucht. Was sicher auch bemerkenswert ist, dass es einige Anpassung gegeben hat durch die Neuorganisation der Schulpflege im Rahmen dieser Gemeindeordnung.

Anfangen könnte man da mit dem Ingress, den wir neu hinzugefügt haben. Nicht, dass der besonders erwähnenswert ist, neu ist er trotzdem.

Auf der nächsten Folie geht es um den Artikel 2, wo man neben dem Ersatz des Begriffs «Gemeinderat» durch «Stadtparlament» auch noch die Schulpflege mit hineingenommen hat. Also dahingehend, dass die Löhne, Spesenentschädigungen von dieser auch durch unser ehrenwertes Gremium vorgenommen wird, wie es ja schon passiert ist.

Ich gehe über zum Artikel 8, der einige substanzielle Veränderungen erfahren hat. Hinweisen möchte ich besonders auf den Absatz 3, nämlich dass der Stadtrat neu die Anzahl von befristeten und unbefristeten Stellen sowie Veränderungen im Stellenplan im Budget und im Jahresbericht separat ausweist. Wenn Sie sich zum Beispiel fragen, wieso das Wort «Budget»

angepasst worden ist: Es hat bis anhin «Voranschlag» geheissen. Im Sinne einer einheitlichen Semantik hat man sich bei dieser Gelegenheit für diesen Begriff entschieden. Das noch so als Beispiel, wie da auch gearbeitet worden ist, von verschiedenen Seiten. Besonders hinweisen möchte ich auch noch auf den Absatz 4 in Blau, dass der Stadtrat auch die notwendigen städtischen Stellen für die Schulpflege und von der Schulpflege festgelegte schulische Angebote festlegt. Ich nehme an, das freut die zahlreichen Schulpflegeenthusiasten in diesem Gremium sehr.

Ich gehe weiter mit der nächsten Folie. Dort ist vor allem neu der letzte Absatz, wo Ihr Euch vielleicht auch fragt: Neu (lit. c) die Mitglieder der Behörden im «Teilamt», nachdem in lit. b. noch vom «Nebenamt» die Rede ist. Für jene, welche der Meinung sind, dass dies das Gleiche ist, ein Nebenamt und ein Teilamt, die können sich gerne vom Personalamt eines Beseren belehren lassen.

Dann sicher die substanziellste Anpassung hat es im Abschnitt 4a, also im Bereich Personalcontrolling gegeben. Dort gibt es einen ganz neuen Abschnitt 4a. Dort unter Artikel 73a, ganz wichtig, das Reporting über die Zahlen, die diesbezüglich zusammengetragen werden, wie sie vorher erwähnt gewesen sind und wie es da auch noch unter Absatz 2 weiter ausgeführt wird. Mehrere Daten, unter anderem zur Entwicklung des Personalbestandes, der Personalstruktur, der Lohnstruktur und auch – darauf möchte ich besonders hinweisen - der Lohnmassnahmen und Einmalzulagen. Weil mit dieser Revision dieser Punkt aufgenommen wurde, sollte das nächste Traktandum, nämlich das Postulat 2020.24 «Transparenz bei Einmalzulagen» damit abgeschrieben werden, weil die Forderung daraus damit erfüllt ist.

Zuletzt noch einen Hinweis auf allfällige weitere Anpassungen infolge der Reorganisation der Volksschule. Da laufen noch einige Evaluationen. Uns war es ein wichtiges Anliegen, dass wir die Revision des Personalstatuts möglichst schnell abschliessen können, damit wir auch möglichst schnell bereit sind. Falls weitere Anpassungen, eben im Zusammenhang mit der Reorganisation der Schule, fällig wären, ist geplant, diese auf Beginn des neuen Schuljahrs in Kraft zu setzen, und dass man die vorher auch noch entsprechend behandeln könnte. Aber die sollen dann alle in einem Aufwasch aufgenommen werden und nicht jetzt als Stückwerk einzeln noch hineingenommen werden.

Gut, das wäre es von meiner Seite. In der Kommission ist es dann in der vorliegenden Form einstimmig angenommen worden.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, besten Dank. Dann würde ich wie gesagt übergehen zum Traktandum 12, Antrag und Bericht der Motion. Da bitte ich einfach alle, die etwas dazu sagen möchten, dass sie sich noch einmal kurz melden. Das Wort hat jetzt als erstes Urs Hofer (FDP).

**U. Hofer (FDP):** Zuerst einmal danke, Dominik, für die Vorstellung. Ich werde Deine Art vermissen, das weiss ich jetzt schon.

Wunschgemäss spreche ich jetzt nur zur Motion. Um was geht es den Motionären? Um Transparenz und nicht mehr und nicht weniger. Und vor diesem Hintergrund konnten wir auch den ziemlich enormen Widerstand nicht verstehen, der am Anfang dieser Motion von gewissen Kreisen entgegengeblasen worden ist.

Aber was ist passiert? Mit dem Bericht über das Personalcontrolling hat der Stadtrat in der Zwischenzeit die uns geforderte Transparenz geschaffen. Und zwar nicht nur über das Thema Einmalzulagen, sondern auch über andere interessante Personalkennzahlen. Dem bisherigen Personalcontrollingbericht attestieren wir von der FDP hohe Transparenz und auch hohe Qualität der Berichterstattung.

Was ist auch noch wichtig? Wichtig ist auch der Zeitpunkt der Berichterstattung. Idealerweise erscheint der Bericht ungefähr mit der Rechnung, wo er sachlogisch auch dazugehören würde. Wir verstehen aber, wenn es länger geht, dass das auch noch akzeptabel ist, denn eigentlich brauchen wir ihn spätestens vor dem nächsten Budget, damit wir auch diese Kennzahlen irgendwo in unserer Budget-Würdigung einfliessen lassen können.

Im Rahmen des Geschäfts, das Dominik gerade vorgestellt hat, Änderungen Personalstatut, haben wir von der FDP deshalb einen Antrag eingebracht, mit welchem der Weiterbestand

des Personalcontrollingberichts auch für die Zukunft gesichert ist. Das ist eben der neue Artikel 73a, der da rot eingblendet ist. Und es scheint so, es ist ja jetzt einstimmig durch zumindest die vorberatende Kommission, als wäre der Antrag mehrheitsfähig.

In dem Sinne kann folgendes festgestellt werden: Das Anliegen der Motionäre ist nach unserer Beurteilung mit dem Personalcontrollingbericht zu unserer Zufriedenheit umgesetzt. Der Weiterbestand eines solchen Berichts ist gesichert durch den Artikel 73a und von daher stimmen wir zu, die Motion als erledigt abzuschreiben. Besten Dank.

**U. Glättli (GLP):** «Mehr Transparenz ist das Credo der Grünliberalen!»

Wir freuen uns, dass sich der Stadtrat im Sinn der Motion bewegt hat. Das ist jetzt transparent. Er weist also die Zulagen neu nach Departementen aufgeschlüsselt aus. Der mit dem Globalbudget einhergehende Spielraum der Verwaltung bedarf der Rechtfertigung. Die jetzt verbesserte Transparenz dient der Kontroll- und Steuerungsmöglichkeit des Stadtparlaments beim Budget. Das ist zu begrüßen. In Zukunft dürfte erkennbar werden, welche Departemente vor allem von diesem Instrument regelmässig Gebrauch machen und welche nicht. So, war es das nun? Hat es sich damit erschöpft?

Da haben wir noch ein bisschen unsere Zweifel: Letztlich ist die Frage nämlich, was im Globalbudget mit erzielten Überschüssen passiert. Tragen solche Überschüsse zu einer verbesserten Jahresrechnung bei? Oder werden damit in der jeweiligen Produktgruppen Rücklagen gebildet? Wenn Rücklagen gebildet werden, werden im Folgenden solche Rücklagen für die Aufgabenerfüllung der Produktgruppen, also im öffentlichen Interesse, für die Sache eingesetzt? Oder eben an einzelne oder Gruppen von Angestellten ausgeschüttet?

Diese Fragen sind mit dem Bericht und Antrag noch nicht beantwortet. Das wären doch auch die politisch interessanten Punkte!

Es ist aber nicht an uns, hier weiterzudenken, wir schliessen das aber künftig auch nicht aus: Denken können und denken wollen ist bekanntlich nicht dasselbe!

So nimmt die GLP-Fraktion vom Bericht des Stadtrates kritisch Kenntnis und stimmt seinem Antrag zu.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Guten Abend miteinander. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion freuen uns, dass der Stadtrat unseren Wunsch nach Transparenz nachvollziehen kann und diesem Bedürfnis bei den Einmalzulagen jetzt jährlich im Rahmen vom Personalcontrolling nachkommt. Wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, wie das Urs gesagt hat, dass diese aufgeschlüsselt nach Departementen aufgeführt werden.

Und ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen, weil das Personalcontrolling versprochen worden ist, dass es rechtzeitig veröffentlicht wird und wir sind nicht traurig, wenn es dann früher kommt. Und weil man jetzt diesen Artikel im Personalstatut hat, kann man den Vorstoss abschreiben. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Bei diesem Thema muss man schon mal noch schnell die Grundlage kurz erklären. Zuständig für die Gewährung von Einmalzulagen ist die Anstellungsinstanz, das heisst die Regierung und nicht das Parlament, wobei sich natürlich der Stadtrat an das vom Parlament bewilligte Budget halten muss. Die Finanzierung von Einmalzulagen erfolgt häufig durch temporäre Vakanzen, das heisst, sie muss nicht separat im Budget eingestellt werden. Auch zulässig ist die Finanzierung aus der Produktgruppenrücklage. Die Motionäre haben gefordert, dass die Einmalzulagen in der Jahres- beziehungsweise Erfolgsrechnung ausgewiesen wird. Das wollte der Stadtrat nicht so. Wir haben uns jetzt in der AK darauf geeinigt, dass man das Personalstatut entsprechend anpasst, so wie wir das vorne sehen und dass wir die geforderten Informationen via Personalcontrollingbericht jedes Jahr erfahren.

Insofern kann man dem Antrag des Stadtrats zum Geschäft 2020.24 zustimmen.

**U. Hofer (FDP):** Ja, wirklich nur kurz: Ich kann zwar dem Votum von Urs Glättli weitgehend zustimmen, möchte aber in einem Punkt doch noch etwas in Erinnerung rufen. Vielleicht ist er nicht da gewesen, dass er nicht mehr daran gedacht hat. Seine visionären Gedanken zum

Thema Produktgruppenreserven haben wir relativ intensiv behandelt und diskutiert im Rahmen der Finanzhaushaltsverordnung. Also, seine visionären Gedanken sind jetzt genau etwa zwei Monate zu spät. Dort haben wir das diskutiert und uns für das entschieden, so wie es jetzt ist. Besten Dank.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich möchte mich bei Dominik Siegmann bedanken für die Vorstellung, vor allem der Differenzen, die es gegeben hat aus den Diskussionen heraus, von diesen neuen Anträgen oder Antragsabänderungen. Wir waren immer einbezogen, konnten mitdiskutieren und am Schluss sagen wir, wir sehen nicht überall ein, dass es nötig ist, aber wir können auch damit leben. Und von daher ist das gut für uns.

Bei den Einmalzulagen hat mich das Votum von Urs Glättli auch überrascht, weil es sind Sachen, wie es Urs Hofer gesagt hat, die wir - noch nicht so lange her - diskutiert haben. Und deshalb lasse ich das mal so stehen. Ich glaube, wir sind transparent im Stadtrat. Es hat halt häufig auch technische Hintergründe, wenn wir sagen, es geht das oder jenes nicht auf den und den Zeitpunkt. Aber da haben wir jetzt eine Norm, die uns verpflichtet, wirklich die Fristen einzuhalten. Und das werden wir auch machen und sind froh, dass wir das nicht über die Jahresrechnung machen müssen, sondern über das Personalcontrolling. Von daher besten Dank.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank, dann würden wir jetzt zur Abstimmung gehen. Auch da machen wir es jetzt natürlich getrennt. Zuerst kommt die Änderung vom Personalstatut, das Geschäft 2021.104, und dann kommt noch die Motion, das Geschäft 2020.24.

Bei der Änderung des Personalstatuts, beim Geschäft 2021.104, dort würde ich über Ziffer 1 auch wieder in globo abstimmen mit allen Anträgen von der Aufsichtskommission, die auf dem Kommissionsbeschlussblatt aufgeführt sind. Das auch im Zusammenhang, weil sie ja in der Aufsichtskommission einstimmig angenommen worden sind.

Wer der Ziffer 1 mit diesen Änderungsanträgen zustimmen möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Dann habt Ihr dem einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2: Wer dieser zustimmen möchte (da geht es um die Inkraftsetzung), soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es da Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Auch das ist einstimmig angenommen worden.

Dann gehen wir zur Motion, Geschäft 2020.24.

Wer dort dem Antrag des Stadtrats zustimmen möchte, dass man das im zustimmenden Sinn zur Kenntnis nimmt und die Motion als erledigt abschreibt, soll das ebenfalls bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Dann ist die Motion ebenfalls einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen worden und als erledigt abgeschrieben.

## 13. Traktandum

### Parl.-Nr. 2022.3: Legislaturbericht 2018 – 2022

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Legislaturbericht 2018 – 2022. Da hat das Wort der Kommissionsreferent Felix Helg.

**F. Helg (AK):** Alle 4 Jahre, zum Ende der Amtsdauer, zieht der Stadtrat Bilanz zu seiner politischen Arbeit. Der Stadtrat gibt sich dann selbst Noten, zwar nicht im Bericht, aber immerhin an der Medienorientierung, so hat er das kommuniziert, soll es die Note 5 sein, auf die sich der Stadtrat geeinigt hat. Das Stadtparlament kann das jetzt kritisch würdigen und das machen wir jetzt auch, heute Abend. Was mich jetzt aber ein bisschen irritiert ist, wenn ich da in Richtung Stadtrat schaue, wie dünn besetzt die Regierungsbank heute Abend ist, obwohl an der Medienmitteilung der Stadtrat mit grossem Aufwand das mit 7 Mitgliedern erklärt hat. Heute im Parlament ist es nicht einmal die Mehrheit des Stadtrats. Das ist vielleicht doch auch ein bisschen erklärungsbedürftig.

Anders als bei anderen Geschäften kann ich da nicht eine Kommissionsmeinung äussern, weil naturgemäss die Würdigung je nach Fraktion anders ausfällt. Ich kann aber einleitend etwas zum Prozess sagen, während im Anschluss die Fraktionsvertretungen inhaltlich Stellung nehmen werden.

Ausgangspunkt ist das Legislaturprogramm des Stadtrats für die Jahre 2018 - 22. Das Stadtparlament hat davon am 19. Januar 2019 Kenntnis genommen. Das Legislaturprogramm setzt sich wie folgt zusammen: Es gibt ein Querschnittsthema, die Digitalisierung; 7 übergeordnete strategische Handlungsfelder; 7 Langfristziele, je eines pro strategisches Handlungsfeld; 23 Schwerpunkte und 74 Massnahmen.

Quantitativ erachtet der Stadtrat 58 von diesen 74 Massnahmen als bereits umgesetzt oder als im Jahr 2022 umgesetzt. 10 Massnahmen sind angefangen oder der Abschluss wird für das Jahr 2023 oder 2024 erwartet und 6 Massnahmen sind sistiert.

In der Aufsichtskommission hatten wir eine kurze Diskussion und sie hat den Bericht entsprechend zur Kenntnis genommen. Verschiedentlich hat sich der Schluss heraushören lassen, dass der Stadtrat zu wenig selbstkritisch gewesen sei. Auch der Wert einer Legislaturplanung insgesamt und die anschliessende Bewertung durch den Stadtrat hat man in der AK teilweise kritisch beurteilt.

Interessant ist vielleicht noch der Prozess im Stadtrat. So ist uns berichtet worden, dass der Gesamtstadtrat sich periodisch über die ganze Legislatur hinweg über den Zwischenstand von den Massnahmen informieren lässt. Bis Ende November des letzten Jahres haben die einzelnen Departemente die Bilanz der verfolgten Projekte zu Papier bringen müssen und die Stadtkanzlei hat in der Folge die Rückmeldungen sortiert und zu einem Gesamtfazit verdichtet. Zum Schluss hat der Gesamtstadtrat den finalen Bericht beraten und am 12. Januar 2022 zuhänden des Stadtparlaments verabschiedet.

Als Kommissionsreferent danke ich dem Stadtrat für die Berichterstattung, die auch gut elektronisch durch Links auf die entsprechenden Umsetzungsdokumente erschlossen ist. Welche Noten seitens von den Fraktionen verteilt werden, wird uns jetzt die Diskussion zeigen.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank. Dann hat das Wort Daniel Oswald (SVP).

**D. Oswald (SVP):** Vieles hat Felix Helg schon gesagt, ich möchte mich da kurz halten. Wir von der SVP-Fraktion danken dem Stadtrat für die Zustellung und den Bericht zu den Legislaturzielen. Formal ist der Bericht aus unserer Sicht sehr gut aufgebaut und grundsätzlich sind die Informationen in einer für unser Parlament dienlichen, verdichteten Form dargestellt. Inhaltlich fällt unsere Beurteilung ein bisschen anders aus. Die Ausführungen zu den Zielen listen in vielen Fällen, halt ganz auf der Linie vom Zeitgeist, die durchgeführten Aktivitäten auf. Die effektive Wirkung im Ziel wird oftmals dem Auge des Betrachters überlassen. Positiv möchten wir aber auch erwähnen, dass der Stadtrat auch den Mut hatte, das eine oder andere zu sistieren.

Gerne nutzen wir von der SVP-Fraktion die Gelegenheit, da dem Stadtrat unsere Erwartungen für das nächste Legislaturprogramm mitzuteilen. Es sind nur 2 Punkte.

Zum ersten erwarten wir, dass das nächste Legislaturprogramm messbare Ziele beinhaltet, damit man auch zum Ende der Legislatur eine objektive Bewertung vornehmen kann. Und zum zweiten sollten auch die wirklichen Kernaufgaben der Stadtverwaltung, wie zum Beispiel

Sicherheit in verschiedener Hinsicht, mehr Gewicht bekommen und weniger Themen wie schöner Wohnen. Besten Dank.

**R. Keller (SP):** Wie wir es gehört haben, hat der Stadtrat dem Parlament den Bericht zur Legislaturperiode 2018 - 2022 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die SP-Fraktion hat den Bericht aufmerksam und mit Interesse gelesen und wir nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Ganz unabhängig vom Bericht sind wir der Meinung, dass der Stadtrat und mit ihm die Verwaltung und die Angestellten der Verwaltung in den vergangenen Berichtsjahren einen guten Job gemacht haben, der eine Würdigung von unserer Seite verdient.

Schaut man ein bisschen auf die einzelnen Ziele bei den Schwerpunkten, gibt es aus unserer Sicht ein paar ziemlich erfreuliche Entwicklungen und Sachen, die man umgesetzt hat. Zu erwähnen sind zum Beispiel die 54 Klimaschutzmassnahmen, die Neuorganisation der Schulbehörden, Investitionen in die Veloinfrastruktur, die intensivere Betreuung der Sozialhilfebeziehenden oder die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Kulturförderung, die ja jetzt gerade auch zu uns gekommen ist.

Daneben gibt es aber auch ein paar Punkte, wo wir die Zielerreichung ein bisschen kritischer als der Stadtrat sehen. Insbesondere betrifft das Punkte, bei denen man in der vergangenen Legislatur vor allem Konzeptgrundlagen und Leitsätze erarbeitet hat. Das sind Worte, die ziemlich häufig im Bericht vorkommen. Natürlich braucht es theoretische oder Hintergrundüberlegungen, aber ein Ziel ist aus unserer Sicht erst dann erreicht, wenn man die beschriebenen Konzepte und Massnahmen auch tatsächlich umgesetzt hat.

Und da komme ich zu einem Punkt, der ein bisschen übergeordnet ist. Ich habe das eigentlich schon 2018 bei meinem Statement zu den Legislaturschwerpunkten 2014 - 2018 erwähnt, es ist mir nicht wirklich ganz 100 Prozent klar, worum es eigentlich in diesem Legislaturbericht wirklich geht. Geht es darum, zu zeigen, was man für die Stadt erreicht hat oder geht es darum, was der Stadtrat gemacht hat? Ich bin klar der Meinung, dass es in diesem Bericht nicht darum gehen kann, dass der Stadtrat wie ein Primarschüler oder eine Primarschülerin eine Selbsteinschätzung vornimmt der eigenen Leistungen, um vom Parlament oder von der Öffentlichkeit eine gute Zeugnisnote zu bekommen. Felix Helg hat dieses Wort auch schon gebraucht.

Für mich wirken die beschriebenen Themen etwas kunterbunt, sie springen von Beschreibungen von sehr kleinen Massnahmen wie dem Gemeindefest zu sehr grossen Vorhaben wie dem Projekt Winterthur 2040. Irgendeine Priorisierung ist überhaupt nicht erkennbar. Und weil die übergeordneten Ziele im Bericht auch nicht aufgeführt sind, ist eine Einordnung oder eine Gewichtung der Beiträge, die man da erreicht hat, zur strategischen Zielerreichung für mich eigentlich nicht möglich.

Ich bitte deshalb den Stadtrat, für den Legislaturbericht 2022 - 2026 grundsätzlich zu überdenken, wie die beiden Zielgruppen, nämlich die Öffentlichkeit, also die Winterthurerinnen und Winterthurer, die angesprochen sind im Bericht, und das Parlament, angemessen über die Zielerreichung informiert werden oder wie ihnen das angemessen gezeigt werden kann. Für unsere Zielgruppe Parlament erwarte ich einen differenzierten, kritischen Bericht des Stadtrats mit dem Fokus, was für die Stadt Winterthur erreicht worden ist. Und dabei ist der Fokus meiner Meinung nach auf den Stand der Erreichung der zentralen strategischen Zielsetzungen zu richten und es sollten auch nach wie vor offene Problemfelder dargelegt werden.

Nichtsdestotrotz: Herzlichen Dank für den Bericht und wie gesagt nehmen wir ihn zustimmend zur Kenntnis.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Man könnte fast meinen, der Stadtrat sei an diese Auswertung herangetreten mit der Prämisse, dass ein gutes Resultat herauskommen muss. Und so ist es dann auch gut gekommen: Der Stadtrat ist zufrieden mit der Zielerreichung. Das Legislaturprogramm hat sich vor 4 Jahren sehr schlank präsentiert. Es hat aus Titel, Merksätzen und Stichwort bestanden. Interessant am Legislaturbericht ist darum, dass wir jetzt erst eine Interpretation vom Stadtrat zu seinen eigenen Zielen haben, mit Texten dazu.

Ein paar Massnahmen waren damals äusserst schwammig, zum Beispiel «KB 2.7 Einsatz interaktiver Kulturvermittlungsangebote». Dem Text im Legislaturbericht ist jetzt zu entnehmen, dass eine Auswertung gemacht worden ist. Und diese Erkenntnisse helfen bei der Weiterentwicklung. Das tönt für mich nicht nach «Einsatz interaktiver Angebote». Warum diese Massnahme als umgesetzt abgebucht worden ist, erschliesst sich mir nicht. Nicht, dass es unbedingt schlimm ist, wenn da keine Umsetzung erfolgt ist oder nur eine sehr bescheidene, aber eben, die Grundlage für die Zufriedenheit des Stadtrats ist an ein paar Stellen ein bisschen dünn.

Wir haben kein Problem damit, dass gewisse Massnahmen sistiert werden mussten. Es ist ehrlich zu sagen, für das reicht das Geld oder die Kraft nicht. Wir hätten es gerne gemacht, aber wir müssen zurückstecken. Das gehört zum Prioritäten setzen, auch während der Legislatur, insbesondere und gerade während der Pandemie. Ein bisschen mehr Probleme haben wir, wenn das Erstellen von Konzepten, Auswertungen und das Schreiben von Plänen an sich als Erfolg oder Ziel angeschaut wird: Taten statt Worte. Sie wissen schon: Konzepte sind nur ein Mittel zum Zweck. Ein Konzept schreiben darf nicht 4 Jahre in Anspruch nehmen. Insgesamt finden wir aber, dass der Stadtrat einiges zum Wohl und zur Entwicklung unserer Stadt anpacken konnte.

Und dann gibt es die Hits, die nie in einem Legislaturbericht erscheinen, und die ich doch noch lobend erwähnen möchte im Zusammenhang mit der Stadtratslegislaturauswertung. Meine syrische Flüchtlingsfreundin, die von der Stadt so gut begleitet wird, dass es im Moment so aussieht, dass sie im Sommer eine richtige Lehre anfangen kann. Oder dass eine städtische Stelle als im Jobsharing ausübbar ausgeschrieben worden ist. Oder dass der Schulweg bei uns in Hegi sicherer geworden ist mit Trottoirs, die über die unübersichtlichen Querstrassen führen. Da können wir sehen: Winterthur bewegt sich und ist eine gute Stadt zum Leben. Dafür danken wir dem Stadtrat sehr herzlich.

Es geht heute nicht um eine Würdigung, ob wir die Ziele des Stadtrats von 2018 sinnvoll fanden. Das haben wir damals gemacht. Trotzdem können wir dem alten Stadtrat, der auch der neue sein wird - wir gratulieren - etwas mit auf den Weg geben für die Legislaturziele 2022 – 2026: Die Klimaneutralität war nur am Rand Thema im letzten Legislaturprogramm. Das Parlament musste in diesem Bereich schubsen, damit etwas gegangen ist. Wir sind zuversichtlich, dass das Thema dominant sein wird im nächsten Legislaturprogramm. Und zwar nicht mit Konzepten, sondern mit Umsetzungszielen.

Wir nehmen den Legislaturbericht positiv zur Kenntnis und danken dem Stadtrat.

**S. Kocher (GLP):** Zuerst danke, Felix, für die einleitenden Worte aus der Kommissionssicht. Grundsätzlich ist es eine gute Sache, wenn sich der Stadtrat zu übergeordneten, nicht zwingend nur operativen, sondern auch zu strategischen Zielen Gedanken macht und sein Handeln, Lenken und Denken daran orientiert. Dann können aus einem solchen Prozess Legislaturziele für die nächsten 4 Jahre entstehen. Dass diese mit den einzelnen Verantwortungsbereichen geteilt und eventuell sogar vereinbart werden, ist sicherlich auch zu begrüßen. Wenn man dann aber feststellt, dass die Ziele mehr Orientierungspunkte und keine so richtig verbindliche Vorgaben sind, dann fragt man sich schon ein bisschen, warum der Stadtrat daraus so ein relativ grosses Brimborium gemacht hat, wie er das eben gerade jetzt im Vorfeld der Wahlen gemacht hat. Entweder sind das Ziele, an denen man gemessen werden will; Ziele, für die es ein regelmässiges Controlling gibt; Ziele, für die laufend korrektive Massnahmen besprochen und ergriffen werden; Ziele, die realistisch, zweckgebunden, erfüllbar und terminiert sind. Und die vor allem nicht von sich selbst beurteilt werden.

Oder es ist ein Instrument, um - wie in diesem Fall abgeleitet werden kann - eventuell halt etwas Werbung in eigener Sache zu betreiben. Dass es eher das Zweite sein könnte, zeigt auch ein bisschen die Tatsache, dass der Stadtrat sich die - wohl nicht ganz so ernst gemeinte - Note 5 gegeben hat. Bei 44 umgesetzten Massnahmen von ursprünglich 74 gesteckten Zielen entspricht das lediglich einem Erfüllungsgrad von 60 Prozent. Also nach unserer Notenskala entspricht das nicht einem 5er, da sprechen wir eher von noch knapp genügend. Zudem sollen ganze 20 Massnahmen erst in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden und weitere 4 irgendwann später. Die 24 Massnahmen entsprechen ja dann schon mehr als

der Hälfte der effektiv umgesetzten Ziele aus den letzten 4 Jahren für die neue Legislatur. Gute Voraussetzungen, damit die Note 5 vielleicht dann effektiv erreicht werden kann. Und mit dem beschlossenen Massnahmenplan Netto Null 2040 kommen noch weitere verbindliche Ziele dazu und dort strebt man hoffentlich sogar die Note 6 an.

Es ist aber sehr schade, dass das Instrument der Legislaturziele am Ende etwas seine Wirkung verpasst und seine Absichten fraglich erscheinen lässt.

Wie eingangs erwähnt, ist es doch grundsätzlich wirklich eine gute Sache. Vielleicht wäre es besser, dass man sich weniger Ziele setzt, diese dann aber konsequent verfolgt. Dann wäre eine Beurteilung am Ende von der Legislatur auch inhaltlich besser greifbar. Die Ziele sollen nicht Wunsch, sondern feste Absichten sein, und sind definitiv keine spontanen, zufälligen Ideen, sondern konkret zu anzustreben. Wenn man sich gerade die einzelnen Handlungsfelder, wo die Ziele eingeteilt sind, anschaut, so darf dem Instrument definitiv mehr Verbindlichkeit zugesprochen werden. Diese Chance ist jetzt da, die neue Legislatur fängt bald an. Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Der Bericht ist 55 Seiten lang und er berichtet über 74 Massnahmen. Die Fraktion Grüne/AL ist mit dem Bericht grundsätzlich einverstanden, das mag bei dieser Regierungszusammensetzung auch nicht ganz erstaunen. Und genauso erstaunt es auch nicht, dass andere zu einer anderen Beurteilung kommen.

Positiv aufgefallen sind mir zum Beispiel: Die Ermöglichung von kulturellen Zwischennutzungen in den städtischen Liegenschaften, die Reorganisation der Schulbehörden, die Erwirkung einer fairen Verteilung der Sozillasten im Kanton Zürich, die durchgeführte Schwachstellenanalyse Fuss- und Veloverkehr und auch die entstandenen weiteren Veloparkplätze, aber auch die endlich vorhandene gesetzliche Grundlage für die Unterstützung von wiederkehrenden Anlässen wie Dorfeten und Fasnacht. Die Liste geht sicherlich noch ziemlich weit weiter, aber es gibt auch Punkte, wo wir natürlich nicht so begeistert sind und die müssen wir am heutigen Abend auch erwähnen.

Bei den Quartierwärmeverbänden sind wir noch nicht dort, wo wir sein sollten. Der Stadtrat ist nicht bereit, so vorwärtszumachen, wie es nötig ist. Dieses heisse Eisen packt er unserer Ansicht nach nicht mit der genügenden Energie an. Die Bevölkerung will wissen, wo die Stadt Quartierwärmeverbände plant und zu welchen Konditionen man sich dort anschliessen kann oder ob jede und jeder selbst, wo es eben überhaupt möglich ist, eine Erdsonde bohren soll. Das ist mir aus zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen klar hervorgegangen und es sind nicht nur grün denkende Leute gewesen, die endlich mehr wissen wollten diesbezüglich.

Dann ist es sicherlich auch so, dass in Sachen Verkehrsberuhigung auf der Stadthausstrasse nicht alles so rund gelaufen ist, wie es hätte sollen. Sicherlich sind 1000 Bäume und mobiles Grün gut, aber das reicht unserer Ansicht einfach noch nicht. Wir brauchen eine umfassende Biodiversitätsstrategie. Sicherlich dürfte auch bekannt sein, dass wir mit der Art und Weise, wie dort beim Bahnhof Bäume abgehackt worden sind beziehungsweise eben nicht ersetzt worden sind, nicht nur zufrieden gewesen sind. Selbstverständlich, ich weiss, es hat dort Schwierigkeiten gegeben. Und dann, was man auch noch in dieser Liste erwähnen muss, ist: Die Parkplatzbewirtschaftung ist natürlich auch noch nicht dort, wo sie sein sollte.

Grundsätzlich - und da muss ich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern Recht geben - sind bei sehr vielen Massnahmen die planerischen Ziele erreicht. Aber jetzt geht es um die Umsetzung - und dann urteilen wir dann. Verständnis haben wir dafür, dass die Stadt Winterthur in Sachen Velokomfortrouten, auch bekannt unter dem Namen Veloschnellrouten oder Velobahnen, noch nicht am Ziel ist. Da gibt es leider noch sehr viele Details, die man klären muss, bis wir endlich auf diesen Velokomfortrouten fahren können.

Der Bericht ist der Bericht des Stadtrats und es dünkt mich nichts anderes als normal, dass er seine Arbeit als positiv beurteilt. Auch wenn ich jetzt relativ viel kritisiert habe, möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir grundsätzlich mit der Arbeit des Stadtrats und auch mit dem Bericht zufrieden sind. Besten Dank.

**U. Hofer (FDP):** Im Rahmen einer Fraktionserklärung habe ich schon einmal an der letzten Stadtparlamentssitzung Stellung genommen zu diesem Legislaturbericht, das durchaus äusserst kritisch und mit einer viel tieferen Note als einer 5.

Ich kann es darum auch relativ kurz machen, ich beschränke mich darauf, mein wichtigstes Anliegen noch einmal zu platzieren und das mache ich, teilweise bei mir üblich, mit dem Vergleich zur Fliegerei. Auch vor einem Flug werden ein oder mehrere Ziele definiert und nach jedem Flug gibt es ein Selbstdebriefing. Soweit etwas ähnlich, aber dort läuft es immer nach dem gleichen Schema: Sind die Ziele erreicht worden? 2 positive Punkte, nicht mehr. Die Identifikation der Hauptfehler: 2 weitere negative Punkte. Eine Lesson learned, die man mitnehmen möchte für den nächsten Flug um es dort besser zu machen. Dass wir uns in der Fliegerei nicht einfach immer nur ermunternd auf die Schulter klopfen und sagen, Du bist ein Supertyp, machen wir nicht aus Freude an der Selbstkritik, sondern weil man nur so eine echte Lernkultur erreicht und sich so von Flug zu Flug, von Projekt zu Projekt im Idealfall immer leicht verbessern kann. Eine ähnliche Grundphilosophie würde ich auch vom Stadtrat erwarten, und zwar egal, in welcher Zusammensetzung, wenn er auf immerhin 57 Seiten Papier Rechenschaft ablegt über seine Leistungen und Taten der letzten 4 Jahre.

Wer im Bericht nach ehrlicher Selbstkritik oder nach Erkenntnissen sucht, was man in den nächsten 4 Jahren besser machen kann, sucht vergebens. Es ist und bleibt eine schlichte Auflistung von Sachen, die man umgesetzt hat. Und da muss man auch noch ergänzen: Für das Kriterium «umgesetzt» oder «in Umsetzung» genügt ganz offensichtlich ein minimaler Standard, der auch nicht immer ganz ehrlich war. Ein solcher Bericht, ohne daraus irgendwelche Lehren oder Kenntnisse für die Zukunft gewinnen zu wollen, nützt eigentlich niemandem etwas, ist etwas Zeitverschwendung für alle, die ihn erstellt haben und auch für uns Parlamentarier, die wir das wortreich mit ganz anderen Aspekten zur Kenntnis nehmen müssen. Darum noch einmal mein Appell: Macht doch aus dieser Übung etwas, das den Aufwand wert ist. Das ist nur möglich, wenn der Legislaturbericht einem Ziel dient, das mehr ist als Marketing für den Stadtrat kurz vor der Wiederwahl.

Wie wichtig der Bericht dem Gesamtstadtrat auch intern ist, zeigt sich auch an der Präsenz, wie Felix richtig bemerkt hat. In dem Sinn danken auch wir für den Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis. Wir können ja gar nicht anders.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Wer vor 4 Jahren auch schon hier im Rat gesessen ist, erinnert sich vielleicht noch an unser ausführliches und differenziertes Votum zu den Legislaturzielen. Heute halten wir uns kürzer. Erstens geht es nicht darum, die einzelnen Ziele und Massnahmen zu bewerten, höchstens deren Erreichung - und das ersparen wir Euch. Und zweitens, wie Felix und Urs festgehalten haben, erstaunt auch uns sehr, dass sich die Mehrheit des Stadtrats nicht für unser Feedback zu seiner Arbeit der letzten 4 Jahre interessiert.

Zum Legislaturziel und Bericht: Die Grundkritik von uns, von der Mitte/EDU-Fraktion bleibt gleich: Der Prozess stimmt nicht. Das Parlament wird nur informiert und hat kein Mitspracherecht bei der Festlegung der Legislaturziele. Wenn es dann aber um die Umsetzung beziehungsweise die Erreichung der Ziele geht, sollen wir als Parlament dann den Massnahmen und den Krediten zustimmen. Und wenn wir es nicht machen, macht sich Enttäuschung bereit. Lieber Stadtrat, solange der Prozess nicht angepasst wird, müsst Ihr mit den von uns oder vom Volk getroffenen Entscheiden leben.

Zum Bericht kann ich mich kurz halten: So wie sich der Stadtrat seine Ziele und Massnahmen setzt, so beurteilt er auch deren Erreichung. Wir als Parlament und auch wir als Fraktion EDU/Mitte nehmen es einfach zur Kenntnis und legen es ad acta.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich bedanke mich herzlich für die Würdigung von unserem Legislaturbericht. Wenn es auch kritische Töne drin hat, und da hat Urs Hofer Recht, das bringt einen auch weiter, wenn man etwas hört, was nicht so gut war.

Zur Vorstellung von Felix Helg: Danke vielmals für die einleitenden Worte. Es ist immerhin so, dass zwei gewichtige Stadträte heute Abend hier sind - und Katrin Cometta. Also zwei «gewichtige», genau. Also wir sind nicht niemand.

Dann möchte ich den grössten Druck etwas wegnehmen, wenn ich Euch sage, wie das gelaufen ist mit den Noten. Das mit den Noten war kein formeller Stadtratsbeschluss. Sondern das mit den Noten ist so gegangen, dass wir, hier in der AXA-Arena, dort oben, zusammengestanden sind und dann ist eine Medienvertreterin auf uns zugekommen und sagte: Was würdet Ihr Euch jetzt für eine Note geben? Dann habe ich gesagt: Einen 5er. Aber es war nicht Wissenschaft, sondern ich denke, für uns ist es gut gewesen. Wir waren stolz, was wir präsentieren konnten, was wir da alles machen konnten. Und dann hat einer nach dem anderen gesagt, ein 5er sei schon richtig. Also, ich will vielleicht den Druck etwas wegnehmen von dem 5er, der da in den Medien war. Und das kann ich auch nachvollziehen, Notengebung ist letztendlich etwas sehr Subjektives. Und wir sind uns bewusst, dass es sehr viele Konzepte drin hat, sehr viele Grundlagenarbeit. Das haben wir selbst auch gesehen. Und wir sind gewillt, in der nächsten Legislatur mehr Sachen festzulegen, die man auf den Boden bringen muss. Dass man bei strategischen Zielsetzungen messbare Ziele hat, ist nicht immer möglich. Aber wir werden das sicher beherzigen, dass die Würdigung oder die Messbarkeit am Schluss dann wirklich einfacher wird.

Und ich glaube, es ist schon so: Es ist die Frage aufgetaucht, was denn die Legislaturplanung soll. Letztendlich haben wir in der Stadt begrenzte Ressourcen Und es geht darum, sich im Stadtrat zusammenzuraufen: Was sollen die Schwerpunkte sein in den nächsten 4 Jahren? Und wenn man das miteinander diskutiert in einem langen Prozess, das sind nicht immer einfache Diskussionen, sondern da diskutiert man, es fällt wieder etwas weg, dann kommt wieder etwas dazu. Am Schluss ist es ein Kompromiss, bei dem alle Stadträte sagen können: Okay, also hinter dem Gesamtwerk können wir wirklich stehen.

Was ich persönlich denke, ist, dass die 74 Massnahmen zu viel sind. Da müssen wir weniger machen, weniger ist mehr - und das dafür ganz gezielt zu verfolgen. Wir haben gesagt, 44 vollständig umgesetzt. 19 werden in diesem Jahr noch - allenfalls im nächsten - umgesetzt. Das sind dann 63. Also da kann dann Samuel Kocher gleich noch einmal seine Prozentzahl überarbeiten. Ich sehe es ein bisschen anders. Wir waren ein wenig erfolgreicher.

Wie gesagt, die Legislatorschwerpunkte sind wichtig, weil wir begrenzte Ressourcen haben. Und es gibt für uns die Möglichkeit, eben die Schwerpunkte festzulegen. Es ist ja nicht so, dass wir alles voraussehen können. Wir haben die 74 Massnahmen geplant, als wir noch nichts von einer Pandemie gewusst haben. Die ist dann noch dazugekommen. Das heisst, wir haben dann unter erschwerten Bedingungen und ganz viele Arbeit, die wir sonst noch machen mussten, die nicht geplant war, immerhin einen Grossteil von diesen 74 Massnahmen umsetzen können. Und ich finde das eine starke Leistung, dass man vor dem Hintergrund einer Pandemie seine Legislatorschwerpunkte grosso modo durchziehen konnte.

Dann der mit der Zielerreichung: Auch das verstehe ich. Wir waren der Meinung, wenn wir sagen, wir machen ein Konzept und wir haben nachher eines, dann haben wir das Ziel erreicht. Aber wir haben damit noch nicht das Ziel erreicht, dass wir es umsetzen und auf den Boden bringen. Und wie gesagt, das wird sicher ein grosses Thema sein, das wir in der nächsten Legislatur werden beachten müssen - aber auch wollen. Wir machen das nicht einfach für die Öffentlichkeit, um das noch einmal zu betonen. Wir müssen schauen, dass wir die knappen Ressourcen, die wir haben, richtig einsetzen können. Und das machen wir nicht für die Öffentlichkeit. Das machen wir vor allem für die Stadtverwaltung, für das Parlament, dass man sieht, in welche Richtung es in etwa geht.

Und wir bekommen ja immer wieder diese Fragestellungen, auch in den früheren Jahren: Wir können Legislatorschwerpunkte bringen, wie wir wollen - den einen gefällt dieser Teil und den anderen gefällt der andere Teil. Das ist halt so und deshalb bringen wir es auch nur zur Kenntnis, Ihr müsst nicht darüber befinden, ob das richtig oder falsch ist. Sondern Ihr nehmt zur Kenntnis, dass wir das so zusammengestellt haben, mit diesen unterschiedlichen Brillen, die wir haben in diesem Stadtrat.

Ich habe mir auch materiell ein paar Sachen aufgeschrieben, die Euch bewegt haben. Ich gehe jetzt nicht tiefer auf das ein, aber ich glaube, das sind sicher auch Themen, die wir in der Zukunft beachten werden.

Ja, wir werden das sicher beherzigen. Wir drei werden das den anderen vier mitteilen, was die Rückmeldungen waren. Nochmals: Ich finde es wichtig, dass es Rückmeldungen gibt. Ich

finde es wichtig, dass ich von den Fraktionen höre, was sie zu diesen Schwerpunkten meinen. Sonst, wenn das nicht der Fall wäre, dann könnten wir die Legislatorschwerpunkte dann bald einmal verlassen. Aber ich finde es ein gutes Instrument und wir werden sicher an dem festhalten. Mit diesen Änderungen, die ich gesagt habe. Danke vielmals.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank. Da mir da kein Antrag, also kein expliziter Antrag, auf negative Kenntnisnahme vorliegt, müssen wir auch nicht darüber abstimmen. Ihr habt den Bericht im positiven Sinn oder zumindest zur Kenntnis genommen.

## 14. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2022.8: Begründung der Motion F. Künzler (SP) betr. Abschaffung des Mengenrabatts beim Gaspreis**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Das Traktandum 14 ist ja abgesetzt.

## 15. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2022.7: Begründung des Postulats M. Bänninger (EVP), A. Büeler (Grünen/AL), S. Kocher (GLP) und G. Stritt (SP) betr. Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für Private Grundstücke**

---

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Begründung des Postulats betreffend Gartenstadt Winterthur - 1000 Bäume für Winterthur - auch für private Grundstücke. Das Wort hat der Ersteinreicher, Michael Bänninger.

**M. Bänninger (EVP):** Stadtgrün leistet mit der im letzten Jahr lancierten Aktion «1000 Bäume für Winterthur» einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität und zum Raumklima in unserem Stadtraum.

Bisher konnten aber gerade mal 208 der 1000 bis in das Jahr 2023 geplanten neuen Bäume auf städtischem Grund gepflanzt werden (Stand Januar 2022).

Die grosse Herausforderung scheint, genügend geeignete Standorte zu finden. Viele städtische, urbane Flächen, die eine zusätzliche Begrünung brauchen könnten, sind durch ein dichtes Netz an unterirdischen Leitungen nicht für die Bepflanzung mit Bäumen geeignet. Bevor wir also mit diesem Programm «1000 Bäume für Winterthur» anfangen, den Winterthurer Wald aufzuforsten, wollen wir als EVP - zusammen mit den Mitpostulierenden - die Idee anstossen, mindestens 200 Bäume an private Haushalte oder private Liegenschaftsverwaltungen zu verschenken, die sie dann auf ihrem privaten Grundstück in Winterthur pflanzen können.

Als Gartenstadt haben wir ein sehr grosses Potential an privaten Grünflächen, die sich sicher sehr gut eignen, einen positiven Input für die Biodiversität und für das zukünftige Raumklima in Winterthur zu setzen.

Wir stellen uns das konkret folgendermassen vor: Die Stadt stellt den Baum (eine klimaresistente Sorte) und eine Pflanzanleitung zur Verfügung. Gepflanzt und gepflegt wird der Baum dann von Privaten oder Liegenschaftsverwaltungen auf privatem Winterthurer Boden (für das, geschätzte bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, braucht es kein Controlling). Die Stadt bewirbt die Aktion, um alle Interessierten ansprechen zu können.

Die Kosten für die Bewerbung der Aktion kann die Stadt sicher damit kompensieren, dass die Stadt für diese Bäume keine eigenen Pflanz- und Folgekosten tragen muss.

Es können durchaus auch junge Bäume sein, solche Jungbäume, wie wir sie vom Parlament her beim letztjährigen Forstrundgang selbst pflanzen durften.

Vielleicht lässt sich durch den kostengünstigeren Preis von Jungbäumen die Anzahl noch erhöhen.

Was die vorhergehende Motion «Ergänzende Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen» auf reglementarischer Ebene angeht, ist dieses Postulat ein erster konkreter Umsetzungsschritt in Richtung mehr Bäume in Winterthur auch auf privaten Flächen.

Vielleicht gibt es ja ein paar unterstützende Stimmen von den bürgerlichen Parteien, die gerade im Votum zur Motion BZO im Grundsatz die Steigerung von hochwertigen Grünflächen begrüsst hatten und für freiwillige Zugänge und Empfehlungen zu haben wären.

Ich danke herzlich für die Überweisung des Postulates.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank. Da gibt es einen Ablehnungsantrag von der Mitte, Andreas Geering.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Ich stelle heute im Namen von der Mitte/EDU-Fraktion den Ablehnungsantrag zu dieser Postulatsüberweisung.

Mit Geschenken ist es in Winterthur nicht ganz einfach. Ein Geschenk machen - wer schon Geschenke gemacht hat, weiss, dass man das nicht immer trifft. Vor allem wenn ein Geschenk ein Baum ist. Das haben wir als Mitte (damals als CVP) im Jahr 2018 am eigenen Leib erfahren. Als wir dieser Stadt einen Baum geschenkt haben, sind wir auch aus Kreisen in diesem Parlament dafür gescholten worden. Diesmal soll das Geschenk in die andere Richtung laufen. Die Stadt soll an private Liegenschaftsbesitzer mindestens 200 Bäume verschenken. Die Baumpflege obliegt dann den Privaten.

Geschätzte Damen und Herren, ein Geschenk, das Kosten und Arbeit verursacht, wird häufig nicht richtig gepflegt. Nicht so, wie es erforderlich wäre. Verschenkte Haustiere werden zu oft ausgesetzt und nicht selten verkümmern verschenkte Pflanzen und sterben in kurzer Zeit ab. Die Mitte/EDU-Fraktion ist darum gegen das Verschenken von Bäumen und lehnt das Postulat ab. Dass Bäume, Sträucher und viele andere Pflanzen für das Stadtklima und die Biodiversität wichtig sind, ist uns sehr wohl bekannt und Zeno Dähler hat das heute Abend auch schon einmal ausgeführt. Dieses Anliegen teilen wir, wie wir es heute schon einmal gehört haben.

Es ist aber wichtig, dass private Baumbesitzer sich von Beginn an bewusst sind, was mit einem Jungbaum auf sie zukommt. Dazu gehört für uns auch eine moderate Kostenbeteiligung an der Beschaffung des Baumes und damit ein finanzielles Bekenntnis, dass man den Baum pflegen will. Insofern ist es richtig, wenn die Stadt das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern bewirbt, auch dazu haben wir heute Abend schon mehr gehört. Dem Verschenken der Bäume stellen wir hingegen eine Absage entgegen.

Die Überweisung vom Postulat lehnen wir deshalb ab und stellen den Ablehnungsantrag. Wir danken für die Unterstützung. Merci.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, vielen Dank. Dann hat das Wort Andi Büeler (Grüne/AL).

**A. Büeler (Grüne/AL):** Danke, Michael, für die Vorstellung und die Begründung des Postulats. Nicht nur Michael Bänninger hat die Argumente schon gut zusammengetragen. Auch das Team Freiheit hat auf einem von ihren Wahlflyern «1000 zusätzliche Bäume in Winterthur» als konkretes Projekt zum Schutz der Umwelt promotet. Es herrscht also Konsens von links bis rechts, dass mehr Bäume für Winterthur unterstützenswert sind.

Unser Postulat hat leider trotzdem niemand von der Mitte, FDP und SVP mitunterzeichnet. Jetzt weiss ich wenigstens warum: Weil es eben ein Geschenk ist. Ein Geschenk muss man ja eigentlich nicht annehmen, wenn man es nicht will. Das ist ein bisschen anders, als wenn man irgendwie dem Kind einen Hund schenkt.

Die Biodiversitätskorridore dürfen keine zu grossen Lücken aufweisen. Wie beim Traktandum 10 gehört, nimmt in der Tendenz leider der private Baumbestand in den Städten ab. Umso wichtiger ist die Förderung von mehr Bäumen auch auf privaten Grundstücken. Mit Starthilfe und Unterstützung durch die Stadt bei der Wahl von geeigneten Sorten und dank der vielgepriesenen Eigenverantwortung der Privaten können wir zusammen in kürzerer Zeit einen noch grösseren Nutzen zur Stadtbegrünung erwirken, die ja eigentlich unumstritten ist. Auf das zielt das Postulat ab.

Herzlichen Dank für Eure Stimme zur Überweisung des Postulats, besonders auch für die vom Team Freiheit als Tatbeweis.

**S. Kocher (GLP):** In der letzten Fragestunde hat Stadtrat Fritschi – danke, bist Du noch da – gegenüber dem Fragesteller der GLP-Fraktion betreffend Bewilligung einer dritten Baumreihe von der IG-Hochstamm Breite die Bereitschaft erklärt, eine solche dritte Reihe zu ermöglichen. Pflanzung durch die IG, Finanzierung Pflanzgut durch die Stadt. Es ist damals festgehalten worden, dass Stadtrat Fritschi das auch möglich macht, wenn notwendig mittels Anpassung vom Pachtvertrag mit dem Bruderhaus. Bis heute ist diesbezüglich nichts umgesetzt und die 5 bis 10 Bäume sind noch nicht gepflanzt. Das zeigt, dass auch für die Stadt das Ziel von 1000 Bäume nicht ganz so einfach umgesetzt werden kann.

Auch da gibt es Hürden, die nicht ganz so einfach übersprungen werden können. Gerade deshalb macht es Sinn, die privaten Grundstücke der Stadt Winterthur miteinzubeziehen, so dass das ganze Stadtgebiet für die Aktion als Potenzial zur Verfügung steht.

Falls dann, neben der dritten Baumreihe im Bruderhaus, die Stadt die 1000 Bäume unerwarteter Weise sehr schnell umsetzt, so könnte man sogar über die Erhöhung der Gesamtziele nachdenken.

Wir sind für die Überweisung des Postulats und lehnen den Abweisungsantrag ab.

**G. Stritt (SP):** Der Stadtrat hat erkannt, dass Bäume eine wichtige Lebensgrundlage sind und hat das Projekt «1000 Bäume für Winterthur» lanciert. Bäume spielen insbesondere in den Städten als Schattenspender und Luftfilter eine wichtige Rolle. Sie helfen das innerstädtische Klima zu verbessern und ein grosser Baum kann über seine Lebensdauer bis zu 30 Tonnen CO<sub>2</sub> von der Atmosphäre entziehen und in seiner Biomasse speichern. Darum ist das Projekt 1000 Bäume ein positiver Ansatz und Neupflanzungen sind in Anbetracht vom Klimawandel enorm wichtig.

Wie wichtig Stadtbäume für das Klima sind und welche Bedeutung sie für unsere Lebensgrundlage haben, ist der breiten Bevölkerung noch nicht überall so bekannt. Man nimmt die Bäume vor allem dann wahr, wenn sie blühen, einen feinen Duft verbreiten oder Früchte tragen. Darum besteht ein hoher Bedarf, die breite Bevölkerung noch mehr zu sensibilisieren. Das Postulat, nicht nur den öffentlichen Raum, sondern auch ganz direkt Private mit Bäumen zu beschenken, unterstützt das. Verbunden mit einer Marketingaktion. Warum nicht zum Beispiel einen städtischen Baumtag mit verschiedenen Aktionen und Informationen lancieren? Das würde sicher viel Resonanz auslösen. Das Ganze kann allenfalls auch verbunden werden mit einem Aufruf an die Bevölkerung, Vorschläge zu machen über mögliche neue oder noch andere Baumstandorte im öffentlichen Raum, die vielleicht nicht einfach so erkannt werden.

Mit diesen Aktivitäten wird die Botschaft vermittelt, dass Klimapolitik die Aufgabe von allen ist und alle einen Beitrag leisten können. Wichtig ist, dass die Aktion 1000 Bäume weiterhin den öffentlichen Raum fokussiert und zusätzlich aber auch Bäume für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Ich freue mich über viele neue Bäume in unserer Stadt und über die Unterstützung bei der Überweisung von diesem Postulat. Wir lehnen den der Ablehnungsantrag von der Mitte natürlich ab.

**Stadtrat St. Fritschi:** Also das Postulat ist ja sehr wahrscheinlich gut gemeint, aber ich muss schon noch ein paar ähm Sachen aus fachlicher Sicht dazu sagen, die den Stadtrat eigentlich

dazu bewegen, dass wir - auch wenn es überwiesen wird - das dann eher in einem negativen Sinne beantworten würden.

Und zwar: Es ist nicht so, dass wenn man Bäume verschenkt, dass die dann auch gepflanzt werden. Das ist leider nicht so. Wir haben keine Garantie, wenn man irgend jemandem auf der Strasse einen Baum gibt, dass der ihn dann auch pflanzt. Und vor allem, dass der dann auch gepflegt wird und dass er auch stehen bleibt. Wir haben im Projekt «1000 Bäume für Winterthur» vorgesehen, dass wir auch Privaten Bäume geben und zwar ganz gezielt. Das werten wir mit LIDAR-Daten aus, wo es noch etwas zu wenig Bäume hat im privaten Gebiet, und dann sprechen wir ganz gezielt Private an und schliessen mit diesen einen Vertrag ab. Einen Vertrag, in dem es ganz klar heisst: Der Baum wird im Besitz von der Stadt bleiben. Er wird von der Stadt gepflegt, aber er darf nicht gefällt werden. Das ist viel effektiver, als wenn man einfach Setzlinge verteilt und meint, die werden dann richtig gepflanzt - am richtigen Ort - und auch richtig pflegt. Ich kann Euch auch sagen: Das Projekt 1000 Bäume, das ist überhaupt nicht am Harzen, sondern das ist ein Projekt, das sehr gut läuft. In der Zwischenzeit haben wir etwa 400 Bäume gepflanzt oder sind kurz vor der Umsetzung der Pflanzung. Und da haben wir auch ein paar Private. Ich kann zum Beispiel erwähnen, dass wir in Wülflingen an der Wieshofstrasse, wo die BVK eine Überbauung gemacht hat, dort haben wir ein paar Bäume (sieben Ulmen), für die wir einen Vertrag abschliessen mit der BVK, wo dann, wirklich an einem guten Ort, und wo auch beständig Bäume gepflanzt werden können, und wo sie auch bleiben müssen. Oder wir haben auch auf dem SBB-Areal einen Baum gepflanzt, beim Töss-Bahnhof, oder wir haben in einer Freizeitanlage, die auch privates Land ist, einen Baum gepflanzt. Und wir schauen ganz genau, wo - auch auf privatem Boden - wir einen Baum pflanzen können. Bei den Alleen haben wir übrigens auch auf privaten Grundstücken ein paar Bäume gepflanzt - dort wo es nämlich von der Stadt her kein Land hat und wir es sinnvoll finden, dass dort ein Baum richtig ist.

Also von daher möchte ich einfach sagen: Das Projekt 1000 Bäume, das läuft sehr gut und wir kommen richtig voran. Und wenn der eine oder andere jetzt die Bäume dort, die Obstbäume, anspricht: Dass die noch nicht gepflanzt sind, das heisst nicht, dass die nicht kommen, die kommen. Aber wir haben uns die Zeit genommen, dass wir das Projekt über 3 - 4 Jahre machen und jedes Jahr ein paar Hundert Bäume pflanzen, so dass wir am Schluss bei 1000 Bäumen sind.

Und ich würde es Euch wirklich nicht empfehlen, dass wir da einfach auf der Marktgasse Bäume verteilen. Das ist verschwendetes Geld, das ist einfach das Geld aus dem Fenster geworfen. Denn ehrlich gesagt, jeder private Gartenbesitzer oder jede Gartenbesitzerin vermag es auch noch, einen solchen Setzling selbst zu kaufen.

Ich finde, das ist nicht unbedingt die Aufgabe der Stadt, da mit Steuergeldern den privaten Hausbesitzern und Hausbesitzerinnen Bäume zu verschenken.

Wir haben ja solche Aktionen mit Sträuchern schon gemacht. Wir haben dann einfach keine Garantie und konnten es nicht feststellen, ob das wirklich gepflanzt worden ist oder ob dann die Sträucher am Schluss einfach beim Kaninchen im Stall gelandet sind, damit er einmal etwas anderes zum Essen hat. Wir können das nicht überprüfen. Und ein ganzes Vertragsmanagement für 200 Bäume zu machen, das ist einfach nicht Aufgabe von Stadtgrün, welche ich als Kernkompetenz sehe.

**Parlamentspräsidentin M. Sorgo:** Gut, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer die Überweisung ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Das ist klar, das hat eine Mehrheit für die Überweisung gestimmt. In diesem Fall wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind fertig beziehungsweise wir haben jetzt eine Punktlandung geschafft. Es ist genau zehn Uhr.

Alle, die die Vorstösse noch nicht unterschrieben haben: Macht das bitte jetzt gleich noch, bevor Sie gehen. Ich wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)